

TATblatt

Projekt Zweitageszeitung

DOPPELNUMMER

minus 66 / 65

(13-14/90)

4. Juli 1990

Preis: öS 20, —

Gegen Stadtteilzerstörung, Delogierungen, Räumungen,...

Alle Tage Sabotage

Seit 23. Juni ist ein KPÖ-Haus in der Wielandgasse in Wien-Favoriten besetzt und in ein Internationalistisches Antifaschistisches Zentrum umgewidmet. Bei Drucklegung dieser Zeitung herrschte akute Räumungsgefahr. Mehr über das „Ernst-Kirchwegger-Haus“, wie es nun heißt, steht auf den Seiten 14 bis 18.

Das Rotstilzchen, ein selbstverwaltetes autonomes Beisl in Wien-Margareten, ist ebenfalls äußerst räumungsbedroht (Seite 11).

Mehr als bedrohlich ist auch die Situation für tausende MieterInnen im 2., 20., und 22. Bezirk. Die EXPO macht ihre Wohnungen zu unerschwinglichen Spekulationsobjekten (Seite 5).

AUSSERDEM

Widerstand gegen die Ostautobahn: Die BesetzerInnen wurden von der Baustelle geräumt. Doch nun wird in Wien der Verkehr lahmgelegt: Straßensperren, Radldemos, und was sonst noch einfällt. Ab Seite 2!

EXPOniert — Die Auswirkungen der Weltausstellung für den Osten Österreichs und überhaupt. Bericht von einer Tagung der Burgenländischen Forschungsgesellschaft. Ab Seite 5.

Nach mehr als 10 Jahren Betrieb wird das freie Kommunikationszentrum am Steinhof „KOMM 24“ nun abgesägt. Das Kollektiv reagierte mit **Besetzung**. Seite 19

Alm im Hintergebirge zur Verhinderung eines ÖMV-Bohrturmes besetzt. Baustopp sofort! Mehr ab Seite 20.

Trunkenheit am Fahrrad, Schwarzfahren in der Bim: Die in Linz lebende BRD-Staatsbürgerin Sigrid R. soll abgeschoben werden. Seite 22

Impressum Seite 40



Endlich Sommer

Das Problem Tourismus

Wenn auch für einige gerade jetzt die Zeit der Ferialjobs anbricht, andere keinen Urlaubsanspruch haben oder "unabkömmlich" sind, so heißt es doch für die meisten: endlich Sommer — Urlaubszeit. SchülerInnen, StudentInnen, Werk tätige und Arbeitslose mutieren wie auf Kommando: zu TOURISTINNEN — EuropäerInnen, AmerikanerInnen, JapanerInnen und AustralierInnen stellen zusammen 90 % aller TouristInnen, obwohl sie weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen. Bei der Wahl des Reise-

zieles geht der Trend eindeutig in Richtung Fernreisen in die "Dritte Welt". Die Gründe dafür sind vielfältig: sei es die Adria, die dem Begriff Kloake neue Dimensionen verlieh, seien es die verlockenden Angebote, in Medien und Werbeprospekten gepaart mit immer billigeren Flugreisen,... Die Probleme, die daraus entstanden und entstehen, sind mindestens so vielfältig, werden immer drastischer und beschränken sich durchaus nicht auf den Massentourismus.

Fortsetzung auf Seite 26

A4 Bauplatzbesetzung: Ein Lehrstück

Wochenlange Vorbereitungen und Geheimhaltung führten in der Nacht vom 14./15.6.90 zu der Besetzung eines Bauplatzes an der Kreuzung Leithaaun/A4-Trasse. Bis zu 170 Menschen waren die vier Tage bis zur Räumung anwesend, die Lagerstimmung gut. Viele politisch unerfahrene, idealistische Leute, "alte Hasen" und auch eine Gruppe Punx aus Salzburg erwarteten für Montag die Räumung.

(W. S. — PyhrnautobahngegnerInnen)

Die Hetze einiger Bürgermeister und die feindliche Stimmung der AnrainerInnen machten es notwendig, eine Verteidigungsstrategie zu entwickeln. Durchgehende Wachen und die kugelhautförmige Anlage des Camps sollten es möglich machen, etwaige Angriffe früh zu erkennen und unsere Zelte zu beschützen. Da höchstens mit unorganisierten, kleinen Banden zu rechnen war, sollte ein Verteidigungsring gebildet werden, in dem sich neben den Zelten und den SpätaufsteherInnen auch alle jene befanden, die keine Lust hatten, sich in den Ring zu begeben. Die psychologische Abwehrkraft des Ringes (große, vorbereitete Gemeinschaft) und das ständige Fotografieren nach Außen sollten die — unter Umständen betrunkenen — "Zaungäste" (Feuerwehrest und Wochenende) von Tötlichkeiten abhalten.

Auch die gewaltsame Selbstverteidigung von Einzelnen wurde vom Plenum (Vollversammlung aller Anwesenden) als legitim betrachtet. Die Polizei sollte nur in äußersten Notsituationen ins Lager geholt werden (massenhafter, organisierter Angriff). Die in der Nacht anwesende Presse, vor allem ORF sollte zudem mithelfen, Situationen zu beruhigen.

Es passierte zum Glück nichts. Nur bei der montägigen B 10-Blockade von Auto-



Am äußersten Zipfel des Kranes: der letzte Besetzer wird beseitigt

bahnbefürworterInnen wurde ein ORF-Kameramann für einen "Global 2000"-Aktivisten gehalten und mit Händen und Füßen getreten.

Die Wahl des Lagerplatzes war strategisch sehr gut ausgewählt und machte es für die Polizei notwendig eine eigene Räumungsstrategie zu entwickeln. Das war neben dem langen Wochenende und der großen Medienbeachtung auch der Grund, warum der Montag gehalten wurde. Am

Abend wurde ein übereilter Gesprächstermin mit Minister Schüssel und Löschnak wahrgenommen. Die dreistündigen Verhandlungen scheiterten, wie nicht anders zu erwarten, an den inhaltlichen Differenzen. Es war auch vom Ministerium kein Interesse vorhanden: Die Räumung stand fest und es wurde dennoch "verhandelt"!

Am Dienstag (19.6.)-Morgen war es dann soweit. Die an den Zufahrtswegen verbarrikierte Baustelle wurde an allen möglichen schwer zugänglichen Orten (Kräne, Brücke, Pfeiler) sowie an den Barrikaden selbst von uns besetzt. Die Räumung dauerte von 5.00 Uhr morgens bis in die Mittagsstunden und ist am Anfang — unter Medienpräsenz — kaum brutal durchgeführt worden. Später dann wurde ein anderer Ton angeschlagen! Gewalttätige Übergriffe auf Mensch und Filmmaterial lassen das mediale Lob für die Polizei als halbe Wahrheit zurück.

Fest steht: Aus Hainburg wurde gelernt! "sanftes" Vorgehen und die baldige Beendigung einer Besetzung ohne "mediale Wellen" ist die vorläufige Strategie der Exekutive in Umweltkonflikten.

Wir geben uns nicht geschlagen und werden unsere Aktionen fortsetzen! ●

**KEINE A4!
KEINE EUROPAKREUZUNG!**

Verkehrsberuhigung auf der B10

(TATblatt-Wien)

Rund 250 A4-GegnerInnen blockierten am Sonntag 24. Juni die B10 zwischen Stixneusiedl und Sarasdorf, 8 km westlich von Bruck/Leitha. Damit sollte — nicht zuletzt den AnrainerInnen der B10 — demonstriert werden, daß sich ihre Ziele nicht auf eine Verhinderung der A4 beschränken, sondern die Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme Ostösterreichs im Mittelpunkt stehen, und daß die A4 dazu eben nicht beiträgt — ganz im Gegenteil.

Die Resonanz war freilich eher be-

scheiden, ein im Sarasdorf stattfindendes Feuerwehrest der Blockade an Attraktivität weit überlegen. Und die Diskussionsbeiträge waren, nun, sagen wir: bekannt. Zu mehr als verbalen Auseinandersetzungen kam's nicht, ebensowenig zu einer, von vielen erwarteten, Baustellenbesichtigung. Stattdessen zu einem unerwarteten Bündnis: einige BewohnerInnen des von der Umleitung betroffenen Sarasdorf blockierten ebenfalls. Und die Gendarmerie hatte statt den ChaoInnen ein anderes, bekannteres Problem: Wohin mit dem Verkehr? ●

Heute, am 22.6.1990, haben wir zwischen 10 und 11 Uhr Vormittags folgendes BekennerInnenschreiben von der österreichischen Post und Telegraphenverwaltung zugestellt erhalten. Da wir der Meinung sind, daß es sowohl in inhaltlicher als auch in praktischer Hinsicht bedeutend für Entwicklung und Fortschritt der revolutionären Weltbewegung ist, haben wir uns entschlossen, es sofort und ohne zeitliche Verzögerung in den Computer einzutippen. Wir tun dies im Bewusstsein, daß die Schweine nun einmal mehr wissen, daß sie allen Grund haben, sich vor uns anzuschleifen....

Gruppe revolutionärer TipperInnen im TATblatt-Kollektiv

Autonome Verkehrsleitzentrale Wien: Verkettungserklärung

(eine autonome Verkehrsleitzentrale)

Aus Solidarität mit der Besetzung der Ostautobahnbaustelle im Auwinkel und aus Zorn über die Räumung der BesetzerInnen beschlossen wir, verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wien zu setzen und hoffen auf Nachahmung und Weiterentwicklung.

Als 1. Maßnahme wurde der frühabendliche Stoßverkehr des Dienstags, 19. Juni auf der Linken Wienzeile Höhe Magdalenenstraße vorübergehend angehalten. Zu diesem Zwecke spannten wir 1 Kette zwischen zwei FußgängerInnenampeln. An der Kette war 1 Transparent mit der Aufschrift "EXPO NEIN KEINE A4" befestigt. Der Verkehr kam zum Erliegen. Wie lange die Sperre anhielt, können wir nicht sagen, da wir leider 'mal dringend wegmußten.

Die Aktion war überaus leicht durchzuführen, die Vorbereitungen beanspruchten etwa einen 1/2 Tag. Die Kette stammte von einer Parkplatzabspernung.

Als besonders ermutigend empfanden wir den empörten Aufschrei eines Autofanatiklers, der uns als Schweine bezeichnete.

Wir haben die Linke Wienzeile als Schauplatz der 1. Maßnahme gewählt, obwohl diese in keinem Zusammenhang mit der A4 steht, weil die Auswüchse des Autoverkehrs zwar verschieden, aber immer unerträglich sind. Wie den zum Zeitpunkt der Aktion erschienen Zeitungen zu entnehmen war, lag die Ozonbelastung an diesem Tag 10% über dem ohnehin nicht geringen Normalwert. Trotzdem aber stellt die A4 für uns eine gewisse Besonderheit dar. Ist sie doch als Direktverbindung Wien-Budapest ein besonders wichtiger Bestandteil der Vorbereitungen für die EXPO 1995.

Die Weltausstellung ist für uns ein Ereignis, wo sich all das, gegen das wir tagein tagaus kämpfen (technologischer Wahnsinn, Unterdrückung, Imperialismus, Stadtteilerstörung, Spekulantentum) 1/2 Jahr lang

auf 1 Platz zusammengeballt präsentiert.

Die A4 ist Teil dessen, warum wir gegen die EXPO sind, und die EXPO ist zentraler Grund unserer Ablehnung der A4.

Die A4 ist also nicht "nur" ein Auswuchs verfehlter Verkehrspolitik, Beweis der Verlogenheit der Herrschenden, wenn sie von Umweltschutz schwafeln, die A4 ist, mehr noch wie andere Autobahnen integraler Bestandteil eines menschenverachtenden Systems (dieses menschenverachtende System versucht sich ja auch gerade jetzt Richtung Osten auszuweiten, weil es im Konkurrenzkampf der Systeme nun gerade 1 großen Sieg davongetragen hat. Und zu diesem Marsch gegen Osten brauchen sie nun 'mal spätestens jetzt jene Ostautobahn, die unter Hitler über das Planungsstadium nicht hinausgekommen ist).

- Schlagt die Autofaschisten Schlüssel, Löschnak und Co. wo ihr sie trefft !!!
- Solidarität mit allen gegen Straßenbau kämpfenden GenossInnen in aller Welt !!!
- Innigste Grüße an alle gegen EXPOS kämpfende GenossInnen in Wien, Budapest, Sevilla und Hannover !!!
- Freiheit für alle um Freiheit Kämpfenden !!!
- Für massenhafte gemeinsame Aktionen gegen A4, EXPO, Ozonbelastung, Polizeibefugnisgesetz, AusländerInnenengesetze,... !!!

Autonome Verkehrsleitzentrale Wien

Bildet 1,2,3, viele Autonome Verkehrsleitzentralen !!! ●

Scheiße !!! Jetzt ist mir der Tschick 'runtergefallen. Heeeee, Hilfe.....Mist! Genau auf die Erklärung.... Verdammt, jetzt verbrennt dieses für die Nachwelt so wichtige Dokument und ich kann nichts dagegen tun!

Traurig stehe ich nun vor einem Häuflein Asche.....

Achtung: Diese Abbildung hat mit dem obigen Text vorderhand eigentlich so gut wie gar nichts zu tun. Wir wollen da auch ganz bestimmt nichts vorwegnehmen. Schon gar nicht zu bösen Handlungen aufrufen, oder so. War nur mal so eine Idee...



Jetzt geht's rund: Alles steht

Allwöchentliche verkehrsberuhigende Fahrraddemo in Wien

Ein ganz ein junges Gespenst fährt herum in Wien: Das Gespenst der Radldemos. Und so kommt seit dem 22. Juni an jedem Freitag der Verkehr in der Wienerstadt zum Erliegen.

(TATblatt-Wien)

Begonnen hat es mit einem Demoauf-ruf der Grünen. Dann wurden aber ein paar Tage vorher die BesetzerInnen der A4-Baustelle im Auwinkel geräumt, was dazugeführt hatte, daß nun auch diese zu

dieser Demo hinmobilisierten. Radioauf-rufe, doch besonnen zu sein, und nicht zur Demo zu kommen, taten ihr übriges. Und so radelten schließlich so etwa fünfhundert Leute — Grüne, Kummerln, Ökis, Auto-nome, Selbständige, was es halt so gibt —

vom Rathaus zum Gürtel und schließlich letzteren entlang.

Der Gürtel, normalerweise um diese Zeit durch den Stoßverkehr restlos ver-stopft, ward in der Hand der RadlerInnen. Das Verkehrschaos war perfekt, und das, der Bedeutung des Gürtels sei's gedankt, gleich in der halben Stadt.

Frauen in Naturwissenschaften

(gamma-meßstelle)

Tag für Tag sind wir hier in der Gamma-Meßstelle mit den Folgen der Atomtechnik konfrontiert. Patriarchat, Männerherrschaft in der Wissenschaft, Herrschaft über die Natur, mechanistisches Denkgebäude, harte Technik ... Themen, die unseren Alltag bestimmen. Als wir in den "An.schlägen" die Ankündi-gung des 16. bundesweiten Kongresses von Frauen in Nawi und Technik gelesen haben (leider in der BRD und nicht bei uns), be-schlossen wir, dort teilzunehmen.

Ende Mai war es soweit: mehr als 500 Frauen (darunter erstmals auch 50 aus der DDR) diskutierten 3 Tage lang. Jede Menge Vorträge, jede Menge Arbeits-gruppen, jede Menge Themen: Mädchen, Schule und Naturwissenschaften; Frauen in Alternativbetrieben; Gen- und Repro-duktionstechnologien; Situation von Frauen in Nawi und Technik in der DDR; ganz viel feministische Nawi-Theorie; nichtstudierte Frauen in den Labors; auch metaphysisches hat nicht gefehlt.

Zurückgekommen sind wir mit einem Haufen (alter und neuer) Fragen und dem dringenden Bedürfnis nicht erst in einem Jahr weiterzudiskutieren.

Gibt es brauchbare Alternativen zum mechanistischen Weltbild der NAWI? Gibt es feministische Naturwissenschaft und Technik? Ist unkonventionelle For-schung von Feministinnen automatisch fe-ministische Naturwissenschaft?

Wieso gibt es so wenig Diskussion über genau diese Themen in der feministischen Bewegung? Wo bleibt die starke ökofemi-nistische Basis?

Wie läßt sich dieser Kreislauf über-haupt durchbrechen: Naturwissenschaftle-rinnen haben genau dasselbe mechanisti-sche Denken, das all den Scheiß hervor-bringt, den wir eigentlich vermeiden wollen. Trotzdem gibt es Ansätze einer Kritik. Kann daraus was Neues, ganz anderes werden? Wann führen die kriti-schen Ansätze zu praktischen Änderun-gen? — niemals wenn sich die Frauen, die

sich darüber Gedanken machen, nicht endlich zusammentun.

Können Feministinnen im normalen Wissenschaftsbetrieb überhaupt etwas verändern? Sollen sie eigene Betriebe — reine Frauenbetriebe — gründen? Können wir überhaupt mehr als den schon ange-richteten Schaden begutachten und be-stenfalls begrenzen?

Wo sind sie überhaupt die kritischen Naturwissenschaftlerinnen?

Falls Ihr Euch ohnehin schon jede Woche trifft und solche Themen disku-tiert, ladet uns bitte ein. Falls nicht, möchten wir trotzdem gerne mit Euch zu-sammenkommen! — uns erreicht Ihr ganz leicht: in der Gamma-Meßstelle/Umwelt-büro im WUK Tel: 408-22-89 (Gabi + Toni)

PS: Unsere ganz ganz kleine Utopie möchten wir Euch nicht vorenthalten:

Auch kleine Mädchen dürfen Spiel-zeugautos zerlegen, elektronische Geräte bauen und kriegen nicht dauernd vorgehal-ten, daß das nichts für sie ist. Die zahlrei-chen NAWI-Lehrerinnen in den Alterna-tivschulen unterstützen den Forscherin-nendrang der Mädchen.

Dann gibt es auch mehr Frauen, die sich in NAWI- und Technikstudien trauen und behaupten wollen. Dann gibt es dort auch gleich mehr Chaos, weniger akademi-sche Abgehobenheit, mehr Zusammen-hang mit dem täglichen Leben, mehr fä-cherübergreifende Forschung, mehr Nachdenken über die Folgen. Auch der letzte Professor, der von Objektivität und Wertfreiheit schwafelt, wird in den Ruhe-stand versetzt. Es gibt viele aufmüpfige Frauenbetriebe und Projekte, die gemein-sam mit der starken ökofeministischen Basis der Industrie auf die Finger dres-chen. Endlich werden vernünftige Pro-dukte erfunden und hergestellt. Die stillge-legten und zubetonierten Atomanlagen aller Art, sind die letzten nichtbeseitigba-ren Mahnmale einer Epoche katastrophaler Dummheit. ●

Eine Woche später: Eine Wiederho-lung war angesagt. Die Polizei wollte diesem Treiben aber freilich nicht mehr ta-tenlos zu sehen, und untersagte. Eine Er-satzroute über weniger stark befahrene Routen wurde angemeldet. Diese wurde dann auch schließlich — von zirka drei- bis vierhundert Leuten — schön brav unter dem wachsamen Auge des Gesetzes befah-ren. Den Abschluß der Demo haben sich die Beamten aber etwas anders vorgestellt. Denn wie der Zufall so spielte, hatten alle DemoteilnehmerInnen den gleichen Nach-Hause-weg. Es schien, als wohnten sie alle im frisch besetzten Antifaschisti-schen Zentrum, dem Ernst-Kirchweger-Haus im 10. Bezirk. Der Weg dorthin führte über die sogenannte Zweierlinie — die an anderen Tagen auch nicht weniger stark befahren ist, wie der Gürtel —, die Linke Wienzeile, den Matzleinsdorferplatz und die Gudrunstraße. Am Matzleinsdor-ferplatz trennten sich dann leider doch noch überraschend die Wege. Grund dürfte wohl gewesen sein, daß das Ziel, das Ernst-Kirchweger-Haus vielen nicht klar war, und daß wir auch nicht vermitteln konnten, warum wir eigentlich dort hin wollten. So radelte ein Teil der Demo, während die ersten schon Richtung Haus unterwegs waren, plötzlich auf den Gürtel. Der dritte Teil der Demo tritt sich dann eine zeitlang, wo es denn nun hingehen sollte, entschloß sich schließlich aber doch auch noch zugunsten des Antifaschisti-schen Zentrums.

Dort gab es dann ein kleines solidari-sches Kundgeberl, bevor wieder zum Gürtl zurückgekehrt wurde, um diesen nun auch endlich lahmlegen zu können. Der Ab-schluß war dann schließlich ein Diavortrag mit Diskussion über die Ostautobahnbe-setzung in der Uni Wien.

Über den Sommer werden die ver-kehrsberuhigten Freitage ausgesetzt, wie aus den Reihen der Grünen zu vernehmen war. Im Herbst solls aber weitergehen. Wie weit das so stimmt, können wir da jetzt nicht so feststellen. Vielleicht tut sich eh auch im Sommer was. Am besten regelmä-ßig ANNA, die Telefonzeitung der HTU-Wien lauschen: (0222)58801-5801. ●

EXPONIERT

Die Bedeutung der Weltausstellung Wien-Budapest für den Osten Österreichs — und überhaupt

Statement reiht sich an Statement. Wie so Veranstaltungen nur mal sind. Der Raum für Diskussionen ist gering. Dort wo sie dennoch vorgesehen sind, reiht sich Statement an Statement. Emotionslos. Wissenschaftlich. Die Opfer bleiben anonym. Sie haben nicht einmal noch den Zugang zu den wissenschaftlichen Statistiken geschafft.

(TATblatt-Wien)

DIE EXPO UND WEM SIE NÜTZT

Der grüne Abgeordnete Pius Strobl argumentierte als einziger der zahlreichen ReferentInnen der Forschungstage grundsätzlich und umfassend gegen die Weltausstellung. Er stellte die Frage „Wem nützt die Weltausstellung?“, um sie aber auch gleich zu beantworten:

Zum ersten einmal der Stadt Wien, die sich für Infrastruktur-Investitionen, die allesamt laut Stadtrat Swoboda „vorgezogene Investitionen“ sind, die ohnehin notwendig seien, nur wegen der EXPOkonzentriert bis 1995 erledigt werden müssen, Unterstützung vom Bund erhofft, die sie sonst in diesem Ausmaße nicht bekommen hätte. Nun sind zwar einige der Investitionen mehr oder weniger sinnvoll (U6-Verlängerung, S1/2/3-Ausbau, S45-Verlängerung...), doch die Finanzierung erfolgt über Umschichtungen im Budget, die auf Kosten anderer Budgetposten gehen, wo noch nicht klar ist, welche dies sein werden. Obendrein konzentrieren sich die Investitionen einmal mehr auf das Zentrum Wien, die Regionen, wie etwa das Burgenland, sind eindeutig VerliererInnen.

VerliererInnen sind aber auch ganz klar die eigentlichen BewohnerInnen der rund um das EXPO-Gelände liegenden Wiener Bezirke. Ihre Wohngegenden werden zum Zentrum für Spekulation, etwa in der Gegend Wagramer Straße/ Neue Donau/ Uno-City. Oder rund um die Praterstraße: Dort haben sich die Immobilienpreise seit Bekanntwerden der konkreten EXPO-Pläne allein bis jetzt verdreifacht (uns liegen da auch viel schlimmere Werte vor; genauere Angaben haben wir aber leider nicht; Anm TATblatt). Außerdem wird durch intensivierte Sanierungstätigkeit „höherwertiger“ Wohnraum geschaffen, den sich die derzeitigen BewohnerInnen nicht mehr leisten können. Eine unfreiwillige Abwanderung wird eintreten. Die Bevölkerungsstruktur wird sich grundlegend wandeln.

VerliererInnen sind aber auch die

So verliefen am 22. und 23. Juni die „Burgenländischen Forschungstage“ auf Burg Schläining im Burgenland. Es referierten BefürworterInnen, SkeptikerInnen, KritikerInnen, nichtssagende Plauderer und GegnerInnen. Im Folgenden eine mehr als unvollständige Zusammenfassung.

Leute, die zwischen dem EXPO-Gelände bei der Uno-City und dem Rinterzelt wohnen. Denn sie sind von der Entsorgung von 700.000m³ Müll aus der ehemaligen, längst zugeschütteten, Mülldeponie vor der Uno-City betroffen, die zur EXPO-Bebauung ausgehoben und entsorgt werden muß. Wenn dies mit LKWs geschieht (wie ein Mitarbeiter des EXPO-Büros mitteilte, werden hier aber auch schon andere Möglichkeiten geprüft — bloß welche?), so

dieser Betten aber nach der EXPO leer stehen werden, was dazu führen wird, daß in dem darauffolgenden Wettbewerb die großen Hotelketten die kleineren Hotels und VermieterInnen aus dem Rennen drängen und die Alleinherrschaft übernehmen werden.

DIE EXPO UND UNGARN

„Es wurde hier immer gesprochen, als ob die Frage der Weltausstellung zweier Länder schon entschieden wäre. Aber das ist nicht der Fall, denn das ungarische Parlament hat darüber noch nicht debattiert, und hat sich dazu nicht entschlossen.“ Dies erklärte der oppositionelle ungarische Parlamentsabgeordnete Ferenc Köszeg („Freie Demokraten“) unter dem mitleidigen Grinsen seiner Podiumsnachbarn und dem halbblauen Auflachen des Auditoriums. Der Diskussionsleiter wußte natürlich sofort zu widersprechen: „Aber Regierungschef Antall hatte doch bei seiner Antrittsrede gesagt...“ Der ungarische Parlamentarier ließ aber nicht locker. Was Antall gesagt hat, sei nicht von Belang. Im Parlament wurde es nunmal noch nicht behandelt, und er und seine Partei haben gewichtige Gegenargumente. Diese Argumente richten sich allerdings nicht grundsätzlich gegen eine Weltausstellung, vielmehr gegen das Projekt der Weltausstellung 1995, gerade zu einer

Zeit, wo Ungarn eigentlich andere Sorgen hat. Zum jetzigen Zeitpunkt könne sich Ungarn eine Weltausstellung einfach nicht leisten.

Für Köszeg ist das Problem Weltausstellung geerbt. Die Regierung sei hier irgendwie ausgeliefert, auch weil es die österreichischen Partner nicht entzürnen will. Daher übernimmt sie hier die Argumentation, daß die EXPO eine nationale Angelegenheit sei, und sie nicht abzuwickeln, eine nationale Schande wäre.

Außerdem werden EXPOs allgemein nicht von Staaten, sondern von Gemeinden veranstaltet, die Kommunalwahlen stehen



in Vorbereitung befindliches Plakat

müßte 1 Jahr lang alle 3 Minuten ein LKW fahren.

Ebenso VerliererInnen sind aber auch die westlichen Bundesländer, die die Weltausstellung mitfinanzieren, ohne davon einen Nutzen zu haben.

Als weitere Nachteile der EXPO führte Strobl — unter anderem — an, daß der Verkehr in Wien vollends zusammenbrechen werde, daß die Tendenz zum „sanften Tourismus“ umgedreht wird, hin zu „hartem Tourismus“, daß absehbarerweise neue Hotels aus dem Boden schießen werden, sich die Bettenkapazität in Wien stark erhöhen wird, die meisten

aber erst bevor. Sie werden im Herbst stattfinden. Ihr Ausgang ist freilich noch ungewiß. Aber die Grundstücksverkäufe und andere wichtige Angelegenheiten sind Sache der Stadt, und damit Aufgabengebiet der noch nicht neu-gewählten Budapester Stadtregierung.

Zu den auch in Ungarn verwendeten Argumenten, daß die Weltausstellung dazu dienen könnte, zahlreiche angeblich ohnehin „notwendige“ Investitionen unter dem Druck der Weltausstellung auch wirklich prompt und geballt zu tätigen, weil ein impulsgebendes Ziel da ist, meinte Köszeg, daß dies eine Art *Selbsterpressung* wäre, die mit den Jahrestagen der sozialistischen Oktoberrevolution vergleichbar ist. An diesen Tagen wurden auch immer feierlich alle möglichen Einrichtungen, wie Schulen und dergleichen, eröffnet. Doch schon einen Tag später mußte das eben erst eröffnete wieder zugesperrt werden, um endlich weiterbauen zu können, denn was eröffnet werden konnte, war nur die Fassade. Und so erwartet er es sich auch für die Weltausstellung.

Der Vertreter des Budapester EXPO-Büros, J. Hargitai, hat für Köszeg eine demokratiepolitische Belehrung parat: „Die Hauptaufgabe der Regierung ist, daß sie regiert, das Parlament debattiert, und die Opposition opponiert, aber die Weltausstellung, das geht weiter! Ich meine das ist das Grundprinzip der europäischen Demokratie.“ Der österreichische Wissenschaftsminister Busek schlägt in eine ähnlich Kerbe, nachdem er sich erst einmal „ein bißchen betroffen“ zeigte, daß er vom „Herrn Abgeordneten Köszeg zum Komplizen der kommunistischen Regierung gemacht wurde. Das war weder die Absicht der Bundesregierung, noch meiner Tätigkeit.“ Außerdem, wandte sich Busek dann vertrauensvoll an Köszeg, „sie werden auch noch draufkommen“, daß die Selbsterpressung nunmal Teil der Demokratie ist. Das hat Nachteile, gesteht Busek zu, aber auch Vorteile.

Hargitai vom Budapester EXPO-Büro sieht im Gegensatz zu Köszeg die Weltausstellung als unbedingte Notwendigkeit. Sie biete für Ungarn erstens wirtschaftliche

Impulse, weiters könne sie ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit, ein Sprung auf eine neue infrastrukturelle Ebene, und ein Impuls für wirtschaftliche Umstrukturierung auf der Dienstleistungsebene sein. Und überhaupt: „Wenn wir Ungarn nach Europa möchten, brauchen wir die EXPO.“, so Hargitai.

DIE EXPO UND DER VERKEHR

Die Notwendigkeit umfassender verkehrstechnischer Maßnahmen zur Bewältigung des BesucherInnenverkehrs sollen prognostizierte Zahlen unterstreichen: „Für den Wiener Teil der EXPO '95 werden 17 Mio. bis 25 Mio. Besuche erwartet. Von diesen kommen etwa 12,3 Mio Besuche aus Österreich, 8,0 Mio Besuche aus Osteuropa und 4,5 Mio Besuche aus Westeuropa und Übersee. Für 180 Ausstellungstage ergibt sich damit ein durchschnittliches Besuchsaufkommen von 95 000 bis 140 000 Besuchern pro Tag. Bechtel (eine Studie; Anm TATblatt) geht bei der Definition der Spitzentage vom zweieinhalbfachen Aufkommen des Durchschnittstages aus, das wären im vorliegenden Fall 270 000 Besuche pro Tag. Triconsult (eine andere Studie; Anm) prognostiziert für den 1. Mai 1995 sogar einen Spitzentag mit fast 350 000 Besuchern.“ (aus den Ergänzungen zum Leitprogramm der Gemeinde Wien, um Quellenangaben und die Verweise auf diverse Studien gekürzt).

Bei der Veranstaltung in Schlaining schwirrten auch andere Zahlen herum. Was Peter Steininger von den ÖBB zur aufbrausenden Frage veranlaßte: „Wieviel wird da jetzt eigentlich wirklich erwartet? Wir kriegen von der EXPO keine Zahlen. Ich höre da 300 000. Das ist das 4fache von dem wir derzeit ausgehen. Wie soll man das was vorausplanen?“

Nunja, was sagt das Leitprogramm der Gemeinde Wien zur Bewältigung der Verkehrslawine? „Die kurzfristige Intensivierung der Nutzung bisher brachliegender Flächen durch die Weltausstellung und die Verdichtung der Bebauung für die langfristige

ge Nutzung läßt bei unveränderten Voraussetzungen ein starkes Anwachsen des Verkehrsaufkommens erwarten. Nur wenn es gelingt, diesen zusätzlichen Bedarf ausschließlich im öffentlichen Verkehr zu decken und den modal split (Wahl der Verkehrsmittel; Anm TATblatt) zu verändern, kann sichergestellt werden, daß das heute schon stark beanspruchte Straßennetz nicht weiter belastet wird, und es durch die EXPO '95 bzw. die nachfolgende Nutzung der gegenständlichen Flächen zu keinen weiteren Beeinträchtigungen des städtischen Gefüges und der Umwelt kommt. Das internationale bedeutsame Ereignis EXPO '95 in Budapest und Wien soll damit auch in verkehrspolitischer Hinsicht eine über den zeitlichen Rahmen und die lokalen Aspekte einer Weltausstellung in diesen Städten hinausreichende, nachhaltige Wirkung im Sinne einer umweltbewußten Verkehrspolitik erzielen.“

So steht es im Leitprogramm der Gemeinde Wien für den donauanahen Entwicklungsraum. „Autolose EXPO“ heißt das vielstrapazierte Schlagwort. Welche Maßnahmen aber werden dazu getroffen?

Zum einen wird es in unmittelbarer Nähe des EXPO-Geländes praktisch keine Parkmöglichkeiten geben. Lediglich 500 PKW-Stellplätze sollen für die Dauer der Ausstellung auf dem EXPO-Gelände für den Ladeverkehr der AusstellerInnen, für Behinderte etc. errichtet werden. „Der öffentliche Verkehr trägt die Hauptlast des EXPO-Besucherverkehrs und wird auf bestimmten Verbindungen ein wesentlich höheres Fahrgastaufkommen zu bewältigen haben als im Normalbetrieb. In Zusammenhang damit und strukturell langfristig sinnvoll erscheinen insbesondere folgende Baumaßnahmen: Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke und von Umfahringstrecken zu dieser für den Regional- und Güterverkehr (Floridsdorfer Hochbahn); Ausbau der U6 nach Floridsdorf, Errichtung eines EXPO-Bahnhofes am Handelskai zwischen Reichsbrücke und Brigittenauer Brücke und Verknüpfung dieses Bahnhofes mit den bestehenden Bahnlinien (S45); Errichtung bzw Ausbau der Station ‚Neue Donau‘ (Strandbäder); Ausbau und oder Reaktivierung der (Schnell-)Bahnverbindungen in die östlichen Nachbarländer (u.a. nach Budapest, Prag, Győr, Znaïm, Brünn, Preßburg usw.)“ usw usf. „Zur Entlastung des Wiener Straßennetzes während der EXPO '95 sind die im Parkraumkonzept für Wien und die Region vorgesehenen Park&Ride-Anlagen (mit jeweils 10.000 Stellplätzen) und die mit deren Errichtung verbundenen Begleitmaßnahmen (Parkraumbewirtschaftung im Umfeld der P&R-Anlagen und in der Innenstadt, Verkehrsberuhigung usw) bis 1995 herzustellen. Der Autofahrer ist möglichst frühzeitig (bereits vor Antritt der Reise, jenseits der Staatsgrenze, spätestens aber in Stadtnähe) über die getroffenen Verkehrsmaßnahmen, tariflichen Vorteile und das von ihm erwartete Verhalten zu informieren.“ (aus dem Leitprogramm)

Das mit den Park&Ride-Anlagen ist freilich auch so eine Sache. Nicht genug

Wissenschaft im Burgenland

(Burgenländische Forschungsgesellschaft; TATblatt-Wien)

Veranstalterin der „Burgenländischen Forschungstage“ war die „Burgenländische Forschungsgesellschaft“. Was aber ist das?

Über 4000 burgenländische StudentInnen studieren an den österreichischen Universitäten und Hochschulen. Im Burgenland gibt es hingegen keine Universität. Die Chancen als AkademikerIn im Burgenland einen Job zu finden, sind gering. Das sind nur einige Fakten, die 1987 zur Grpndung der „Burgenländischen Forschungsgesellschaft“ geführt

haben.

Die „Burgenländische Forschungsgesellschaft“ will, daß mehr über dieses Bundesland gearbeitet und geforscht wird, und sorgt dafür, daß dieses Wissen nicht in irgendwelchen Schubladen verstaubt. Sie will burgenländische StudentInnen und WissenschaftlerInnen als Anlaufstelle dienen, um sie bei der Durchführung ihrer Studien und Projekte zu unterstützen. Die „Burgenländische Forschungsgesellschaft“ führt regelmäßig Forschungstage durch, als Forum zur Präsentation laufender Arbeiten, aber auch als Ort des Informationsaustausches. Außerdem gibt es

Jours Fixes in Wien und in Eisenstadt zur Information der Mitglieder und FreundInnen.

Ziel der Gesellschaft sind die Errichtung einer akademischen Infrastruktur im Burgenland sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen für burgenländische AkademikerInnen.

Kontakte:

• Uli Pröll; 7000 Eisenstadt, Pfarrgasse 10; Telefon (02682) 61 363

• Eva Müller; Telefon (0222) 31 29 732

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt S200,-; für Studis, Arbeitslose, Präsenz- und Zivildienstler die Hälfte. •

und Budapest den fließenden Verkehr zu tragen haben, werden sie auch noch zum ausgelagerten Großparkplatz für Wien. Hiebei sieht die EXPO-Planung allerdings Lösungsmöglichkeiten: Wie etwa die Beinhaltung der Fahrkosten für den Öffentlichen Verkehr in den Eintrittskarten, die übrigens voraussichtlich S300,— kosten werden. Die Großparkplätze werden allerdings trotzdem geplant.

Doch weiter im Leitprogramm: „Gemäß dem bisherigen Stand der Gespräche mit dem Bund stehen für notwendige Bauvorhaben im Bundesstraßennetz bis zur EXPO '95 Mittel in der Höhe von ca. 1 Mrd. öS zur Verfügung. Im Rahmen der Planungen sind insbesondere folgende Baulosbereiche zu berücksichtigen: Abschnitte der B3 in Floridsdorf und Kagran, Ausbau der B8 im Bereich Franzensbrückenstraße und Süßenbrunn, Aus- und Umbauten von Abschnitten der B227 (Untere Donaustraße) und von Knotenbereichen der A22. Darüber hinaus kommt den Verkehrsleit-einrichtungen im Zuge von Überbauungen oder Abdeckungen der A22, dem Bau der A23 (vom Knoten Kaisermühlen bis Hirschstetten) und der B302 (von Hirschstetten bis zur B8 — Süßenbrunn), von denen bisher nur die A23 durch Sonderfinanzierung der ASFINAG bedeckt ist, sowie die Errichtung der B301, zwischen der A2 und der A4, die derzeit von der ASFINAG geplant, deren Finanzierung aber noch nicht sichergestellt ist, besondere Bedeutung zu.“ Alle Zitate — gekürzt — aus dem Leitprogramm der Stadt Wien. Für eine „autolose EXPO“ nicht sonderlich bescheidene Vorhaben.

Trotzdem aber könne nicht alles der EXPO in die Schuhe geschoben werden, wie etwa die A4, meinte ein Mitarbeiter des EXPO-Büros der Gemeinde Wien. Die A4 hätte mit alledem nichts zu tun. Die EXPO soll schließlich autolos werden.

Richard Gießling von der Burgenländischen Landesregierung und seines Zeichens auch EXPO-Koordinator für das Burgenland sieht die Sache aber offenbar etwas anders. Wenn er auf die vom Land Burgenland vorgesehenen Maßnahmen für die Weltausstellung 1995 zu sprechen kommt legt er gnadenlos los:

„Im Bereich Verkehr und Infrastruktur möchte ich anführen, daß die verkehrsmäßige Erschließung des Landes Burgenland in Hinblick auf den zu erwartenden Besucherstrom zwischen den EXPO-Standorten Wien und Budapest eine der wichtigsten Maßnahmen darstellt. Diese Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, können wir in zwei Teile gliedern. Den ersten, die Neu- und Ausbauten für die Zubringung der Besucher zu den eigentlichen Ausstellungszentren, wobei der Verkehrsstrom zwischen Wien



Archivfoto: Verkehrsdemo vom Mai

kommt. Es sind dies:

Die Fertigstellung der Ostautobahn A4, die Weiterführung der A3, der Südostautobahn nach Wien, die Weiterführung der Burgenlandschnellstraße S31 bis Oberpullendorf (...), den Ausbau der Bundesstraße B65 (Verbindung der Südautobahn über Fürstenfeld, Heiligenkreuz, nach Ungarn), weiters soll die A3, die Südostautobahn weitergeführt werden mit der Umfahrung von Wulkaprodersdorf nach Klingenbach an die Grenze. Weiters werden neue Grenzübergänge eröffnet (....)“ und Park&Ride-Anlage werden in Parndorf an der (projektierten) A4, und in Müllendorf an der A3 geplant. Schließlich ist auch noch an den Ausbau bestehender Eisenbahnlinien gedacht. (Wien-Budapest, Wien-Eisenstadt) und die Einrichtung eines Grenzüberganges für die Schifferln am Neusiedlersee, usw usf.

Für ihn und auch für seinen Landeshauptmann Sipötz ist die A4, beispielsweise, eine Überlebensfrage für die Menschen und vor allem die Kinder. „Probieren sie dort einmal über die Straße zu gehen...“. Die AutobahngegnerInnen werden quasi für den Tod aller Verkehrstopfer an der B10 verantwortlich gemacht. Die Argumentation Thalers (TU, VCO), daß bisher noch jeder Autobahnbau nur in den ersten paar Jahren Verkehrsentlastungen an den „entlasteten“ Bundesstraßen gebracht habe, verfolgt wie Schall und Rauch. Thaler hatte anhand von Beispielen gezeigt, wie Autobahnen nur ein Mehr an Verkehr anziehen. Spätestens nach drei, vier Jahren wurde an jeder „entlasteten“ Bundesstraße wieder das gleich hohe Verkehrsaufkommen, wie vor der Autobahneröffnung gemessen. Bei gleichzeitigem hohem Verkehrsaufkommen auf der neuen Autobahn.

Für Heinrich Wedral, in der Burgen-

nahmen, und somit auch für den Straßen- und Autobahnbau zuständig, ist allerdings die Zeit der Autobahnen nun sicherlich vorbei, wie er in einer Arbeitsgruppendifkussion, die von einer eher autobahnkritischen Grundstimmung geprägt war, verschmitzt grinsend von sich ließ. „Doch das, was wir noch im Programm haben, das ist Bestand!“ Punkt.

DIE EXPO UND DAS BURGENLAND

Das Burgenland steht wirtschaftlich alles andere als gut da, heute. In den Grenzregionen gibt es die höchste Arbeitslosenrate von ganz Österreich. Das Lohnniveau liegt bei 60% des österreichischen Durchschnitts. Die Finanzkraft der Gemeinden ist gering. Dem Burgenland fehlt es an wirtschaftlicher Dynamik. So lautet zumindestens zusammengefaßt die Einschätzung von Gudrun Biffl vom Institut für Wissenschaft und Forschung. Diese Entwicklung führt sie historisch auf den Verlust des „Hinterlandes“ zurück, später wurden die Niedriglohnarbeiten gezielt in die Grenzregion ausgelagert, weil die Leute dort alles annehmen mußten, wenn sie nicht in den Zentralraum Wien pendeln wollten. Für die Betriebe gibt es da freilich keine Veranlassung für Umstrukturierung, für sie ist das Billiglohniveau ja willkommen. Abhilfe kann da quasi nur von oben geschaffen werden. Durch die Abschaffung von Eintrittsbarrieren in der Gewerbeordnung, so Biffl. Und durch Hilfestellung beim Behördenweg bei Joint Ventures. Und durch die Förderung der Randregion durch öffentliche Aufträge. (Was das an den Billiglöhnen ändern soll, ist mir aber nicht ganz klar; Anm TATblatt.) Auf alle Fälle sei es wichtig, die lokale Motivation zu wecken, und dafür seien die Voraussetzungen jetzt günstig, es gilt Akzente

zu setzen. Und, so Biffel, wenn jetzt nicht die Initiative ergriffen wird, wird die Entwicklung den transnationalen Konzernen überlassen. Mit allen negativsten Konsequenzen. Die Billiglohnproduktion wird in den nun geöffneten „Ostblock“ verlagert, die kleinbäuerlichen Strukturen in der Landwirtschaft würden ruiniert, da sie mit ihren veralteten Produktionsmethoden überfahren würden, und dann den Anschluß an den EG-Binnenmarkt nicht schaffen werden. Durchaus wichtige Gedanken in einer sehr komplexen Materie. Die Schlußfolgerungen Biffels: Das Ergreifen der Initiative in der Umstrukturierung ist eine Chance für die Ostregion. *„Wenn man die Initiative nicht ergreift, passiert auf alle Fälle was: dann hat die Ostregion keine Chance. Ich glaube, daß wir eigentlich gar keine Alternative haben.“*

Michael Wagner vom Institut für Wirtschafts- & Sozialforschung sieht da in der EXPO '95 die Chance, *„daß die Qualifikationen, (etc) die bislang aus dem Burgenland in die Zentren hinausströmten, im Burgenland zu behalten“* wären. Und resumierend, einmal mehr die Einschätzung: *„Die Menschen brauchen Projekte, an denen sie ihre positiven Utopien realisieren können. Man kann überlegen, warum, aber es ist so.“*

Was die Vorstellungen nährt, daß gerade die Weltausstellung Impulse für das Burgenland bringen soll, bleibt unklar. Bringt doch, wie auch Pius Strobl erklärte, gerade die Weltausstellung eine Konzentration der Investitionen in den Zentren, auf Kosten der Regionen.

Richard Giefing von der Burgenländischen Landesregierung sieht das so: Wenn nichts getan wird, bleibt dem Burgenland nicht viel mehr, als die Krümel, die die anderen überlassen. *„Also muß sich das Burgenland vordrängen.“* Daher gibt es im Amt der Landesregierung mittlerweile 7 Arbeitskreise in Zusammenhang mit der Weltausstellung. Die bearbeiteten Themen: Planung Naturraum; Verkehr; Tourismus; Kultur; Handel, Gewerbe & Industrie; Landwirtschaft; Finanzen.

Zum Naturraum: Der gemeinsame österreichisch-ungarische Nationalpark Neusiedler See — Seewinkel ist praktisch beschlossene Sache. Die Kosten werden insgesamt zwischen 180,750.000 bis 224,000.000 öS betragen. Der jährliche Betrieb wird zwischen 33,300.000 bis 43,300.000 öS kosten. *„In Hinblick auf die EXPO 95 ist höchste Dringlichkeit geboten. Die einzelnen Planungsphasen müssen daher ineinandergreifen...“* (Kostenschätzung und Zitat aus „Umwelt Burgenland Nr18“, herausgegeben vom Amt der Burgenländischen Landesregierung Landesamtsdirektion — Umweltreferat). 1994, also noch ein Jahr vor der EXPO, soll der Nationalpark eröffnet werden können. Richard Giefing von der Landesregierung schwebt eine Nationalparkverwaltung, Infopavillons, Lehrpfade, ein Nationalparkzentrum mit Zoo, Terarium, Videos, etc vor. *„Sanfter Tourismus“*, was immer er

darunter verstehen mag, steht im Vordergrund.

Für den Tourismus im Burgenland allgemein, sind auch zahlreiche Maßnahmen geplant, so Giefing: Zuerst soll die Qualität der Betriebe auf Dreistern-Qualität angehoben werden. Ein Computer-Buchungsservice soll eingerichtet werden, ein Shuttle-Service mit Klein-Autobussen zwischen Bahnhöfen und Hotels, sowie zwischen Hotels und dem EXPO-Gelände (wie war das mit *autolos?*) Schwerpunkte seien auch Fremdsprachen, die gelernt werden müssen, und die Präsentation des Burgenländischen Weines, dessen Image im Rahmen der EXPO endlich wieder aufgebessert werden könnte.

Ja, der Wein! Der ist auch Schwerpunkt im Maßnahmenkatalog für die Landwirtschaft im Rahmen der EXPO. Giefing, kommt ins Schwärmen. Je mehr ZuhörerInnen über ihn ins Grinsen geraten, und auch der Wiener Stadtrat Swoboda sich nicht mehr zurückhalten kann, umso röter läuft das Gesicht des Landespolitikers an. Aber brav trägt er die Planungsvorhaben weiter vor: Ein Konzept für einen Weltausstellungswein soll erarbeitet werden. Vornehmlich Welschriesling und Blaufränkisch. Die Etiketten sollen das offizielle EXPO-Logo tragen. Das Burgenland soll sich als das Weltzentrum des Natur-Süßweines präsentieren, usw usf.

Doch zurück zum Tourismus: Hier sollen auch die Regionen gestärkt werden, zahlreiche ohnehin stattfindende Festspie-

densforschungsinstitut auf der Burg Schlaining, wo die Tagung stattfand, ein Zuckerl parat: Dieses könnte unter dem Thema *„Frieden und Menschenrechte“* in die Weltausstellung eingebunden werden. Damit könnte die Burg Schlaining zum weltweiten Anziehungspunkt für den *Friedenstourismus* werden.

Giefing will mutmaßlich weiterhin ungebrochen ernstgenommen werden. Sein abschließender herzergreifender Apell: *„Das Land braucht die Unterstützung aller Burgenländer und aller derer, denen das Burgenland lieb und wert ist.“*

DIE EXPO UND DIE KULTUR

„Man will nicht etwas ausstellen, und muß dafür etwa bauen, sondern man will etwas bauen, und braucht dafür eine Ausstellung.“ Womit wir wieder beim Thema Impuls, Trägerrakete oder Selbsterpresung wären. Diesmal (oder so ähnlich) in der philosophischen Variation von Rudolf Burger vom Wissenschaftsministerium. Ja, und was will „man“ eigentlich ausstellen?

„Brücken in die Zukunft“ ist gewissermaßen das Thema der Weltfachausstellung von 1995, es sei denn, es wird noch abgeändert. Aber inzwischen wurde an diesen vier Worten soviel herumphilosophiert, daß das nicht mehr zu erwarten ist. In einer vielbeachteten Inhaltserklärung erweiterte der EXPO-Kulturbeirat der Stadt Wien das Thema mit dem kritischen(!) Zusatz *„Was trägt noch?“* Womit die „Kultur“ oder „Kunst“ einmal mehr ihrer bewährten



noch ein Archivfoto:
Sprayerei in der Brigittenau

le sollen eingebunden werden, eventuell terminlich in die Weltausstellungszeit verlegt werden. Das burgenländische Dorf soll als Träger moderner Wohnkultur präsentiert werden. Herauszustreichen sind Kommunikation, Energiesparsamkeit und Folklore. Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria könnten auch in die EXPO eingebracht werden, und schließlich hat Giefing auch für das Frie-

Rolle als tragendes und legitimierendes Instrument der Herrschenden gerecht wird. Das ist jetzt aber sicherlich die subjektive Meinung des Autors. Also objektiv: Was trägt noch? Wir lesen nach in den Ergänzungen zum Leitprogramm der Gemeinde Wien: *„Ausgehend von der Brücken-Metapher könnte diese Fragestellung für alle Beteiligten eine Einladung für den Vergleich von Positionen, Strategien und Innovatio-*

nen sein. Die „Brücke“ als Mautstelle für die Zukunft, an der gefragt wird: Was ist das Wesentliche, das Wichtige, das Haltbare? Welche Ideen und kulturellen Fertigkeiten sind noch mobilisierbar? Wie vital sind unsere Ressourcen? Nach welchen Kriterien können Entscheidungen der Auswahl getroffen werden? Wie antworten verschiedene Kulturen auf diese Frage? Die Fragestellung zielt auf eine Ökologie aller zivilisatorischen Leistungen, die deshalb mehr sein muß als eine auf die Natur beschränkte Ökologie. Die Leitfrage „Was trägt noch?“ enthält die für die EXPO in Zentraleuropa unverzichtbare Skepsis, zugleich eröffnet sie aber ausreichend Raum für neue Utopien und Zukunftsstrategien. An die besagte „Inhaltserklärung“ schloß sich die Aufforderung an den Kulturbeirat der Stadt Wien, konkrete Ideen und Vorschläge für das Leitprogramm, für das Raumprogramm des EXPO-Architektenwettbewerbs und auch für Ereignisse und Veranstaltungen der EXPO selbst zu entwickeln. Die folgenden Anregungen sind ein erster Schritt für eine inhaltliche Anreicherung und Begründung der EXPO....“

Es folgen Vorschläge und Projekte des Kulturbeirats, hier ein paar Auszüge: „Eine Ausweitung bestehender kultureller Nutzungen und traditioneller Institutionen Wiens auf das EXPO-Gelände sind (...) abzulehnen; Kein ‚Museum moderner Kunst‘, keine ‚Oper‘, kein ‚Theater‘ (...); die kulturell qualitativen Aufführungen der ‚Hochkultur‘ finden an den traditionellen Orten statt (...); das im provisorischen Raumprogramm enthaltene ‚EXPO-Theater‘ mit 4 500 Sitzplätzen soll deshalb für originäre, für diese Zuschauermassen entwickelte Veranstaltungen vorbehalten sein (...). Man sollte fünf bis sechs Komponisten einladen, Werke für die Weltausstellung zu schreiben und fünf bis sechs bedeutende Opernhäuser der Welt gewinnen, diese Stücke aufzuführen (...) Das ‚Panorama-Theater‘ besteht ausschließlich aus einem möglichst hoch situierten Zuschauerraum, von dem aus sich Blickverbindungen zum ganzen Wiener Donauraum ergeben. Bespielt kann das gesamte einsehbare Areal werden: mit Bewegungstheater, Lasershows, Son & Lumiee, Groß-Performance, Land Art, Massen-, Volks-theater, Konzept-Kunst, kinetischen oder pyrotechnischen Shows. Es gibt für eine derartige unbegrenzte Spielstätte mit bequemer Zentralperspektive kein vorhandenes Repertoire, es muß also neuer ‚Stoff‘ gefunden werden. (...)

Der Beirat stellt fest, daß im Weltausstellungsgebiet notwendigerweise gewohnt werden muß, um Urbanität zu erzeugen. Dieses Wohnen könnte man modellhaft durchführen, indem Architekten eingeladen werden, reale Häuser zu bauen (hick!, will sagen: sic!, Anm TATblatt). Es wird sich um Mehrfamilienhäuser handeln, die ein stark verdichtetes, dennoch attraktives Wohnen gestatten. Die dabei entstehenden Musterwohnungen könnten im Rahmen der Weltausstellung zu besichtigen sein.“

Und an welche BewohnerInnen wurde dabei wohl gedacht? Derzeit sind der 2.,

20., und 22. Bezirk rund um das EXPO-Gelände noch so was ähnliches wie ArbeiterInnenbezirke. Auch der Kulturbeirat strebt offenbar eine umfassende Ver-Yuppi-sierung an. Was aber plant der Kulturbeirat noch:

Ein Projekt „Observatorium“ zur alltagskulturellen Erforschung und Präsentation der „Dingwelt“, einen „Palast der Dinge“, mit Objekten, die Identitätsträger des 20. Jahrhunderts sind/waren; usw.

Ursprünglich war der Titel „Brücken in die Zukunft“ bekanntlich als Brücke zwischen Ost und West, zwischen zwei verfeindeten Systemen gemeint. Für den „Westen“ als Brücke, um wirtschaftlich im „Osten“ Fuß fassen zu können, für den „Osten“ um westliches Kapital ins abgewirtschaftete Land zu holen. Diese Ziele sind unterdessen von der Geschichte überholt. Was bleibt ist die leere Phrase von der Völkerverständigung. Wenn wir unsere Weltoffenheit der Welt präsentieren wollen, dann sollten wir das sehr schnell vergessen, meinte der Grüne Pius Strobl, denn die Fremdenfeindlichkeit wird sich in den nächsten fünf Jahren kaum zum Besseren verändern. Bei einer Diskussionsveranstaltung im Wiener Rathaus, am 4. April schon, meinte der Alttrotzkist und nunmehrige AZ-Redaktor Georg Hoffmann-Ostenhof sinngemäß, daß er die EXPO schon mal deswegen gut fände, weil derzeit macht Österreich seine Grenzen mit den Visapflichten dicht, dann zur EXPO jedoch kommen sooo viele Ausländer nach Österreich herein, und das wäre schließlich gut — von wegen Internationalismus, Völ-

kerverständigung und so.

Österreich hat also durch die EXPO die Möglichkeit sich endlich wieder einmal als „ausländerfreundlich“ zu präsentieren, wenn es sich die „AusländerInnen“ nur vorher aussuchen kann. Und wer in Österreich hat denn schon wirklich etwas gegen AusländerInnen, wenn sie mit dicken Brieftaschen ins Land strömen, und mit deutlich abgemagerten in absehbarer Zeit wieder draußen sind. Wenn es aber im 2. und 20. Bezirk zu einem sehr großen Teil gerade Leute ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind, die durch das EXPO-bedingt explodierte Spekulationswesen aus ihren Wohnungen und Wohngegenden hinausgedrängt werden, hat das offenbar nichts mit „AusländerInnenfeindlichkeit“ zu tun. Das ist dann Weltoffenheit. Euro-pareife!

„Ausländerfeindlichkeit“ erkennen aber auch Politiker wie Busek oder Sipötz als Problem. Für Busek drückt sie sich zum Beispiel darin aus, wenn der Ost-West-Verkehr als Umweltbelastung bezeichnet wird, gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Grenzen geöffnet werden. Oder wie es Landeshauptmann Sipötz sieht: „Wenn da jetzt ein Teil kommt, und sagt wir bauen nix aus (die Straßen resp. Autobahnen sind wieder gemeint), dann wäre es doch besser, wir hätten uns denn eisernen Vorhang von den Ungarn ausgeborgt und neu renoviert...“

Weil mir kein anderer Schluß einfällt, möge dieser Artikel nun mit dem Wort des Wiener Bürgermeister Zilkus ausklingen — er war bei der Veranstaltung nicht anwesend; das Zitat stammt aus dem Vorwort des in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wien erscheinenden Magazins „Perspektiven“ (4/5 90). Er sagt einiges aus, was die Ostregion zu erwarten hat, von der EXPO, oder vielmehr, was Wien, für die EXPO von der Ostregion erwartet:

„Die EXPO ist nicht nur ein Gedanke, der wie ein geistiger Samen auf fruchtbaren mitteleuropäischen Boden fällt, sondern sie ist handfeste Chance, die gesamte Ostregion Österreichs aus ihrem jahrelangen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den westlichen Bundesländern zu holen. Wien übernimmt dazu nur zu gerne die Metropolen-Funktion, aber die Bundesregierung wie auch die anderen Bundesländer müssen sich auch ihrer Verantwortung für eine funktionierende Welt-Stadt Wien bewusst sein. Wien 1995, das bedeutet für viele schon heute ‚Neue Gründerzeit‘, wobei es gilt...“ undsoweiter undsofort. ●

Ja und wir vom TATblatt planen für den Herbst eine Artikelreihe zum Thema EXPO, in der die verschiedensten Aspekte genauer behandelt werden sollen. Außerdem soll ein Materialien-Reader gegen die Weltausstellung zusammengestellt werden. Beiträge und Infos dafür, bitte ans TATblatt-Wien-Büro schicken. Außerdem suchen wir noch dringend Kontakt-Adressen von Anti-EXPO-Initiativen, derer es unterdessen ja ein paar gibt. In Wien, aber auch anderswo. Wenn ihr was wißt, laßt uns bitte auch was davon wissen.

Wichtige Adressen:

● EXPO-Büro der Gemeinde Wien (MA21)
Rathausstraße 14-16
1082 Wien
Telefon (0222) 40 00/88 121

● EXPO-VIENNA-AG
Renngasse 1
1010 Wien
Telefon (0222) 535 48 08/0

● EXPO-Werkstatt
Auerspergstraße 15/21
1080 Wien
Telefon (0222) 48 73 44

● Arbeitsgruppe Vorbereitung und Organisation
Bäckerstraße 1/2/7
1010 Wien
Telefon: (0222) 513 88 66-74

● Budapest-Vienna World's Fair 1995
Preparatory Committee
Kossuth Lajos tér 4
H-1339 Budapest P.O.B.686
Telefon (00361) 112-3461; -9674; u.a.

Die "Initiative Neue Linke" begehrt folgende

Entgegnung

Sie schreiben in der Ausgabe des "Tatblatt" Nr. "minus 72" auf Seite 10 in dem Artikel mit der Überschrift "Feminismus statt Veranstaltung" über die Initiative Neue Linke:

"Jene Initiative, die so links ist, daß sie Zwangsinternierung (...) von HIV-Positiven fordert (Tatblatt-77)."

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß die Initiative Neue Linke niemals die Zwangsinternierung von HIV-Positiven gefordert hat.

Sie schreiben weiters in Bezugnahme auf die Veranstaltung "Gleichheit statt Feminismus" der Initiative Neue Linke vom 5.4.1990: "Das Positive: Die Veranstaltung konnte nicht stattfinden." Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß die Veranstaltung der Initiative Neue Linke zum Thema "Gleichheit statt Feminismus" am 5. April 1990 im Neuen Institutsgebäude der Universität Wien stattgefunden hat.

Wir fordern sie auf, diese Entgegnung fristgerecht und in der gesetzlich vorgeschriebenen Form in der Zeitschrift "Tatblatt" zu veröffentlichen.

Für die Initiative Neue Linke

Michael Beck

In Zukunft sollte sich die "Initiative Neue Linke" an die im Mediengesetz vorgesehenen Richtlinien halten, wenn sie "Entgegnungen" begehrt. So müssen Entgegnungen binnen zwei Monaten nach der entgegneten Veröffentlichung am Redaktionsitz EINGELANGT sein. Kenntnis der kalendarischen Rechnungsweisen scheint aber nicht zu den Stärken der INL-MitgliederInnen zu gehören. Ja, sofern die Entgegnung überhaupt von der INL ist, denn der Nachweis, daß Michael Beck tatsächlich für die INL vertretungsbefugt ist, wurde uns vorenthalten.

Weiters können nur "Tatsachenbehauptungen" entgegnet werden, keinesfalls "Wertungen" oder "persönliche Meinungen". Und es ist schließlich nun einmal die persönliche Meinung aller RedaktionsmitgliederInnen des TATblatts, daß es positiv ist, daß die Veranstaltung der INL am 5.4.1990 nicht oder nicht in der geplanten Form durchgeführt werden konnte.

Unrichtigkeiten können nicht Gegenstand einer Entgegnung sein: Jedenfalls behauptet die Polizei in den der zur Zeit stattfindenden Prozessen gegen Personen, die am 5.4. vor der Uni Wien festgenommen worden waren, daß sie nicht in der Lage war, die Durchführung der Veranstaltung zu ermöglichen.

In Einem müssen wir dem unbekanntem Entgegner aber recht geben: Nirgendwo auf INL-Flugblättern steht zu lesen, daß sie die zwangsweise Internierung HIV-Positiver "FORDERT". Die INL und deren MitgliederInnen fordern die Anwendung der klassischen Mittel zur Bekämpfung von Seuchen auf HIV-Positive, was immer auch das im INL-Neudeutsch heißen soll. Jedenfalls ist

die zwangsweise Internierung durchaus eine "klassische Maßnahme zur Seuchenbekämpfung". Dennoch: der kleine Unterschied zwischen "FORDERN" und "PROPAGIEREN" hätte uns wirklich auffallen können. Die Initiative Neue Linke und ihre MitgliederInnen PROPAGIEREN die zwangsweise Internierung von HIV-Positiven!

Letztlich hätten wir also genügend Gründe gehabt, um den Abdruck dieser Entgegnung zu verweigern. Warum wir es dennoch tun?

Ganz einfach: Wir wollten uns nicht den Spaß entgehen lassen, alles das aufzulisten, was die INL NICHT ENTGEGNET hat:

Die INL betreibt eine Hetze gegen Autonome/Punks und Linke aller Schattierungen (TATblatt-77)

Die Inhalte der INL sind faschistisch zu werten, und zwar sogar per Gerichtsurteil (TATblätter-77 und -72)

Die Texte der INL (bzw ihrer "Schwestergruppen") beinhalten alle wesentlichen Merkmale "modernisierten Rechtsradikalismus" (TATblatt-77)

Die Rahmendiktion ist jener der radikalen Rechten weitestgehend angenähert (Tatblatt-77)

Frauen, Schwule, Punks sowie überhaupt fortschrittlich gesinnte Menschen werden stets mit allen (noch) propagandistischen Mitteln niedergemacht (TATblatt-77)

Frauen sind bei Veranstaltungen der INL störend (TATblatt-72)

Wir wollen also die Entgegnung von wem auch immer sie stammt, gerne als Beleg für die Richtigkeit der von uns getroffenen politischen Aussagen gelten lassen. ●

Anzeige:

Wir verkaufen laufend aus unserer Sammlung Bücher, die ihr sonst kaum bekommt - zu Preisen, die ihr euch leisten könnt!

ANTIQUARISCHE BÜCHER

Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und des Sozialismus, international und Österreich - Ökonomie - Politik - Philosophie - Kunst - Belletristik - Klassiker der Weltliteratur - proletarische Romane - Kinderbücher - Reiseliteratur - Schach - Plakate - und vieles mehr

TAUSENDE BÜCHER À 20,- !

W.Simon
Iheringgasse 13, 1150 Wien
Tel: 855 84 32
Donnerstag 15 - 20 Uhr, Freitag
15 - 18 Uhr

Samstag/Sonntag Kunstmarkt
Donaukanal/Schwedenplatz

Wir sind leicht erreichbar:

▷ 2 Minuten von der U 4, Station Schönbrunn.

▷ 5 Minuten von der Straßenbahn 52/58, Station Winkelmannstr.

UNVERKÄUFLICHE RARITÄTEN KÖNNEN
AUF WUNSCH KOPIIERT WERDEN!

TATblatt erhältlich!

Sie wollen das Rotstilzchen räumen Wir bleiben aber drinnen

(rotstilzchen)

1. WAS IST DAS ROTSTILZCHEN?

Das Rotstilzchen existiert seit 10 Jahren und ist ein selbstverwaltetes, autonomes Beisl. Das heißt, wir kriegen und wollen keinerlei Subventionen - wir können bzw. versuchen, unsere politischen Ideen durchzusetzen, ohne daß uns irgendwer dreinredet. Im Gegensatz zu anderen Beisln ist das Rotstilzchen nicht gewinnorientiert. Die Einnahmen decken die laufenden Kosten. Wir bieten Platz für Gruppen, die gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Aufrüstung, Stadtteilerstörung und Spekulation etc. auftreten. Und außerdem ist das Rotstilzchen ein Beisl, in dem kein Konsumzwang herrscht, in dem jede und jeder gern gesehen ist, wenn er/sie kein Fascho, Bulle, Spekulant, Vergewaltiger ist.

2. WIESO BRAUCHEN WIR GERADE DAS ROTSTILZCHEN?

Das Rotstilzchen ist für uns der Ort, an dem wir gemeinsam reden, trinken, lachen, essen, diskutieren, streiten, weinen, ... können. Und was ebenso wichtig ist, wir haben einen Platz, wo wir Veranstaltungen machen, und wo wir uns zu politischen Themen verhalten (wollen). (Kampf gegen Faschismus, Spekulation, Aktionen gegen den Opernball etc.)

Außerdem werden wir nirgendwo in Wien mehr ein Lokal finden, das wir uns auch leisten können.

3. WARUM WILL UNS DIE HAUSBE-SITZERIN RAUSWERFEN?

Die offizielle Begründung lautet "nachteiliger Gebrauch", wobei das Aussehen der BesucherInnen (bunte Haare) mit aus-



schlaggebend ist. In Wahrheit ist das Haus, in dem sich das Rotstilzchen befindet, ein Spekulationsobjekt. Da die Mietpreise in

den letzten Jahren ins Unermeßliche gestiegen sind, könnte sie für die Räume bei Neuvermietung ein Vielfaches kassieren.

4. WIR SIND NICHT DIE ERSTEN UND EINZIGEN, DIE SO VON DER STADTTEILERSTÖRUNG BETROFFEN SIND.

Unter dem Motto "Stadtteilsanierung" wurde in den Siebzigern begonnen, im 7. Bezirk einen ganzen Teil (Spittelberg) umzustrukturieren. Althäuser, die billigen Wohnraum geboten haben, wurden renoviert, und billige Mietwohnungen wurden zu teuren Eigentumswohnungen umfunktioniert. Die Hausbesitzer sind bei dieser Sanierung doppelte Gewinner:

1. können sie von den MieterInnen nach der Renovierung Horrormieten verlangen,
2. werden die Häuser durch Billigskre-



dite der Gemeinde Wien saniert. Ähnliches ist in den letzten Jahren in Gumpendorf passiert.

Auch in Margareten, Teilen des 2. und 3. Bezirks sind die Absaniierer kräftig am Werk. Neben den höheren Gewinnen ist das Ziel dieser Stadtteilerstörung die Vertreibung von Menschen mit niedrigem Einkommen, um die leergewordenen Objekte in teure Geschäfte, Hotels und teure Eigentumswohnungen für die Reichen umzuwandeln. Das sind keine Hirngespinnste von uns:

Sowohl am Spittelberg als auch in Teilen von Gumpendorf wohnen und arbeiten immer mehr Yuppies, und fast alle der alten MieterInnen sind verschwunden. Und wenn Sie durch Margareten gehen, werden Sie sicher auch schon bemerkt haben, daß immer mehr Touristen (wegen der vielen Hotels) kommen und immer mehr billiger Wohnraum geht. Sicher kennen auch Sie jemanden, der/die wegen zu hohen Mieten oder wegen eines Neubaus die billige Wohnung verlassen mußte.



5. WER VERDIENT AN DER STADTTEILERSTÖRUNG?

- Die Hausbesitzer, die teure Mieten kassieren
- Die Spekulanten. Sie kaufen billige Althäuser, sanieren sie und verkaufen sie teuer weiter.
- Die Baufirmen, indem sie für die Renovierung bzw. Neubau kassieren.
- Die Banken, indem sie die Kreditzinsen kassieren und an den Baufirmen beteiligt sind.
- Neue, teure Geschäfte, da ein zahlungskräftiges Publikum in die Gegend zieht.

Wenn argumentiert wird, die Touristen bringen Geld für den Staat, die Gemeinde, den Bezirk, fragen wir Sie:

Wieviel Geld haben Sie schon vom Tourismus-Boom Wiens bekommen? Wahrscheinlich nichts! Das Geld, das die Touristen bringen, fließt nämlich in die Taschen von:

Hoteliere, Gemeinde, Baulöwen, Banken und Geschäftsleuten.

Wenn argumentiert wird, die Touristen schaffen Arbeitsplätze, so sagen wir:

Die Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gastgewerbe sind mit die schlechtesten bezahlten. Gerade für die Touristen müssen die Geschäfte länger offen halten. Das heißt, wir müssen länger arbeiten.

Wir kommen dadurch in einen Teufelskreis:

Weil die Wohnungen knapper gemacht werden, müssen wir mehr dafür bezahlen (schon heute zahlen wir durchschnittlich 30 % unseres monatlichen Einkommens für die Miete). Dadurch sind viele Menschen gezwungen, schlecht bezahlte und ungeschützte Arbeitsverhältnisse einzugehen. Das heißt, Frauen müssen verstärkt Heimarbeit leisten, AusländerInnen und Arbeitslose sind den Sklavenhändlern (z.B. Leiharbeit) hilflos ausgeliefert. Für Jugendliche bedeutet das, daß sie noch länger bei ihren Eltern wohnen müssen. Außerdem heißt das für uns alle, daß wir mehr Streß und weniger Zeit für uns haben.

6. WARUM HABEN WIR KEINERLEI UNTERSTÜTZUNG DER GEMEINDE ZU ERWARTEN?

Die Gemeinde ist genau für diese Sanierungspolitik verantwortlich und fördert sie noch immer. Da wir uns aus oben angeführten Gründen gegen die Zustände im Bezirk wehren, ist es der Gemeinde nur angenehm, unsere Sache der Hausbesitzerin und den Gerichten zu überlassen. Die Gemeinde verhält sich als größte Hausbesitzerin in Wien genauso wie alle anderen Hausbesitzer und läßt jährlich zahlreiche Menschen wegen Mietschulden delogieren. In Häusern, wo die Gemeinde saniert, werden Infobüros für Leute eingerichtet, die wegen der erhöhten Mieten umsiedeln müssen.

Die Gemeinde gibt offen zu, daß sie nur mehr für Reiche baut. Es wird ernsthaft diskutiert, Gemeindewohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, womit jeder soziale Anstrich endgültig die Farbe verliert.

Letztendlich ist die Gemeinde verantwortlich für die Räumung autonomer Zentren: Arena, Gaga, Ägidi.

7. WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN MACHEN?

Wir müssen aufhören, Wohnungs- und Mietprobleme als Einzelschicksale zu sehen. Viele Menschen sind den gleichen oder ähnlichen Problemen ausgesetzt (Betriebskostenerhöhungen, 18, Räumungsklagen, Delogierungen, ...). Wenn wir uns zusammensetzen und über diese Probleme

reden, sind wir den Hausbesitzern gegenüber in einer viel besseren Position. Welchen Erfolg wir so haben können, zeigt das Beispiel der Mayr-Mellnhof-MieterInnen, die sich 1986 zusammenschlossen und ihre Absiedelung gemeinsam verhinderten.

Für die Hausbesitzer ist es viel ange-

Flüstern Sie doch nicht so, Mann!
Also: **ROTSTILZCHEN**
mit oder ohne "tz"?



nehmer, einzelnen MieterInnen gegenüber zu stehen, als einer entschlossenen Hausgemeinschaft. Eine andere Möglichkeit, sich gegen überhöhte Mietforderungen zu wehren, sind das bezahlen selbst festgelegter Mieten (z.B. 10 % des Einkommens) oder der Mietboykott. Beides wird anderswo (z.B. Italien) schon jahrelang praktiziert, ist aber für Österreich noch Zukunftsmusik. Nichtsdestotrotz halten wir diese Widerstandsformen für zweckmäßig und berechtigt, weil wir so den unverschämten Mietforderungen etwas entgegensetzen können.

Besonders betroffen von den Verhältnissen, die am Wohnungsmarkt herrschen, sind Jugendliche, die so länger bei ihren

Eltern wohnen müssen, und Menschen, die sich die Mieten nicht mehr leisten können und auf der Straße landen. Dem gegenüber stehen die zahlreichen leeren Wohnungen und Häuser in Wien (offiziell 138.000 leere Wohnungen und allein 15 leere Häuser in Margareten).

Ein Schritt, um gegen diese Situation

anzukämpfen, ist die Enteignung von leerstehendem Wohnraum, sogenannte Besetzungen.

Schauen wir nicht weg, wenn unsere Nachbarn delogiert werden!

Ertränken wir nicht unseren Kummer in Alkohol!

Lassen wir unsere Wut nicht an gesellschaftlich Benachteiligten - Frauen, Kindern, AusländerInnen - aus, sondern treffen wir uns

AM 12.7.1990 UM 19 UHR IN DER ÄGIDIGASSE 13 (ehemals besetzte Häuser) und zeigen wir den Spekulanten, Bauherren, Tourismusmanagern und der Gemeinde, daß wir nicht wehrlos sind.

Wir grüßen die GenossInnen in den besetzten Häusern der Hamburger Hafensstraße, des autonomen Zentrums Blitz in Oslo, des autonomen Zentrums Kanal in Schwertberg und die HausbesetzerInnen in Salzburg - all diese Zentren sind ebenfalls von der Räumung bedroht.

Wir grüßen die 130 Gefangenen HausbesetzerInnen in Groningen (NL), die seit 27.5.1990 in Haft sind, weil sie ihre Häuser verteidigt haben.

- Keine Räumung des Rotstilzchens
- Verhindern wir gemeinsam Delogierungen
- Schluß mit der Stadtteilerstörung
- Keine EXPO in Wien und anderswo

- Besucht das Rotstilzchen - 5., Margaretenstraße 99
von Montag bis Freitag von 18 bis 2 Uhr

Oder informiert euch bei folgenden Adressen:

- Infoladen, 5., Margareten Gürtel 122-124/1/Keller, Tel. 54 23 07 Mo. 16 - 20 Uhr, Do. 17 - 21 Uhr, Fr. 15 - 18 Uhr oder
- Tatblatt, 6., Gumpendorferstraße 157/11, Tel. 57 49 543 von Montag bis Freitag 14 - 18 Uhr ●

Kulturverein KANAL:

Gefahr in Verzug gebannt

Alles dreht sich, Alles bewegt sich im KANAL

(Kulturverein Kanal; TATblatt Wien)

Am 6. April dieses Jahres bekam der Kulturverein Kanal in Schwertberg OÖ von Bürgermeister Gassner aus bau- und sicherheitstechnischen Mängeln einen Räumungsbescheid (siehe Tb minus 71). Da Gefahr in Verzug sei, kam diesem Bescheid ohne Ermittlungsverfahren nach 14tägiger Frist keine aufschiebende Wirkung zu. Dagegen legten die Kanalis Beschwerde ein — mit Erfolg!

Am 21. Juni fand eine Begehung des Hauses mit einem Sachverständigen des Landes Oberösterreich statt, der die Beschwerde des Kulturvereins bestätigte und meinte, 90% der Mängel seien behoben. Durch dieses Gutachten mußte der Räumungsbescheid aufgehoben werden. Jubel! Keine Räumung nirgends nicht!

Doch die Probleme mit dem Verpächter, einem Großbauern aus Schwertberg, bleiben weiterhin bestehen. Er, der die Kanalis in diese prekäre Räumungssituation gebracht hat, verhindert auch, daß sie

eine Veranstaltungsbewilligung von der Bezirkshauptmannschaft bekommen können. Dafür müßten nämlich noch Sachen wie z.B. eine Brandschutztür eingebaut werden, doch nicht in "seinem Haus" und ohne Erlaubnis... Vielleicht stimmt ihn ja der Landeskulturpreis um, den der Kulturverein Kanal jetzt bekommen hat. Kaum zu glauben, was!?! Am 6. Juni um 18.00 fand im Jazzatelier Ulrichsberg die Landeskulturpreisverleihung für initiativ Kulturarbeit statt. Landeshauptmann und Landeskulturreferent Ratzenböck übergab den Kanalis dort den mit 10.000 ÖS dotierten Förderungspreis. Den Hauptpreis, der für Initiativen, die länger als drei Jahre bestehen, eingerichtet ist und mit 50.000 ÖS dotiert ist, teilen sich das Jazzatelier Ulrichsberg und die Lokalbühne Freistadt.

Warum die "bösen" Kanalis den Preis bekommen haben ist eh klar: damit sie endlich brav werden und den Herrgott in Ruhe lassen. ●

Uns erreichte am Fr. 29. 6. folgender BekennerInnenbrief mit Bitte um Veröffentlichung:

Sie wollen das Rotstilzchen schließen Wir schließen die Banken

(die zusperrerenInnen)

Wir haben in der Nacht von Donnerstag auf Freitag bei zahlreichen Banken in Wien die Schlösser verklebt:

Banken machen die Politik, die wir bekämpfen — hier und überall. Sie sind verantwortlich für die Umstrukturierung hier. So verdienen sie unter anderem auf mehreren Ebenen kräftig an Spekulation und Stadtteilerstörung, sie sind verantwortlich für die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen:

- über eigenen Boden- und Hausbesitz
- über Kreditvergabe an Spekulanten
- über ihre Beteiligung an Baufirmen. So gehört z. B. die UNIVERSALE der CA. Die UNIVERSALE ist eine der größten Baufirmen Österreichs und verdient neben ihren Gewinnen im Baugeschäft auch noch an eigenen Grundstücksspekulationen.

Außerdem verdienen sich Banken goldene Nasen an Menschen mit wenig Geld, denen sie "großzügige Kredite" anbieten. Durch die hohen Zinsen müssen diese Menschen dann wesentlich mehr zurück zahlen, als sie ursprünglich von der Bank bekommen haben.

Und wenn die monatlichen Raten mal nicht bezahlt werden können, setzt die Schuldspirale ein. Eine große Zahl österreichischer Haushalte ist auf diese Weise verschuldet. Oft kommt es dann zu Gehaltspfändungen, Mieten können nicht bezahlt werden. Die Folge: Obdachlosigkeit.

Aber die Schweinereien der Banken gehen weit über Österreichs Grenzen hinaus:

So wie hier Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben werden, so werden über Kredite im Weltmaßstab ganze Länder von Banken abhängig gemacht, um sie dann zu zwingen, ausschließlich für den Export in die Metropolen (USA, Europa, Japan) zu produzieren. Für die Menschen in den betroffenen Ländern bedeutet das Arbeitszwang, Hunger und Tod.

Die Kredite, die diese Länder aufnehmen, dienen fast ausschließlich Projekten, die ihnen von westlichen Industrienationen eingeredet wurden, um noch mehr Geld aus der sogenannten Dritten Welt in unsere ohnehin reichen Länder transferieren zu können.

1980 ging in Kamerun eine Zellstofffabrik in Betrieb, die die VÖEST um 4 Mrd öS errichtet hatte. Die Verschmutzung des nahen Flusses beraubte 3000 Fischer ihrer Existenz und weitere 15 000 Menschen ihrer Nahrungsversorgung. Durch die folgenden Rodungen sind weite Strecken des Landes unfruchtbar geworden. Zudem ist die Fabrik so groß, daß sie nicht ausgelastet werden kann. Sie rentiert sich nicht. Was Kamerun bleibt, sind die Schulden bei österreichischen Banken. Die Menschen, die vorher von ihrem Boden vertrieben wurden, müssen jetzt für die Schulden ihrer Regierung aufkommen.

Außerdem sind österreichische Banken geschätzte Handelspartner faschistischer Diktaturen weltweit.

So gehören Österreichs Banken zu den größten Kreditgebern für das Rassistenregime Südafrika: Sie stehen auf Platz 8. Führend ist dabei die CA, die gemeinsam mit fünf weiteren europäischen Banken die EUROPEAN BANKS INTERNATIO-

des Rassistenstaates.

Zum Rotstilzchen: Das Rotstilzchen ist eines der letzten autonomen Zentren Wiens und liegt mitten in einem Sanierungsgebiet. Das Haus selbst ist ein Spekulationsobjekt. Sie wollen uns da raus haben, um das Haus dann umso teurer verkaufen zu können. Wir werden das mit allen Mitteln verhindern, weil es nötig ist, der Stadtteilerstörung und Spekulation mit Wohnraum jetzt und hier den Kampf zu erklären. Dabei wollen wir mit der durchgeführten Aktion mehreres erreichen:

- Öffentlichkeit erzwingen
- unsere Wut über das, was hier tagtäglich passiert, rauslassen. Banken sind dafür die richtige Adresse.
- Die Ohnmacht und Lähmung, die mensch hier befällt, durchbrechen. Zeigen und erleben, wie leicht mensch was machen kann, wie leicht wir ihre Abläufe stören können.

Das soll ein Aufruf an alle sein, die sich als Teil der radikalen Linken hier begreifen, sich an Aktionen gegen Banken und Spekulanten zu beteiligen, sich selbst Aktionen zu überlegen. Überwinden wir gemeinsam die Ohnmacht. Lassen wir unsere Wut raus, um uns im Kampf gegen ihre Projekte zu finden. Stören wir die reibungslosen Abläufe hier und jetzt, immer und überall.

Wir grüßen unsere kämpfenden GenossInnen in den besetzten Häusern der Hamburger Hafenstraße, des autonomen Zentrums Blitz in Oslo, des Kanal im Schwertberg, die HausbesetzerInnen in Salzburg und im Ernst Kirchwegger-Haus in Wien. Unsere ganz besonderen Grüße den gefangenen HausbesetzerInnen in Groningen, die seit über einem Monat in den Knästen der Niederlande sitzen: Viel Liebe und Kraft dorthin !!!!

- Alle Tage Sabotage!
- Finger weg vom Rotstilzchen — sonst gibt's was drauf!
- Keine Expo in Wien oder anderswo!
- Antifaschistisches Internationalistisches Zentrum durchsetzen!

• Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder — keine Frage!

Die ZusperrerenInnen 28. 6. •



Illustration: ROTSTILZCHEN-Info 36a/86

NAL COMPANIE bildet, die unter Führung der DEUTSCHEN BANK das führende internationale Bankenkonsortium für Südafrikakredite ist. Damit bilden Österreichs Banken eine der Hauptstützen

Hausbesetzung in Wien ...ein kunterbuntes Haus...!!!!

Das Antifaschistische Zentrum Ernst-Kirchweger-Haus

(TATblatt-Wien)

Es gibt eine Vorgeschichte: Am 31. Mai wurden die beiden Vorsitzenden der KPÖ im Rahmen eines "linken Gesprächs", bei dem es vordergründig um ein mögliches Wahlbündnis verschiedener "Linker Gruppen und Einzelpersonen" mit der KPÖ ging, gefragt, ob es denn stimme, daß die KPÖ die Rückgabe von 23 wiener KP-Lokalen an die Gemeinde Wien erwäge. KP-Vorsitzender Silbermaier bejahte im Prinzip (die Zahl 23 erschien ihm zu hoch). Vor einer solchen Rückgabe, versicherte er aber, würde die Partei ganz gewiß an BürgerInneninitiativen oder autonome Gruppen zwecks einer möglichen weiteren Nutzung durch diese herantreten. Getan hat sich aber seitdem nichts....

Am 23.6.1990 besetzte eine Gruppe internationalistischer AktivistInnen das KPÖ-eigene Schulungszentrum in der Wielandgasse 2-4 im zehnten Wiener Gemeindebezirk. Das Gebäude wurde in den zwanziger Jahren von tschechoslowakischen ArbeiterInnen als Schule erbaut. Seit 1945 ist das Haus im Besitz der KPÖ (siehe Kasten: Warum haben wir gerade ein KPÖ-Haus besetzt).

In der "Wielandschule" befinden sich ein kleines Theater, mehrere größere Veranstaltungsräume (die sicher 200-300 Personen Platz bieten), Büroräume sowie Wohnmöglichkeiten. Benutzt werden diese jedoch kaum. Mehrmals monatlich treffen sich verschiedene KPÖ-Gremien (z.B. die Wiener Stadtleitung,...) im Haus, ansonsten wird es vornehmlich von der Bezirksorganisation Favoriten benutzt. Zweimal im Jahr finden in der Wielandschule Maifeiern oder ähnliche größere Veranstaltungen statt. Die Wohnmöglichkeit wird fallweise von ausländischen Delegationen genützt.

Verglichen mit den Möglichkeiten, die die Wielandschule bietet, war der Großteil der Räumlichkeiten unausgelastet.

Ziel der Besetzung war es, die unausgelasteten Räumlichkeiten der Wielandschule in Zukunft als "antifaschistisches und internationalistisches Zentrum" gemeinsam zu nutzen.

"Ein internationalistisches, antifaschistisches Zentrum..."

....das heißt für uns konkret: zusammen wohnen und politisch arbeiten. Wir wollen das nicht auf den St.Nimmerleinstag verschoben wissen, wir wollen unser Leben hier und jetzt in allen seinen Facetten genießen können. Dafür brauchen wir ein Terrain, in dem wir experimentieren können, versuchen, neue Formen des Zu-



sammenlebens zu entwickeln. Die ganze Scheiße und Kacke, mit der unser Leben von den HERRschenden besetzt wird, mal versuchsweise abschütteln, um weitere Perspektiven für eine andere Gesellschaft entwickeln zu können" (aus dem ersten Flugblatt der BesetzerInnen).

Erste Reaktion der KPÖ

Wohl nicht zufällig wurde die Besetzung gerade an jenem Wochenende durchgeführt, an dem die Wiener KPÖ ihre Landeskongress abhielt; zu einem Zeitpunkt also, an dem ein handlungs- und beschlußfähiges Gremium der KPÖ gerade tagte!

Die BesetzerInnen hatten Dieter Schrage, mit dem sie bereits anläßliche der Ägidi/Spalo-Räumung gute Erfahrungen gemacht hatten, gebeten, der Wiener Landeskongress die Nachricht von der Besetzung zu überbringen und den KPÖ'lerInnen zu versichern, daß die Aktion nicht gegen die Partei gerichtet ist. Folge: Am Samstag Abend fand in der Wielandschule (das inzwischen zu "Ernst Kirchweger Haus" umbenannt worden war) ein gemeinsames Plenum der BesetzerInnen und einiger KPÖ'lerInnen, allen voran Vorsitzender Silbermaier, statt. In einer längeren Debatte erklärten mehrere KP'lerInnen, die Anliegen der BesetzerInnen auf der Landeskongress sowie in den anderen Parteigremien vertreten zu wollen, da ihnen klar ist, daß die Aktion nicht gegen die Partei gerichtet ist. Sie gaben aber auch zu verstehen, daß die KPÖ eine Organisation mit vielen unterschiedlichen Positionen ist, wobei die marxistische Ausrichtung eine "gemeinsame Klammer" sei. "Auch in der KPÖ gibt es Leute, die Ängste vor bunten Haaren und Irokesenschnitten haben", meinte ein KPÖ'ler.

Warum haben wir gerade ein Haus der KPÖ besetzt?

(aus dem ersten BesetzerInnen-Flugblatt)

Das Haus wurde von ArbeiterInnen für ihre politischen und sozialen Ziele erbaut. Damit ist es ein Teil der proletarisch revolutionären Bewegung. Keine Partei oder Gruppe hat den Alleinvertretungsanspruch für Weltrevolution und proletarischem Eigentum. Wenn ein solches Objekt in den Händen einer bestimmten Gruppe von dieser nicht oder nur teilweise benützt wird, so ist es das Recht anderer Gruppen und Initiativen, die unbenützte Infrastruktur für sich in Anspruch zu nehmen.

Warum Ernst Kirchweger Haus?

Ernst Kirchweger wurde vor ca. 25 Jahren bei einer Demonstration von Nazis erschlagen. Angesichts der immer krasser werdenden faschistischen Umtriebe, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, der Tendenz über Gen- und Reproduktionstechnologie eine Neoeugenik zu festigen u.v.a.m., halten wir es für einen wesentlichen Schritt, einem solchen Zentrum antifaschistischen Charakter zu geben. Der Kampf gegen den Faschismus – egal, ob er offen zu Tage tritt oder versteckt sein Unwesen treibt – ist eine Grundvoraussetzung für den Kampf um befreites Leben.

Schließlich kam frau und man überein, daß über die besetzten Räume (Erdgeschoß, Theater im Keller und Teile des ersten Stocks) sowohl innerhalb der Parteigremien als auch mit den BesetzerInnen verhandelt würde und solange keine Ausweitung der Besetzung vorgenommen

werde. Eine Lösung stellte Silbermaier für Donnerstag, den 28.6.'90 in Aussicht.

Raum, Zeit, und vor allem Not

Probleme gab es für die BesetzerInnen dennoch zur Genüge:

Initiiert worden war die Aktion nämlich von einer relativ kleinen Gruppe von Personen, die das allererste Flugblatt entworfen und am Flohmarktfest verteilt hatte. Das ist aber keine Kritik, sondern eine Feststellung; eine fehlgeschlagene Hausbesetzung am 1.Mai 1990 (die Polizei war lange vor den BesetzerInnen im Haus

gewesen) macht die Notwendigkeit einer solchen klandestinen Vorgangsweise deutlich.

Diese Initiative entzündete bei verschiedensten Gruppen und Einzelpersonen Hoffnungen: Hier, im Ernst Kirchweger Haus, könnte endlich einmal wirklich der Raum sein, gemeinsame Strukturen im Zusammenleben, in der politischen Arbeit usw. zu entwickeln. Anders als bei anderen Hausbesetzungen hofften viele, im antifaschistischen Zentrum OHNE STÄNDIGER RÄUMUNGSGEFAHR solidarische, emanzipatorische und selbstverwaltete Strukturen aufbauen zu können.

Dem im Wege stand jedoch der Platzmangel: Die BesetzerInnen mußten in den gleichen Räumlichkeiten zusammengedrängt schlafen, in denen sie auch miteinander diskutieren, essen oder Veranstaltungen abhalten wollten. Jegliche persönliche Regelung, jedes individuelle Problem war damit sofort ein allgemeines, ein öffentliches. Schon allein der Raumnot wegen kam Bunkerstimmung auf, in der es sehr schwierig war, z.B. gemeinsame Plena abzuhalten. Oder, wie es ein Besetzer ausdrückte: "Es ist absurd, daß wir hier unten auf engstem Raum zusammengedrängt wohnen müssen und hier was entwickeln sollen, während oben stockwerksweise Räume mit Betten und allem drum und dran leerstehen". In einer solchen Situation läßt sich verständlicherweise auch die Inhomogenität der BesetzerInnen nur schwer überwinden.

Liebe und Kabale....

Dennoch verliefen die ersten vier Tage praktisch konfliktfrei. Der Portier waltete ungestört seines Amtes, ansonsten wurde diskutiert und verhandelt (siehe: Bemerkungen zur Argumentationslinie der KPÖ). Daß in dieser Zeit seitens der BesetzerInnen keine "falschen Fronten" errichtet wurden, beweist allein die Tatsache, daß Frauen und Männer aus der Kommunistischen Jugend und dem Kommunistischen StudentInnenverband ins Haus kamen und die BesetzerInnen unterstützten. Vereinzelt kam es zu Schikanen der Polizei, die in zwei Fällen mit Verletzungen endeten. So regelmäßig aber, wie die Polizei vorbeikam, wurde sie auch vom Portier wieder weggeschickt.

Massive Konflikte entstanden erst in den Nachmittags- und Abendstunden des vergangenen Mittwoch, als im Verlauf einer Sitzung der Wiener Stadtleitung der KPÖ "strategisch wichtige Punkte" im Haus von sehr aggressiven KP'lern besetzt wurden. Die "Gegenbesetzung" sollte, so wurde argumentiert, den störungsfreien Ablauf der Stadtleitungssitzung garantieren ("Schließlich wollt ihr auch nicht, daß wir an euren Plena teilnehmen").

Wir vermuten allerdings, daß die Raumnöte der BesetzerInnen nicht verborgen geblieben war, und daß diese Situation handstreichartig zur Stärkung der Hardliner innerhalb der KP benutzt werden sollte.

So oder so....

Natürlich hatte es schon an den Tagen zuvor verbale Attacken erzürnter KP-Hardcores auf die BesetzerInnen gegeben. Da gab es schon einiges zu hören. Von "arbeiten gehen" über "wie siehst denn du aus" bis "wir werden das Problem so oder so lösen". Dennoch konnte mensch den Eindruck gewinnen, daß die Sympathien vieler ParteimitgliederInnen die Aggressionen bei weitem überwogen. Immer wieder war auch zu hören, daß "diese Besetzung auch

Bemerkungen zur Argumentationslinie der KPÖ-Delegation

(BesetzerInnen; 26.6.90)

1.Argument: *"Wenn hier Wohnräume geschaffen werden, dann spricht sich das in Wien sofort herum und alle 20000 Obdachlosen kommen her."*

Ganz abgesehen davon, daß diese Argumente sehr stark jenen ähneln, mit denen die Aufnahme von einigen RumänInnen abgelehnt wurde ("dann kommen 10 Millionen"), ist es durch die Praxis leicht zu widerlegen: Bis jetzt ist die Zahl der "Obdachlosen" im Ernst Kirchweger Zentrum nicht gestiegen, wenn von einigen sich solidarisierenden KPÖ-GenossInnen abgesehen wird. Auch ist (z.B. in der Volksstimme vom 27.6. beschrieben) bei anderen, vergleichbaren Projekten nie eine explosive Vermehrung der BewohnerInnen festzustellen gewesen.

2.Argument: *"Warum soll ausgerechnet die KPÖ das Obdachlosenproblem lösen, wo doch die Gemeinde Wien schuld ist?"*

Hier wird der übliche Staberl-Schmäh angewandt. Es wird nämlich völlig undifferenziert behauptet, die BesetzerInnen wollten mit ihrer Aktion das Obdachlosenproblem lösen. In Wirklichkeit geht es um ein Projekt, daß Wohnen, Kultur und Politik verbinden soll und um ein Zentrum für die politische Organisation ausländischer Flüchtlinge, um humanitäre Hilfe in Fällen, die das staatliche "Sozialsystem" nur unter der Bedingung der Selbstaufgabe – wenn überhaupt – zu leisten bereit ist. Es geht also bei der Vergabe von Wohnräumen im Ernst Kirchweger Zentrum um ein ZUTIEFST POLITISCHES PROBLEM – ein Problem, das die KPÖ als ureigenste Kampfaufgabe betrifft.

3.Argument: *"Weder die Vorstellungen der BesetzerInnen noch die sonstigen Nutzungsanforderungen lassen sich unter einem Dach lösen."*

Natürlich gibt hier die KPÖ jeden Anspruch auf Konfliktlösungskapazität auf: Denn wenn verschiedene Linke nicht zusammen arbeiten und leben können, wie will die KPÖ dann die vielfältigen Interessen der Arbeiterbewegung bzw Arbeiterklasse unter einen Hut bringen Und was die Konflikte innerhalb der BesetzerInnenbewegung betrifft, so sei hier auf verschiedene andere Projekte wie z.B. Arena, Gassergasse, WUK, Agidi/Spalo, ATIGF usw. verwiesen, die – im Gegensatz zu Projekten der DKP, KPÖ oder Grüne/AL – relativ konfliktfrei verliefen. Die vielbeschworene Bündnispolitik ist wohl bestens das Papier wert, auf dem sie steht, wenn BG 10 der KP und ZK nur von der Umwelt isoliert, sozusagen im keimfreien Raum überleben können.

4.Argument: *"Die oberen drei Stockwerke sind unbedingt für den politischen Kampf der KPÖ nötig."*

Es kann kein Zweifel bestehen, daß oben Raumbedarf für die KPÖ besteht. Es kann aber auch kein Zweifel daran bestehen, daß der TOTALANSPRUCH übertrieben ist – ein Anspruch übrigens, den die BesetzerInnenbewegung nicht stellt. Stattdessen sollen die Fakten auf den Tisch gelegt werden, sollten Vorstellungen, wie gemeinsame Nutzung erfolgen könnte, erarbeitet werden, sollte die gemeinsame, vernünftige Hinlänglichkeit angestrebt werden. Auch wird bei einer kooperativen Verhandlungsbereitschaft der KPÖ-Delegation niemand etwas auszusetzen haben – vorausgesetzt, die oberen Räume werden zumindest zum Verhandlungsgegenstand erklärt.

5.Argument: *"Die BesetzerInnen haben Eigentum der KPÖ beschädigt, gefährden kulturelle Werte im Haus."*

Hier steht die geringfügige Beschädigung zweier Fahnen (aus einer Rot-Weiß-Roten Fahne wurde das Weiße herausgetrennt) und diversem Mobiliars dem großen Schaden gegenüber, der der ArbeiterInnen durch das leerstehende Theater entstanden ist. Während außerdem der eine Schaden durch spontane oder aufgrund Zeitdrucks entstandene Aktionen entstanden ist, ist der KPÖ vorzuwerfen, daß über Jahre hinweg Schlamperei und Bürokratismus in den Führungsebenen der KPÖ geduldet wurden.

Schlußbemerkung:

Insgesamt ist die Situation also so zu beurteilen: Während die BesetzerInnenbewegung eine flexible, wenn auch manchmal durch Spontaneität unausgereifte Verhandlungsposition mit einer moralisch legitimen, z.T. auf physischer Not beruhenden Basis vertritt, ist auf KPÖ-Seite in erster Linie das sture Beharren auf einem abstrakten Besitzanspruch und eine leicht chauvinistisch angehauchte Betonmentalität zu verzeichnen.

eine Chance für die Partei" wäre. Immer wieder kamen sympathisierende junge KP'lerInnen und berichteten vom Verlauf der Gespräche innerhalb der Parteigremien.

Obwohl die Mittwoch Abends tagende Wiener Stadtleitung beschloß, eine polizeiliche Räumung auszuschließen, scheinen die KP-Hardcores an diesem Abend aber innerparteilich die Oberhand gewonnen zu haben. Deutlich wurde dies weniger (aber auch) durch das lässige Herumgespiele einzelner KPler mit dicken Holzstangen in der Portiersloge oder dem immer aggressiver werdenden Ton im Umgang, als durch die politischen Erklärungen und verbalen Spaltungsversuchen, die im Verlauf des Tages seitens der KPÖ abgegeben wurden und in einem Flugblatt an die BesetzerInnen gipfelten, daß gegen 22^h verteilt wurde, jedoch schon um 16³⁰ an die Presse ging. In letzterem bot die KPÖ den BesetzerInnen die "gemeinsame Nutzung des 'Theaterbereichs' der Wielandschule" sowie zweier Lokale im 2. bzw. 18. Bezirk an und schloß mit den Worten: "Die KPÖ wird ihr Haus in der Wielandgasse, mit dem die antifaschistischen Traditionen der österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten und eine lange Geschichte um die Rechte der Arbeiterbewegung verbunden sind, nicht aufgeben."

Just das hatte auch niemals wer von ihr verlangt. Gefordert hatten die BesetzerInnen IMMER nur die Nutzungsmöglichkeit für jene Teile des Gebäudes, die von der KP nicht oder nur

als Lager benutzt werden. Niemals war etwa die Aufgabe des erst kürzlich im Haus eingerichteten "Marxistischen Zentrums" oder der von Bezirksgruppen oder Leitungsgremien genutzten Räume verlangt worden. Die Hardcores in der Parteiführung nutzten Presseaussendungen und "Verhandlungsangebote", um mit mieser Polemik Stimmung gegen die BesetzerInnen zu machen!

Von Angebot und Nachfrage....

Daß dieses Angebot in Wahrheit keines ist, darüber waren sich die BesetzerInnen schnell einig. Die Argumentation der KPÖ ähnelte allzusehr jener der Wiener Stadtregerung der frühen 80er. Damals waren BesetzerInnen jeweils verstreute und kleine Einzelobjekte zur Nutzung angeboten worden. Ziel der Be-

setzungen, damals wie heute, war es aber immer gewesen, das "Ausspielen" von "Randgruppen" gegeneinander zu verhindern; eben ein GEMEINSAMES politisches Projekt von AusländerInnen, Obdachlosen, Punx etc zu initiieren und so die Isolation der verschiedenen "Randgruppen" aufzubrechen.

"...gemeinsame Nutzung.."

...sei in Wahrheit ja gar nicht möglich, erklärten dann FlugblattverteilerInnen in Diskussionen. Viele, vor allem ältere MitgliederInnen der KPÖ wären mit Sicherheit nicht bereit, das Haus zu betreten, wenn es gemeinsam mit "Anarchisten" und sonstigen, nicht auf Parteilinie liegenden Gruppen genutzt werden würde. "Das ist zwar traurig und borniert, aber leider eine Realität, mit der wir innerhalb der KP leben müssen" (eine Flugblattverteilerin). Sie wisse zwar, daß spätestens jetzt die Zeit gekommen sei, den innerparteilichen Kampf mit den Altstalinisten aufzunehmen (das Wort "Altstalinisten" stammt von uns, da es in Gesprächen jeweils sehr nobel umschrieben wurde), aber schließlich wolle

sie "in der Partei bleiben und diese Auseinandersetzung innerhalb der Partei führen, weil diese Partei für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung steht". Sie bitte uns daher sehr inständig, daß "Angebot" der Parteileitung doch anzunehmen.

Real war das natürlich nicht möglich: Zum einen, weil gerade ein Konzert im Gange war und sich mehrere hundert Menschen im besetzten Bereich aufhielten (d.h. rein räumlich hatten die BesetzerInnen gar keine Chance, sich zu diesem Zeitpunkt zu verständigen); zum anderen, weil es paradox erschien, ein nichtgenutztes, den Vorstellungen entsprechendes Objekt weiterhin praktisch ungenutzt und stattdessen sich in zwei andere, nicht geeignete Objekte aufspalten zu lassen; diese somit anderen Initiativen, die sie ebensogut gebrauchen können, wegzunehmen (Gerade im 2. Bezirk besteht wegen drohender EXPO akuter Bedarf an Räumlichkeiten für (MieterInnen)Initiativen; Im 18. fordert die dortige KJÖ seit Jahren ein unabhängiges Jugendzentrum).

Gegen Mitternacht passierte dann das, was aus allen oben dargestellten Gründen ohnehin in der Luft gelegen war. Die BesetzerInnen und deren SympathisantInnen verteilten sich auch

über die Stockwerke des Hauses. Und obwohl die KPÖ mittels ihres Flugblattes sowieso schon erklärt hatte, über das "Ernst Kirchweger Haus" nicht verhandeln zu wollen (mit Ausnahme des Theaterbereichs), erklärten die BesetzerInnen, keine Räume aufbrechen und schon gar nichts ruinieren zu wollen.

Und so geschah es dann auch.....

Im Nachhinein betrachtet meinen wir, daß die Ausdehnung der Besetzung nicht nur eine räumliche und psychische Notwendigkeit, sondern vor allem die einzige sinnvolle Antwort der BesetzerInnen auf die Haltung der Hardcores in



Flugblatt der BesetzerInnen vom 28.6.1990

"Wir erklären alle Teile des Hauses, die wir als nicht genutzt ansehen und für uns brauchen, als besetzt. Unser großzügiges Angebot von gestern bleibt aufrecht: 4.Stock, 1.Stock, Galerie und Bibliothek sowie großer Sitzungssaal bleiben unangetastet.

Seit gestern wurden von KP-Seite nichts mehr als Scheinangebote gemacht, die wir nicht annehmen können, weil sie uns auf viele Plätze aufspalten sollen — genau das Gegenteil ist unser Ziel.

Gemeinsam leben, arbeiten — Politik und Kultur unter einem Dach — uns nicht aufteilen und spalten zu lassen, war von Anfang an von uns ständig betonte Politik.

(...)

Eine Erklärung zu unserer gestrigen Aktion symbolisch in die oberen Räume zu gehen: Ziel ist einzig und allein die Anerkennung der oberen Stockwerke als Verhandlungsobjekt. Stattdessen schlug uns eine Hardliner-Politik entgegen, die alle Solidaritätsbekenntnisse ins Gesicht schlug.

Da ständig mit Bulleneinsatz bzw KP-Prügelgarden gedroht wird, sehen wir uns leider gezwungen, das Haus momentan nur für BesetzerInnen zugänglich zu machen.

(...)

Seit heute, Donnerstag dem 28.6. ist das Haus nur mehr für BesetzerInnen zugänglich. Die KP redet nur mehr mit den Bullen und verhandelt mit ihnen über eine Räumung. Lagepläne des Hauses werden weitergegeben und Informationen, wieviele Leute im Haus sind, welche Räume besetzt sind. Sie tun alles, um die Räumung zu erleichtern.

der KPÖ war. Mit dieser Ausdehnung wurde signalisiert: Wir wollen nichts kaputt machen, wir wollen euch nicht 'raushauen. Aber wir wollen auch nicht gespalten werden!

Die Drohung mit polizeilicher Räumung....

Nach der Besetzung der oberen zwei Stockwerke war seitens der KP-Führung niemand mehr zu irgendwelchen zielführenden Gesprächen bereit. Sie stellten ein Ultimatum von einer halben Stunde, alle Räumlichkeiten bis auf den Theaterbereich zu verlassen, worauf die BesetzerInnen natürlich nicht eingingen. Um den Abbruch der Verhandlungen zu signalisieren verließen Donnerstag frühmorgens die meisten KPlerInnen das Haus. Die verbliebenen BesetzerInnen werteten das als Zeichen eines bevorstehenden Angriffs der Polizei und verbarrikadierten sich im Haus (siehe Flugblatt vom 28.6.). Silbermaier setzte ein Ultimatum: Bis Mittag sollte das Haus geräumt sein, ansonsten läge die KPÖ die Verantwortung für die Ereignisse in und um das Ernst Kirchweger Haus zurück. High noon verstrich, die KP-Führung legte zurück. Im Klartext: Sie würde die Polizei nicht mehr am Betreten des Hauses hindern, hoffte also auf ein "selbstständiges" Einschreiten der Behörden.

Gegen Mittag versammelten sich einige KPlerInnen vor dem Haus. Die Hardcores unter ihnen verbreiteten ein bißchen was von Pogromstimmung. Vermeyntliche SympathisantInnen der BesetzerInnen wurden von älteren Herren mit "jetzt ist's aus mit euch" empfangen. Und so zwischendurch ließ eine ehemalige KSV-Vorsitzende verlauten, daß 800 Metallarbeiter aus der Steiermark angeboten hätten, das Problem auf ihre Weise zu lösen; Und im O-Ton weiter: "Die KPÖ hat 10000 Mitglieder, und ich glaube, daß die große Mehrheit so denkt."¹

Während aus dem Haus mehrmals Verhandlungsangebote kamen, wurden davorstehende BesetzerInnensympathisantInnen beschimpft:

Wir würden den Arbeitern das Haus wegnehmen. Wir würden auf die Kommunisten losgehen, weil es ihnen international gerade schlecht geht. Und immer wieder: Das Haus sei Eigentum der Arbeiter, und die könnten damit machen, was sie wollen; entweder drin Karten spielen oder es leer stehen lassen, wenn es ihnen gefällt!

Wir hätten ja keine Ahnung; das Haus wäre voll genutzt, schließlich würde z.B. die Bezirksgruppe Favoriten dreimal wöchentlich einen Raum benutzen; ebenso täte dies eine Kindergruppe (Zur Illustration: das Haus hat eine Nutzfläche von 5000 m²).

Wir wären FaschistInnen, sollten einmal ordentlich ins Lager zum Arbeiten geschickt werden,.....'

Diskutieren zwecklos

Frage: Warum hat denn die KP einen Alleinvertretungsanspruch auf die Arbeiterklasse? Gerade die KP muß sich doch ihrer Fehler und Schwächen bewußt sein, wenn sie nicht ausreichend Aktivitäten entwickeln und Menschen ansprechen kann, um die ihr zur Verfügung stehende Infrastruktur zu nutzen. Warum kann sie dann diese Infrastruktur nicht mit anderen linken Gruppen teilen?

Antwort: Reden wir nicht über die KP. Das müssen wir intern aushandeln. Das ist aber kein Grund, um Arbeitern ein Haus wegzunehmen..... usw. usf.

Diesen Diskussionsstil pflegten nicht nur empörte KP-"Basiswappler", sondern auch hohe FunktionärInnen (ZK-MitgliederInnen, ehem. KSV-Vorsitzende und Bundessekretärin, Angehörige der Bezirksparteileitung Favoriten).

Ein 1968 aus der KP ausgetretener Mann, der zuvor von der Wiener KP-Leitung brieflich aufgefordert worden war, sich die Situation vor Ort anzusehen (die KP-Führung bereitete ihren Kurswechsel mit Imagekosmetik vor) und sich ein Urteil zu bilden, wurde vor Ort entsprechend begrüßt: "Die (gemeint sind die BesetzerInnen) machen's genauso wie ihr damals. Die wollen sich von der Partei Millionen einstreifen wie ihr." (Das WIR in den letzten Absätzen soll signalisieren, daß die SchreiberInnen dieser Zeilen das alles sehr genau und persönlich mitgekriegt haben)

Inzwischen war bekannt geworden, daß die Polizei keinen Grund zum "selbstständigen Einschreiten" sehen/finden konnte/wollte; die KP-Führung schritt zur Anzeige: angebliche Körperverletzung,

Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, und Nötigung. So wollte sie die Räumung erzwingen (siehe Kasten: Die Anzeigen...).

Gleichzeitig machte sie in einer Presseaussendung "bestimmte Kreise der etablierten Linken" für die schwierige Situation verantwortlich. Diese hätten die Hausbesetzung organisiert, um der KPÖ zu schaden.

Die Polizei.....

ließ auf sich warten. Der Donnerstag verging ebenso wie der Freitag: Angespanntes Warten auf einen eventuellen Polizeieinsatz, Nervenkrieg via Medien. Alle paar Stunden werden andere Räumungszeitpunkte kolportiert. Freitags fahren dann wirklich Gefangenentransporter und Alarmabteilung auf, nachdem einige hundert RadlerInnen der Anti-Ozon- und Individualverkehrs-Demonstration solidarisch am Haus vorbeifahren. Ob die Polizei erst wegen dieser unerwarteten Solidarisierung kam oder ihretwegen von einem geplanten Einsatz abstandnahm, kann nur Gegenstand von Vermutungen sein. Wenig später zog sich die Alarmabteilung zurück. Für die Parteiführung unerwartet kam jedenfalls die Ankündigung der KPÖ- und KJÖ-Landesgruppen Vorarlberg, im Falle einer polizeilichen Räumung geschlossen die Partei zu verlassen.

Kurzes Resümee....

Natürlich läuft bei einer solchen Besetzung nicht immer alles nach dem Friede, Freude, Eierkuchen-Prinzip ab. Natürlich gibt es Aggressionen unter den BesetzerInnen ebenso wie seitens der "Besetzten".

Aus einem Flugblatt der AsylbewerberInnen und ArbeiterInnen aus der Türkei und Kurdistan im Ernst Kirchweger Haus

An die Öffentlichkeit

Uns dreht es sich nicht darum der KPÖ ein Haus "wegzunehmen". Wir wollen es gemeinsam mit der KP und anderen linken Gruppen aktiv als politisches, antifaschistisches und kulturelles Zentrum nutzen und als gemeinsame Ausgangsbasis für den Kampf gegen die herrschende Klasse.

Aus unserem politischen Selbstverständnis, unseren realen Erfahrungen als AsylbewerberInnen und ausländischen ArbeiterInnen heraus wollen wir offen sagen, daß wir unter einer Kommunistischen Partei etwas anderes verstehen, als was sich uns bislang als KPÖ-Politik präsentiert hat.

Wir gehen davon aus, daß in diesem Land das Prinzip "Spalten und Herrschen" einen gemeinsamen Kampf der Unterdrückten, der sozial Schwachen und der Ausgegrenzten bis jetzt erfolgreich erschwert hat. Umso wichtiger ist es folglich der gewollten Zersplitterung linker Kräfte offensiv gegenüberzutreten, was die KPÖ ja auch mit ihrer "Neuen Bündnispolitik" erkannt hat. Jetzt hätte die KPÖ die Möglichkeit diese Erkenntnis praktisch umzusetzen, und sich ernsthaft um eine Auseinandersetzung mit den BesetzerInnen zu bemühen.

In den bisherigen Verhandlungen folgten die Argumentationen der KPÖ einer "Besitzer-Logik". Demgegenüber steht unser Verständnis einer Kommunistischen Partei, die auch unter kapitalistischen Vorzeichen ihre Infrastruktur für eine Demonstration anderer Lebensalternativen, einer anderen politischen Kultur und eines wahren Internationalismus nutzen müsste.

Wir müssen den scheinbar immer noch ungebrochenen "Führungs"willen der KPÖ kritisieren. Die BesetzerInnen werden mit ihren Anliegen, ihren politischen Auseinandersetzungsformen und Ausdrucksformen nicht ernstgenommen.

Zentrale Motivation der Besetzung war und ist das Anliegen gemeinsam (Ausländer und Inländer) in einem und aus einem Haus heraus Politik zu leben und zu machen.

Und es kann gut sein, daß manche der BesetzerInnen, die vielleicht 1988 aus der Ägidi/Spalo geräumt worden waren, extrem sauer wurden, als sie von dem jahrelangen praktischen Leerstand in KP-eigenen Räumlichkeiten erfahren haben. Gut möglich, daß einige ihre Wut mit Worten losgeworden sind, die von manchen KPlerInnen nicht gern gehört werden.

Solche Aggression sind — zumindest uns — nicht nur verständlich, sie erscheinen uns auch als völlig legitim: Sie sind hier der Ausgangspunkt eines Versuchs, die vorhandene Infrastruktur der KP zum Nutzen aller Linken Gruppierungen (einschließlich der KP) zu gebrauchen. Wir meinen damit z.B., daß neue Besetzungen weit mehr Menschen ansprechen werden, wenn es bereits eine erfolgreiche vorzuweisen gibt. Für uns ein ebenso Ansatz einer Diskussion unter Linken wie die nun mögliche gemeinsame Erstellung von Veranstaltungsplänen, und, und, und,.....

Angesichts der unsolidarischen und auf "Großorganisationen" orientierten Politik, die KP und KP-nahe Organisationen über

Jahre in "Friedensbewegung", "Anti-Abfangjägerinitiativen" und "Sozialbewegung" betrieben haben², sehen wir die Besetzung des Ernst Kirchweger Hauses als das Setzen eines Schrittes in Richtung KPÖ (unter dem Motto: Wir wollen — trotzdem — mit euch etwas zu tun haben), und nicht als "Kampfansage".

Jedenfalls: Es gibt Widersprüche innerhalb der KPÖ wie auch unter den BesetzerInnen. Nicht wenige KPlerInnen haben sich mit den BesetzerInnen solidarisiert und mitbesetzt. Viele mehr gingen sogar ins Haus als die polizeiliche Räumung drohte. Und auch unter den BesetzerInnen sind nicht alle mit jeder einzelnen Handlung und Äußerung seitens der BesetzerInnen glücklich. Aber Widersprüche sind ja wohl auch das Treibende in inhaltlichen Diskussionen, in politischer Entwicklung (in der wir ja wohl begriffen sind).

Die KPÖ hat die Chance, sich endlich von den ExponentInnen aus der "Zeit der Stagnation" zu lösen. Die Frage möglicher Zusammenarbeit in der Zukunft wird letztlich auch unter dem Gesichtspunkt des Verhaltens der einzelnen KPÖ-Mitgliede-

rInnen anlässlich dieser Besetzung zu beantworten sein. Wir aber, und das ist, denken wir, noch wichtiger: Wir können wirklich an eben jenen Eingangserwähnten solidarischen, emanzipatorischen und selbstverwalteten Strukturen arbeiten, die Grundlage unserer politischen Arbeit sein sollen! Die Möglichkeit des Scheiterns inbegriffen....

Wie gehts weiter?

Gute Frage. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß Pienas im Ernst Kirchweger Haus nun möglich sind und auch stattfinden. Die BesetzerInnen haben eine Volkküche eingerichtet, abends gibts jeweils Veranstaltungen, die der BesucherInnen harren.

Je mehr Menschen das Haus besuchen und die zur Verfügung stehenden Räume nutzen, desto mehr wird das antifaschistische und internationalistische Zentrum mit Leben erfüllt. Je mehr Leben sich regt, desto schwieriger ist es, das Projekt polizeilich oder sonst wie abzdrehen.

Kontakt:

Antifaschistisches und Internationalistische Zentrum Ernst Kirchweger; Eckhaus Gudrunstraße/Wielandgasse 2-4, A-1100 Wien; Tel.: 604 25 71

Erreichbar mit den Linien 14 A (bis Endstation) U1 (Station Keppelerplatz), den Straßenbahnlinien 6 und 67 sowie den Buslinien 7A, 66A, 67A und 68A (jeweils Station Reumannplatz aussteigen).

Und zu allerletzt: KJÖ-Funktionäre, die sich mit den BesetzerInnen solidarisiert hatten, wurde die weitere Benutzung infrastruktureller Einrichtungen in der KP-Zentrale am Höchstädtplatz untersagt.

Liebe und Kraft den BesetzerInnen !!!

1 Dieses insgeheime Kokettieren mancher Hardcores mit der "rumänischen Lösung" ist nicht ohne Pikanterie. Schließlich war es die KPÖ, die nach dem von Schlägertrupps der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft zerschlagenem Massenstreik des Oktobers 1950 der allerschärfsten Repression ausgesetzt war. Hier hat sich "die Partei" zugunsten ihres Eigentums von ihrer Geschichte verabschiedet!

2 Am 22. September 1988 veröffentlichte die Volksstimme den Bericht des "politischen Büros" an das Zentralkomitee. Verfasser war Walter Baier, heute u.a. auch Angehöriger der Wr. Stadtleitung und des Zentralkomitees der KPÖ: "In letzter Zeit stieg vor allem unter Jugendlichen der Einfluß 'neoanarchistischer' Gruppierungen, die Einzelinteressen über das Gesamtinteresse schieben und die Bewegung in Einzelheiten verzetteln lassen, an. (...) Einmal mehr erwies es sich als unabdingbar, (...) Ultralinke oder sich ihnen anpassende Strömungen zurückzudrängen."

Gemeint sind wir! ●

Die Anzeigen....

(TATblatt Wien)

.....der KPÖ-Führung gegen die BesetzerInnen des Ernst Kirchweger Hauses (eigentlich gegen unbekannt) haben's in sich. Die politische Motivation ist leicht zu durchschauen: Einerseits ist die Säuberung des KP-Eigentums von jeder Form "neoanarchistischer" oder nicht liniengetreuer Nutzung oberstes Anliegen, zum anderen soll der Eindruck verwischt werden, die KPÖ hätte einen Polizeieinsatz (z.B. durch Einbringung einer zivilrechtlichen Besitzstörungsklage) provoziert.

Als Lehrmeisterin fungiert die Gemeinde Wien; Als Vorbild muß die Räumung von Ägidi/Spalo herhalten. Zur Erinnerung:

Die richterlichen Befehle, die zur Räumung der Ägidi/Spalo produziert worden waren, entbehrten von Anfang an jeglicher "rechtsstaatlichen Grundlage". So wurden z.B. Haftbefehle wegen Verdachtes des Landfriedensbruchs (§274 StGB) ausgestellt, obwohl lt. Judikatur und Literatur zum Verstoß gegen selbige Strafbestimmung mindestens 100 Personen (die die Polizei trotz weitreichender Menschenhatz nicht aufreiben konnte) und ein eher komplexes "Tatbild" gehören. Eine Verurteilung der Ägidis/Spalos wäre der Polizei und der Stadt Wien zwar sicher gelegen gekommen, vordergründiges Ziel jedoch war es, eine "Rechtsgrundlage" für die Räumung des Hauses zu erhalten.

Im vorliegenden Fall agiert die KPÖ ähnlich: Einzelnen und für sich betrachtet kann die Polizei die Anzeigen vergessen, solange nicht "konkrete Handlungen konkreten Personen zugeordnet werden können".

Hausfriedensbruch etwa scheidet aus, da dazu der Einlaß in Haus mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt erzwungen werden muß. Selbiges aber zu behaupten wird der KP-Führung schwerfallen, nachdem sie mehrmals die Polizei am Einschreiten gehindert hat, bzw sich KP-MitgliederInnen im Haus aufhalten.

Ähnlich verhält es sich mit der Nötigung (§105 StGB): Auch hier kann die KPÖ-Führung nur schwerlich behaupten, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genötigt worden zu sein, zumal ev. Gewalt gegen Sachen (Fahne) keine "Willensbeugung" unmittelbar begründen kann.

Daher auch die Anzeigen wegen Körperverletzung (§83 ff. StGB) und Sachbeschädigung (§125 ff. StGB): In diesen Fällen reicht eine grobe Beschreibung eines angeblichen "Täters" aus, um die "Aufnahme der Personalien" der anwesenden Personen rechtlich abzusichern, solange zumindest ein zeitliches Naheverhältnis von "Tat" und "polizeilicher Handlung" besteht. Da dieses aber nach mehreren Tagen nicht mehr besteht (die Täter werden den Tatort aller Wahrscheinlichkeit nach längst verlassen haben) und der Polizei scheinbar die Lust fehlt, ohne "Rechtsgrundlage" vorzupreschen, wird zur Zeit versucht, die "Täter" zu konkretisieren, um namentliche Haftbefehle ausstellen zu können und im Rahmen der "Suche nach einer Person, gegen die ein richterlicher Haftbefehl vorliegt", daß gesamte Haus zu räumen. Dazu sind Aussagen von "ZeugInnen" sowie "polizeiliche Vorarbeiten" wie Observation des Hauses und einzelner BesetzerInnen notwendig. In diesem Fall droht auch die Konstruktion "Rädelsführerschaft" und "Bandenbildung" (§278 StGB), die mehrjährige Haftstrafen nach sich ziehen könnte. Wie eine solche Konstruktion aussieht? Ein KP-Mitglied soll durch BesetzerInnen verletzt worden sein. Tatsächlich hatte dieses Mitglied sich selbst beim Aufbrechen einer Glasür an der zerbrochenen Scheibe vereletzt. Die KPÖ-Führung betreibt also gemeinsam mit der Polizei die Kriminalisierung Linker genüßlich vor...

Freies Kommunikationszentrum am Steinhof geschlossen? KOMM 24 besetzt

(KAI)

Seit mehr als 10 Jahren betreibt der Verein KAI das selbstverwaltete Kommunikationsbeisl KOMM 24 im Pavillon 24 der Psychiatrie am Steinhof. Die Gruppe KAI versteht sich als offenes Kollektiv, in dem Psychiatriegeschädigte, Arbeits- und Obdachlose und StudentInnen zusammenarbeiten. Aus unserem antipsychiatrischen Anspruch heraus versuchten wir einen Freiraum in der Psychiatrie zu schaffen, eine nicht-hierarchische Beziehung zu den AnstaltsinsassInnen aufzubauen, durch kulturelle Veranstaltungen Austausch zwischen "drinnen" und "draussen" zu fördern, Vorurteile zwischen "Normaal" und "ver-rückt" abzubauen. Das Café war und ist ein wichtiger Ort, um Bedürfnisse ausleben zu können, um wenige Stunden frei kommunizieren zu können, um unkontrolliert tun zu können, worauf frau/man Lust hat. Drei Stunden am Tag ohne Gefahr zu laufen, medikamentös "behandelt" zu werden.

Nachdem wir das Beisl in der ersten Juni-Woche renoviert hatten, wurde es aus "verwaltungstechnischen" Gründen ohne unser Wissen gesperrt. Indem wir Installationen auswechselten, lieferten wir der Anstaltsleitung den Vorwand, ihren schon lange vorbereiteten politisch motivierten Plan durchzuführen, nämlich die Gruppe KAI loszuwerden.

Wir sehen diese Vorgangsweise im Zusammenhang mit immer stärker werdenden bürgerlichen Versuchen, subkulturelle und soziale Freiräume zu zerstören (Rotstilzchen/Aegidi-Spalo/musicbox etc.)

Die sogenannte Psychiatriereform Ende der 70er Jahre brachte keine Änderungen, sondern vor allem dezentralisierte Medikamentenausgabestellen in der Stadt. Jetzt scheint es so, als wolle die Psychiatrie Menschen wieder verstärkt in die Isolation treiben und auch noch die letzten Freiräume wie das KOMM 24 abwürgen. Es werden verstärkt E-Schocks eingesetzt, Zwangsbehandlungen mit Medikamenten ohne Aufklärung über Nebenwirkungen ist Gang und Gebe, Zwangseinlieferungen stehen auf der Tagesordnung....

Es ist nicht verwunderlich, daß die Vorstellungen der Anstaltsleitung hin zu einem "bürgerlichen Café" gehen, wo Ruhe und

Ordnung herrschen. Zwei Wochen wurde uns Verhandlungsbereitschaft vorge-täuscht. Nun wurde, ohne uns in den Entscheidungsprozeß einzubinden, beschlossen, daß es zwar ein Café weiterhin geben sollte, nur ohne der Gruppe KAI.

Durch diese Vorgangsweise stellt sich für einige aus unserer Gruppe ein Existenz- und Identitätsproblem, da die Arbeit im Café weit mehr als den Wert einer einfachen Arbeit hatte.

- Wir lassen uns das KOMM 24 nicht einfach wegnehmen!
- Wir brauchen Unterstützung!
- ...noch hundert Jahre KOMM 24 !!!
...mit den Vorstellungen des Krankenhauses nicht konform...

(TATblatt Wien)

Es ist wirklich toll, zu erleben, daß Parolen am Ende von Flugblättern nicht bloße Pflichtübung sind. Die Frauen und Männer der Gruppe KAI lassen sich das KOMM 24 tatsächlich nicht wegnehmen! Während eines Solidaritätsfestes für das Beisl wurde selbiges am Nachmittag des 27.6. von MitarbeiterInnen und SympathisantInnen besetzt. In einem weiteren Flugblatt schreiben die BesetzerInnen: "Wir sehen diese Aktion als eine wirksame Form unseres Widerstandes gegen die bis jetzt mehr als zweiwöchige Aussperrung der BetreiberInnen und BenutzerInnen. Alle bisherigen Versuche, mit der Direktion und den zuständigen Direktoren in Kontakt zu treten, um zu verhandeln, haben sich nicht als wirksam erwiesen. Die bisher vereinbarten Termine wurden entweder von der "Anstaltsleitung" versäumt, oder nicht entscheidungs-, d.h. nicht verhandlungskompetente Personen vorgeschoben. Bis heute haben wir keinen schriftlichen Bescheid über die Gründe, die zur offensichtlich längerfristig vorbereiteten Aussperrung geführt haben."

Das die Besetzung des KOMM 24 wirklich "wirksam" war, beweist der Umstand, daß kurz nach Beginn selbiger ein solcher Bescheid doch noch auftauchte (siehe Faksimile).

MAGISTRAT DER STADT WIEN


 MA 17
 PSYCHIATRISCHES KRANKENHAUS
 DER STADT WIEN
 Burggasse 110a, 1190 Wien
 Tel. 01 49 01
 Durchwahl

MA 17, Psychiatrie, Burggasse 110a, 1190 Wien

An den
Verein "K-A-I"
Währingerstraße 59
1090 Wien

Beruf/Geschäftstitel, Schreibweise, Sachbearbeiter, Titelform, John K. Zimmer

Geschäftszahl, Beteiligte, Komm., Pav. 24, Datum, Wien, 22.6.1990

Sehr geehrte Frau Turek!

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 19.6.1990. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Aktivitäten des Vereines K-A-I, im Kommunikationszentrum von Pavillon 24 eingestellt werden. Nach der Adaptierung der Räume wird der Kaffeehausbetrieb unter der Führung von Promente infirmis, in Absprache des Primariates und der Verwaltung des Hauses wieder aufgenommen. Es tut mir leid, Ihnen das mitteilen zu müssen, da die Betreuung des Kaffeehauses in der letzten Zeit nicht mit den Vorstellungen des Krankenhauses konform gelaufen sind. Freiwillige Mitarbeiter können sich bei Promente infirmis (Frau Muschik, Klappen Nr. 2472) melden.

Mit freundlichen Grüßen
Der Verwaltungsdirektor:


 Keißlinger, AR
 Dipl.-KH-Betriebswirt

In den Abendstunden wurde der besetzte Pavillon von der Polizei geräumt.

Erfolgreich war die Aktion dennoch:

In den, der Besetzung folgenden Gesprächen mit Primar und ärztlichem Leiter der Psychiatrie (fast hätte ich Krankenhaus geschrieben) versicherten beide ihre jeweils allerhöchste Sympathie für das Projekt "PatientInnencafé" und der Gruppe KAI. Die Frauen und Männer der KAI hoffen nun, daß sie in dieser Frage eine Isolation des veraltungstechnischen Leiters, der für den Hauptbetreiber der überfallsartigen Schließung gehalten wird, erreichen und so die Weiterexistenz des KOMM 24 sichern zu können.

Dennoch: Heute ist nicht alle Tage...der Kampf ums KOMM 24 geht weiter!

PS für Interessierte: Das KOMM 24 ist mit den Linien 47A oder 48A zu erreichen. ●

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

Das Hintergebirge ruft!

Almbesetzung gegen ÖMV-Bohrturm

Fast zeitgleich mit der Besetzung der Ostautobahn begann in Kleinreifling, OÖ, die Blockade der Baustellenzufahrt zur ÖMV-Baustelle. Das Projekt — eine Tiefbohrung zur Auffindung eventuell vorhandener Gasvorkommen — ist seit seiner Bekanntgabe umstritten. Zu viele gefährdende Faktoren spielen bei gleichzeitiger energiepolitischer Fragwürdigkeit eine Rolle.

(TATblatt-Wien)

Seit Ende 1988 betreibt die ÖMV das Projekt "Unterlaussa 1". Es ist die erste alpine Tiefbohrung in Karstgebiet. Auf ca 1000m Seehöhe soll ein Bohrturm errichtet werden, um in 5.250m Tiefe zu bohren. Dort hofft man dann, auf Erdgas zu stoßen. Die Wahrscheinlichkeit ist gering, im nahegelegenen Moln muß ein ähnliches Projekt abgebrochen werden, weil die Förderung des geringen Fundes zu unrentabel gewesen wäre. Doch die Unwirtschaftlichkeit ist nicht das eigentliche Problem.

Für das Projekt wurde bereits die Forststraße großzügig ausgebaut. Auf der Straße, wo früher nur selten einmal Fahrzeuge fahren, sollen jetzt schwere LKW verkehren. Eine große Belastung für die AnrainerInnen, deren Wirtschaftsgebäude zT beidseits der Straße liegen. Kinder, die es gewohnt waren, irgendwo am Hof zu spielen, sind extrem gefährdet.

Wertvoller Almboden wurde großflächig abgeschoben und soll jetzt planiert und zT auch betoniert werden.

Während des Bohrbetriebes werden die Dieselaggregate ca 8.000l Treibstoff täglich verbrennen, in der Anfangsphase



knapp das Doppelte. Mit dem Dieserverbrauch der Bohranlage für 1 Jahr könnte der örtliche Schilft 365 Jahre lang betrieben werden. Die Auswirkungen auf die Luftqualität und Folgewirkungen (Treibhauseffekt, usw) sind absehbar.

Der Dieseltransport soll über die relativ steile, kurvenreiche und während

der Wintermonate immer vereiste Straße führen. Gerade im Karstgebiet würde der Unfall eines Tankfahrzeuges (oder Ölausstritte während der Bohrung) eine Verseuchung des Grund- und damit des Trinkwassers bedeuten. Und das alles bei gleichzeitiger energiepolitischer Unsinnigkeit des Projekts.

Am Montag, den 18. Juni, wanderten denn um 6 Uhr morgens etwa 40 Personen aus der Umgebung mit Transparenten auf die Alm, um den Bau vorerst einmal zu stoppen. Geplant war es eigentlich nur mal als Medienaktion, zur Untermauerung der Präsentation einer fürs Projekt negativ ausgehenden Umweltverträglichkeitsstudie von StudentInnen der TU-Wien. Als dann erst einmal die Barrikaden aufgebaut waren und klar war, daß zu betonieren begonnen wird, sobald weitergearbeitet werden kann, wurde die durchgehende Besetzung beschlossen.

Die Konstellation ist günstig: Die Zufahrtsstraße gehört der Erzdiözese, für die ein Gendarmerieeinsatz auf ihrem Grund einen Gesichtverlust bedeuten würde und im Lande Oberösterreich stehen Landtagswahlen ins Haus. Die Unterstützung aus der Bevölkerung ist groß, wenn auch nicht alle die Möglichkeit haben, "oben" dabei zu sein.

Bei einem Gespräch zwischen dem Trägerverein des Nationalparks Hinterge-

ÖMV — Stop!

Die ÖMV hat Geld. Viel Geld. Und das muß auch arbeiten.

Vom Staat Österreich als 70%iger Eigentümer bekommt die ÖMV jährlich ein ansehnliches Budget zur Auffindung heimischer Kohlenwasserstoffreserven. Wirtschaftlichkeit — ein Argument, mit dem sonst jedes Vergehen an Mensch und Umwelt gerechtfertigt wird — spielt da keine Rolle. Das Budget muß ausgeschöpft werden, um die gleiche Summe im Folgejahr wieder zugesprochen zu bekommen.

"... wollen wir einmal mehr unter Beweis stellen, was wir unter Verantwortung für Mensch, Umwelt und Technik verstehen" ließ Generaldirektor Meysel anlässlich der Eröffnung der ersten ÖMV-Tankstelle verlaublich. Wie das Engagement tatsächlich aussieht, zeigt sich. Eine eigens gegründete Tochtergesellschaft, "Proterra", befaßt sich schwerpunktmäßig mit Deponieprojekten, Studium der Möglichkeiten der Entsorgung von flüssigem Abfall über eine Entsorgungssonde (also in die Erde), Reinigungsverfahren für ölkontaminiertes Erdreich (woher denn bloß) und Prognosemodellen für die Beurteilung von Altlasten. Gemeinsam mit dem amerikanischen Partner Amoco geht man daran, ganz Österreich nach Kohlenwasserstoffen abzusuchen. Und das, obwohl die öst. Bundesregierung sogar in ihrem Energiebericht 1990 schon erkannt hat, daß "rund drei Viertel der Kohlendioxidemissionen aus der Verwendung fossiler Energieträger" stammt. CO₂ ist hauptverantwortlich für den "Treibhauseffekt".

Die ÖMV besitzt nicht nur Tochtergesellschaften in der Erdöl- und Kunststoffproduktion, sondern auch eine biotechnologische Forschungsgesellschaft (btF) in Linz (zu 26%) und schmückt sich gerne mit ihren guten Handelsbeziehungen zu Shell.

birge, der ÖMV und den KritikerInnen verstand es die ÖMV hervorragend, durch ihre Präpotenz die Nationalparksleute eher in Richtung "Nachdenkpause" tendieren zu lassen. Allerdings ließen die sich auch nicht zu einer offiziellen Stellungnahme hinreißen — wohl aus Furcht vor Geldentzug durch öffentliche Stellen.

Ein am nächsten Tag eingeräumter Termin bei Landeshauptmann Ratzenböck verlief ergebnislos. Er erklärte sich für inkompetent und machtlos. Allerdings wollte er sich für die Sache einsetzen, wenn nur die Blockade beendet würde. Worauf sich die BesetzerInnen allerdings nicht einließen.

*Bei der Arbeit lächeln,
voll konzentriert, genau am
Punkt sein, stolz auf die
Leistung am großen Werk
mitarbeiten. Bei der ÖMV
wird Motivation groß-
geschrieben.
Das steckt an. Alle an der
Bohrplattform.*

aus ÖMV-Geschäftsbericht 1989

Die im Laufe des Tages vom Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land ausgesprochenen Auflösung der Versammlung wurde bisher nicht vollzogen. Allerdings wurde/wird mit allen möglichen Einschüchterungsmethoden versucht, die Leute zur Aufgabe zu bewegen. Da ist einerseits die Androhung von Schadenersatzzahlungen und Strafen, andererseits ruft die Gendarmerie bei den Eltern der BesetzerInnen an und verlangt deren genaue Daten. Was das im ländlichen Raum bedeutet, ist in der Stadt kaum nachvollziehbar.

Auf üble Art und Weise versuchten die Baufirmen, ihre Arbeiter gegen die BesetzerInnen auszuspielen. Für die Tage ihrer "Untätigkeit" wurde ihnen Urlaub eingeschrieben. Versuche, sich an die Gewerkschaft zu wenden, scheiterten beim ersten Anlauf an deren Ignoranz. Inzwischen dürfte sich diese Situation entspannt haben, weil die Arbeiter anderswo eingesetzt werden können.

Noch vor einem Jahr versprach die Erzdiözese, ihre Zustimmung zum Projekt nur zu geben, wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung positiv ausgeht. Nun beruft sie sich auf ein "umfangreiches Gutachten", das in Wirklichkeit nicht mehr als die Stellungnahme des Umweltbundesamtes zu einem, von der ÖMV in Auftrag gegebenen, Gutachten über die Immissions-Situation eines Teils des Zufahrtsweges ist. Für die Kirche ist es anscheinend nur wesentlich, daß Umwelterstörung nicht auf

ihrem Grund passiert. Was von einer Besetzerin mit "Da sieht man, was die Kirche wirklich ist, nämlich ein Großkonzern" kommentiert wurde. Inzwischen wurde Bischof Eder wegen Betreibens einer illegalen Kiesentnahmestelle (für das ÖMV-Projekt) von einem Besetzer angezeigt.

Am Montag (2. Juli) will die BürgerInneninitiative im Wirtschaftsministerium vorsprechen, am Dienstag noch einmal den LH bearbeiten.

Die Forderungen:

- Sofortiger Baustopp
- Überprüfung der energiepolitischen Sinnhaftigkeit (unter Einbeziehung alternativer Energiekonzepte)
- Erstellung eines unabhängigen Umweltverträglichkeitsgutachtens (nach den Richtlinien des Ökologie-Instituts)

Ein Gespräch mit Umweltministerin Flemming blieb erwartungsgemäß ergebnislos.

Inzwischen wird die Besetzungssituation auf der Alm immer präkerer: Die Bauern und Bäuerinnen müssen ihr Heu einbringen, die meisten anderen Leute müssen der Lohnarbeit nachgehen, auch die Pfarrer könne Kirche und Amt nicht immer geschlossen halten. **Unterstützung ist jetzt dringend gefragt (auch moralische)! Kommt hin oder schickt zumindest massig Briefe an Zeitungen, Kirche, Ämter, BesetzerInnen, usw.**

Kontakt und Information: 07447/7649

Symposium zu Nationalismen: Gegenveranstaltung zu Kärntner Abstimmungsfeiern

(TATblatt-Wien; VeranstalterInnen)

Vom 5. bis 10. Oktober soll unter dem Titel "Alte Nationalismen — Neues Europa" ein Symposium der Universität Klagenfurt stattfinden. Denn Kärnten begeht am 10. Oktober 1990 einen besonderen "Bedenktag": Vor 70 Jahren fiel durch die Volksabstimmung in Südkärnten die Entscheidung über den weiteren Verbleib dieses Landesteiles in Österreich. Neben den offiziellen Feierlichkeiten "deutschkärntner" Prägung soll daher auch noch eine andere Öffentlichkeit hergestellt werden. "Die Universität für Bildungswissenschaften tut dies mit einer international besetzten Tagung, bei der zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ethnischer Selbstdarstellung und Auseinandersetzung diskutiert wird. Damit kommt die Universität ihrem Anspruch nach,

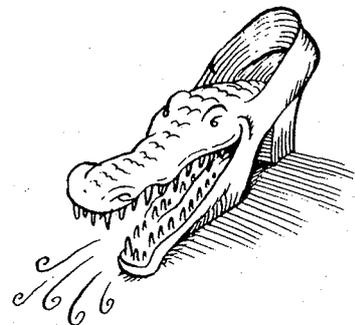
'staatsbürgerkundliche Informationen' über relevante politische Ereignisse so einzubringen, daß historisch belastete und emotional stark besetzte Themen sachlichen Einschätzungen und perspektivischen Erörterungen zugänglich werden", wird dieser Ansatz in der Ankündigung — leicht akademisch gefärbt — wiedergegeben.

Die Aufteilung der Tagesthemen:

- Freitag, 5. Oktober: Menschenrechte — Minderheitenrechte
- Samstag, 6. Oktober: Inszenierungen und politische Symbolik
- Montag, 8. Oktober: Europäische Strukturen der Neuen Rechten
- Dienstag, 9. Oktober: Nationalismus und Feindbilder
- Mittwoch, 10. Oktober: Erwin Ringel: Eine nicht gehaltene Rede des Landeshauptmanns ●

bezahlte Anzeige:

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

GehenSitzenzLiegen

1080 WIEN, Haini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelplortgasse 26, Tel. 512 19 67

Linz:

Keine Abschiebung von Sigi!

(TATblatt-Linz)

Laut Bescheid der Bundespolizeidirektion Linz vom 9.4.1990 Zl. Fr-69.854, soll gegen die BRD-Bürgerin Sigrid Reul ein bis zum 8.4.1995 befristetes Aufenthaltsverbot erteilt werden.

Da Sigrid "innerhalb eines kurzen Zeitraumes mehrmals wegen Verwaltungs-

übertretungen rechtskräftig bestraft wurde, muß sie laut Fremdenpolizei als Fremde betrachtet werden, deren weiterer Aufenthalt im Bundesgebiet die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet."

Daher beschloß die Linzer Fremdenhasserpolizei Sigrid kurzerhand aus Öster-

reich rauszuschmeissen.

Im Fremdenpolizeigesetz heißt es laut 3:

Gegen eine/n Fremde/n kann ein Aufenthaltsverbot erlassen werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sein /ihr Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gefährdet oder anderen im Art. 8. Abs. 2. der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 zuwiderläuft.

Sigrid wurde acht mal rechtskräftig wegen Verwaltungsübertretungen bestraft (vier mal Stören der Ordnung durch Abhalten eines Saufgelages am Linzer Hauptplatz, davon saß sie zwei mal in der Ausnüchterungszelle, ein mal betrunken mit dem Fahrrad fahren, zwei mal Schwarzfahren mit der Straßenbahn und ein mal Übertreten des Fremdenpolizeigesetzes).

Daraus zieht die Linzer Fremdenpolizei folgende Schlüsse: "Sigrid ist nicht gewillt, sich der österreichischen Rechtsordnung anzupassen", also raus mit ihr aus Österreich und ab ins bald wiedervereinte deutsche Vaterland (kotz, würg; Anm. der Tipperin)!

Sigrid ist nun seit ihrem vierten Lebensjahr in Österreich, ihre gesamten Lebensinteressen sind auf Österreich konzentriert, ihre Eltern leben beide in Österreich und haben beide die österreichische Staatsbürgerschaft; und außerdem verfügt sie über ein fixes Einkommen und hat einen festen Wohnsitz in Österreich.

Ihre Ausweisung würde daher einen gravierenden Eingriff in ihre Persönlichkeitsphäre bedeuten und gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten verstossen.

Da? die Verwaltungsübertretungen nicht der alleinige Grund für Sigrids Lokalverbot in Österreich sind, ist ja wohl klar. Der Grund dafür ist wahrscheinlich der, daß sie sich in linksradikalen Kreisen aufhält. Wäre sie rechtsextrem hätte ihr unser Staatsoberhaupt Waldheim wahrscheinlich schon längst die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. (Sie ist wohl die Terrormieze aus der BRD, Anm. der Tipperin)

Sie hat auch noch keine einzige Vorstrafe oder hat sonst irgendwie den österreichischen Bullenstaat gefährdet. Sigrid ist natürlich in Berufung gegangen und ihr Aufenthaltsverbot liegt nun in zweiter Instanz auf der Sicherheitsdirektion. Solidarität tut Not, schreibt möglichst viele Briefe an die

Sicherheitsdirektion
Nietzschestraße 33
4010 Linz
und an den

Landeshauptmann Josef Ratzenböck
Amt der ÖÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz

Wissenschaftsladen Graz

(TATblatt Graz)

Anfang Juni wurde der erste österreichische Wissenschaftsladen in Graz eröffnet.

Sieben AbsolventInnen aus technischen, natur- und sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen wollen versuchen, eine Brücke — eine Koordinations- und Vermittlungsstelle — zwischen der Universität und der Gesellschaft zu bauen. Als "KundInnen" kommen BürgerInneninitiativen und Gruppen von interessierten Menschen in Frage, die keine wissenschaftliche Forschung bezahlen können und auch kein kommerzielles Interesse verfolgen, jedoch die Ergebnisse verwerten können.

Der Wissenschaftsladen (Wila) will dazu beitragen, daß gesellschaftliche Gruppen verstärkt Zugang zu naturwissenschaftlichen, technischen und sozialwissenschaftlichen Wissensgebieten erhalten. Andererseits sollen Bedürfnisse und Alltagswissen aus der Bevölkerung als Anregung in wissenschaftliche Forschung einfließen — es mögen die Heiligen Hallen erzittern!

Außerdem wollen sie denjenigen Studierenden eine Hilfestellung geben, die schon während ihrer Ausbildung gesellschaftlich wichtige Themen bearbeiten; und auch andere StudentInnen dahingehend anregen. Sie können bei ihren Arbeiten unterstützt werden, indem der Wila Kontakte herstellt und eine Begleitgruppe initiiert, die den ständigen Kontakt und Austausch mit den AnfragerInnen gewährleistet. Zudem können sie eine Finanzierung der Arbeit aufzeigen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Also soll einerseits die erstarrte Institution Universität Anstöße bekommen, andererseits soll die Bevölkerung Zugang zu "der von ihr finanzierten Wissenschaft" bekommen. Der Wila Graz versteht sich jedoch nicht als Auftragsforschungsvermittlungsstelle, und auch nicht als Umweltberatungsstelle.

Der Verein will basisdemokratisch arbeiten, mußte aus offiziellen Zwängen jedoch einen Vorstand benennen, der aus Angestellten des Wila, aus ÖH-lern der TU und der UNI Graz, aus Mitgliedern von BürgerInneninitiativen und aus Un-

ileuten besteht.

Der wissenschaftliche Beirat wird von sechs Professoren (TU und Uni) gebildet und will den JungakademikerInnen eine Hilfestellung geben, außerdem wollen sie ihrerseits auf ihren Fakultäten eine gute Stimmung für die Zusammenarbeit schaffen.

Wissenschaftsläden gibt's zwar schon in Linz und Innsbruck, aber sie arbeiten inoffiziell und stehen noch in der Vorbereitungsphase. Irgendwann einmal soll ein österreichweites Netzwerk von Wiläden entstehen. Weiters wird daran gedacht, mit den verschiedensten BürgerInneninitiativen einen Ökoverbund ("Wir arbeiten im Verbund") zu errichten.

Eine intensive Zusammenarbeit gibt es vor allem mit dem ökologischen Projekt der Uni Graz "ÖPUG", da diese beiden Vereine eine Bürogemeinschaft bilden und die Grenze auch durch personelle Überschneidungen fließend verläuft.

ÖPUG wird lediglich durch die Aktion 8000 unterstützt und ist daher auf Geldmittel angewiesen. Der Wila bearbeitet gratis die Anfragen, da er finanziell von der Stadt Graz, den Bundesministerien für Umwelt, Jugend und Familie und für Wissenschaft und Forschung, dem Land Steiermark und der Arbeitsmarktverwaltung unterstützt wird.

Gearbeitet wird mal für ein Jahr; jedoch gab der Grazer BürgerInnenmeister bei der Eröffnungssprache zu verstehen, daß er dem Wila als Institution im wahrsten Sinne des Wortes verstehe und er zu einer Dauereinrichtung werden solle — was wahrscheinlich von der Finanzierung abhängt.

Um nicht nur immer zu reagieren, wollen sie auch selber Anstöße geben und planen aus diesem Grund Veranstaltungen, um den Wissenschafts-, und Bildungsbegriff kritisch zu analysieren und neue Definitionen zu finden. Weiters soll im nächsten Jahr ein österreichweites Symposium zum Thema "Bildung und Ökologie" stattfinden.

Wer nun Lust bekommen hat, sich diese "Institution" anzuschauen, soll einfach in der Elisabethstraße 32 im Hinterhof vorbeischaun (Di-Fr 9-12 Uhr) oder die Leute am Telefon (0316/38 46 77) mit kniffligen Fragen bombardieren. ●

Folgenden Brief haben wir erhalten:

Fascho-Haus: Schlößer verpickt

(AntifaschistInnen)

wir haben am samstag in der früh dem 23.6.90 das schloss vom burschenschafterhaus verklebt, das in der gumpendorferstraße 149 ist. vom freitag auf samstag hatten sie dort einen burschenschafterabend. wir wollen mit dieser aktion zeigen, daß sich die faschisten nicht sicher fühlen dürfen. wir wissen, daß diese form der aktion aus einer schwäche heraus entstanden ist, weil wir antifaschistInnen viel zu selten gemeinsam und organisiert gegen faschisten vorgehen. die faschisten sind gut organisiert, und wir müssen ihnen kollektiv und offensiv, inhaltlich und praktisch entgegengetreten, es geht weder die faschos auf der straße allein zu schlagen, noch antifa im stillen kämmerlein zu betreiben.

wir brauchen eine brauchbare faschismusanalyse, die uns zeigt, wie, wann und wo faschismus und faschistische tendenzen auftreten, und wie wir sie effektiv bekämpfen können. es soll uns klar werden, wie der faschismus in österreich, europa, trikont, weltweit arbeitet (internationale arbeitsteilung, migration, sexismus, imperialistische marionettenregime, sextourismus, spaltungen, medienhetze gegen ausländerInnen,...), wie er sich geschichtlich entwickelt und verankert hat.

der kampf für eine menschenwürdige zukunft, ohne ausbeutung und auslände-

rInnenhetze, ist ein kampf gegen patriarchat, völkerhetze und ausbeutung. es geht nicht darum, gegen die faschisten einen bandenkrieg zu führen, und zu beweisen, wer der stärkere ist. aber weil die faschisten als ein mittel dienen, den imperialismus durchzusetzen, sich uns in den weg stellen, also ein hindernis bilden, muß der faschismus — klar, sein system der imperialismus auch, worin er besteht — um unser ziel zu erreichen, auf dem weg dorthin beseitigt werden.

wie wir in der geschichte sehen /gesehen haben, ist der kampf für die revolution nicht ohne den kampf gegen faschismus denkbar (el salvador, chile,...). weil die faschisten überall international zusammenarbeiten, müssen wir auch unseren kampf gegen faschismus international organisieren. wo wir etwas gegen den faschismus unternehmen, ist es auch gleichzeitig ein versuch, eine grenzenlose, gemeinsame welt zu schaffen. in diesem versuch müssen wir auch unsere aufgabe erfüllen.

es ist unwichtig, woher wir kommen und wo wir leben. es muß/darf für uns kein hindernis sein, daß wir nicht in lateinamerika, süd-afrika, kurdistan, türkei, palästina leben. verbinden wir den kampf gegen faschismus hier mit der solidarität mit den antifaschistInnen in aller welt.

die grenzen verlaufen nicht zwischen

den völkern, sondern zwischen oben und unten!

- solidarität mit dem antifaschistischen zentrum in der wielandstraße 2-4 und den antifaschistInnen in berlin
- gegen faschismus, imperialismus und sexismus!
- keinen fußbreit den faschisten!●

Richtigstellung betreffend Antifa in der DDR

Uns erreichte ein Schreiben der Autonomen Antifa Dresden mit der Aufforderung zur Richtigstellung des Artikel "Polizei und FDJ schützen Naziopfer vor Selbstverteidigung", TATblatt minus 69 (übernommen aus dem Telegraph)

1. Das Konzert fand am 20. 4.90 in der Dresdner Jungen Garde statt (das ist eine Freilichtbühne), mit "Mimmi" und "Abstürzende Brieftauben".

2. Organisiert wurde das Konzert von unabhängigen Leuten, die Polizei ist von den Veranstaltern um Schutz gebeten worden, da ein Großangriff von Faschisten angesagt war.

3. Die Angriffe begannen gegen 17.00 vor der Garde. Ungefähr 300 Faschos, darunter sehr viele Skins versuchten die BesucherInnen anzugreifen. Die Polizei führte

Festnahmen auf Seiten der Faschos durch. Gegen 20.00 kam es zum ersten Großangriff auf das Konzertgelände mit Steinen, Flaschen, Mollis und Knüppeln. Dieser wurde durch BesucherInnen und Polizisten abgewehrt. Von der Polizei wurde ein Kordon gebildet und die BesucherInnen zur Tram geleitet.

Das Konzert selbst verlief relativ ruhig.

In der Neustadt (Stadtteil Nord) kam es dann zum nächsten Aufmarsch der Rechtsradikalen, der jedoch durch ca. 400 Polizisten einer Treibjagd ähnlich aufgelöst wurde.●

Tut uns leid, wenn wir da Mist übernommen haben (die Ereignisse werden im Telegraphartikel völlig anders dargestellt), würden uns aber freuen, wenn bei solchen oder ähnlichen Ereignissen von Beteiligten Berichte bei uns einlangen würden.

*Internationalistische Grüße
TATblatt Wien*

Südafrika zu Gast im Verkehrsbüro

(TATblatt-Wien)

Südafrika steht offensichtlich wieder (oder noch immer) hoch im Kurs in der österreichischen staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. Das Österreichische Verkehrsbüro — (noch) staatliches Reisebüro der Republik Österreich — veranstaltete jedenfalls Mitte Juni eine Südafrika-Werwoche (sozusagen eine Soliwoche für die Apartheid). Der Schalterraum des Verkehrsbüros wurde in deren Rahmen mit Antilopenfellen und anderen Accessoires auf "afrikanisch" dekoriert. Am 20. Juni fand dazu eine Werbeveranstaltung statt — die VeranstalterInnen vorsichtig(?): "um Anmeldung wird gebeten."

Der ORF strahlte am 21. Juni tagsüber eine Sendung zur "Impfung von Pferdeantilopen aus der Luft" aus. Dieser Dokumentarfilm wurde im Kruger-Nationalpark im Nordosten der südafrikanischen Provinz Transvaal gedreht.

Über Aktionen oder Proteste zu den Aktivitäten des Verkehrsbüros oder des ORF ist und leider nichts bekannt.●



Was haben wir gelernt?

50 Jahre nach den ersten Euthanasie-Morden

Ein Versuch, Fragen zu stellen.

Ein Referat anläßlich der Gedenkfeiern im Schloß Hartheim, 19. Mai 1990.

(Volker Schönwiese)

Ich möchte ein Stück darüber nachdenken, was wir denn daraus gelernt haben, daß es möglich war, die Mordmaschinerie der Euthanasie während der Herrschaft des Nationalsozialismus in Gang zu bringen, daß es überhaupt möglich war, Fabriken des Todes zu errichten, wie hier in Hartheim.

Es ist entschieden zu einfach, moralistisch darauf zu reagieren, und in irgend einer mehr oder weniger pathetischen Form ein "nie wieder..." zu formulieren. Moralische Appelle verdecken Ursachen und können damit Teil einer Abwehrstrategie sein, heutige Formen der Vernichtung von Lebensformen von behinderten Menschen zu betrachten. Die Geschichte wiederholt sich nie in der selben Form, die Euthanasie schlüpft in jeweils moderne Gewänder.

Ich gehe davon aus, daß der Wille zur Vernichtung behinderter Lebensformen — zB in der Form von Vernichtung von Identität — weiterhin existiert. Dieser Vernichtungswille verwirklicht sich umso leichter, je mehr absondernde Betreuungsinstitutionen als kalkulierte politische Strategie errichtet werden. Asylieren — Sterilisieren — Euthanasieren (1) war der Dreischritt der Vernichtung behinderter Menschen, sind wir aus dieser Stufenleiter denn schon wirklich ausgebrochen? Das Asylieren von behinderten Menschen, dh die strukturelle Gewalt der Verweisung von behinderten Menschen in jede Form von Sonderinstitutionen und Heime ist immer noch modern, das Prinzip der Asylierung ist nahezu ungebrochen (2). Über Zwangssterilisierung (Erleichterung der Sterilisation ohne Einwilligung der betroffenen Person) wird aktuell wieder zunehmend diskutiert (3). Die Selbstgerechtigkeit in Gedenks- und Sonntagsreden, zu sagen, "wir sind ja schon weitergekommen" oder "es ist schon viel geleistet worden" verdeckt die weiterhin existierende Aussonderungsstrategie. Sonderinstitutionen und große Heime (wie zB mit 280 HeimbewohnerInnen im Institut Hartheim) sind und bleiben "totale Institutionen", die von ihrer Struktur her Menschenrechtsverletzungen produzieren. Wenn in diesem Zusammenhang von "Wohltätigkeit" geredet wird, ist dies nicht nur altväterlich, sondern auch ein Beweis, daß nichts begriffen worden ist.

Dies ist keine moralinsaure Schuldzuweisung an Einzelpersonen, sondern die Benennung eines gesellschaftlichen Auftrages, der immer noch existiert: Die Abspaltung der Produktiven von den Unpro-

duktiven, die Installierung der sinnlichen und alltagswirksamen Erkenntnis von Normal und Abnormal.

Es ist sicher zu kurz gegriffen, diesen Vorgang einfach zu beklagen; zu fragen ist, wie sich dieser weiterhin existierende Vernichtungswille fortpflanzt, wie er den Wandel der Zeiten überlebt.

Ich möchte behaupten, der Vernicht-



ungswille gegenüber der "Abnormalität" hat seinen tiefsten Grund im gesellschaftlichen Vorgang der Projektion von existentiell und gesellschaftlich produziertem Leid auf behinderte Menschen. Diese Leidensprojektion hat nichts mit der autonomen Lebenswirklichkeit von behinderten Menschen zu tun, hat nichts zu tun mit der Trauerarbeit, die behinderte Menschen und die betroffene soziale Umwelt zu leisten haben.

Leidensprojektion ist die systematische Verschiebung gesellschaftlich verdrängter Inhalte auf eine konkrete Bevölkerungsgruppe. Zur Zeit des Faschismus blühte ein bestimmter Totenkult, die Faszination der Götterdämmerung, ist es nicht bezeichnend, daß diesem Kult zuerst behinderte Menschen unterworfen wurden? Die Propaganda für die Euthanasie begann mit der Propagierung des entsetzlichen Leidens von behinderten Menschen. Ist nicht diese Projektion des Leidens weiterhin so ungebrochen, wie die Tradition des Vergessens, des Verdrängens und Asylirens? Sind nicht die Spendenkampagnen für behinderte Menschen die modernen Kulte der Leidensprojektion? Ist hier denn nicht unter dem Deckmantel der Hilfe ein Abbläsen installiert, das die Normalen von Abnormalem reinigen soll? Ist es denn nicht so, daß die Frage, wie der Faschismus

Massenwirksamkeit erhalten konnte, nicht auch eng mit der Frage gekoppelt ist, wie Massen von Menschen rituellen Inszenierungen unterworfen wurden, in denen eine "Politik der Gefühle" betrieben wurde, Gefühle rituell benutzt und gewendet wurden (4)? Ist denn die öffentliche Würdigung der Bedauernswertigkeit und des Leidens behinderter Menschen nicht genauso eine aktuelle rituelle und ideologische Massenpropaganda auf Kosten behinderter Menschen? Sind nicht "Licht ins Dunkel" und ähnliche Aktionen die Produzenten von Vorurteilen und der Ideologie, daß das Wesen von Behinderung im Leiden begründet wäre?

Um das mit einem Kontrast zu unterstreichen: Ich habe noch nie gehört, daß für Militärgüter wie Abfangjäger oder Panzer Spenden gesammelt wurden. Argumentiert nicht auch der Philosoph Peter Singer mit seiner modernistischen (utilitaristischen) Ideologie, in seiner Ethikdiskussion der Euthanasie (5) mit dem Erlösen vom Leiden (wie der Arzt Hackethal)? Paßt nicht diese moderne Leidensprojektion ausgezeichnet zu der neuen Euphorie, die menschliche Existenz sei durch Gentechnologie zu manipulieren und in gut und schlecht, nützlich und lebensunwert zu teilen? Sind nicht auch hier wieder — wie bei der faschistischen Götterdämmerung — die behinderten Menschen die neuen und ersten Opfer der Sortierung der Lebensrechte unter dem Diktat der Nützlichkeit?

Es ist kein Zufall, daß die "Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben" gegründet wurde und auch schon Zyankali an behinderte Menschen verteilt. Es geschah schon mehrfach, daß behinderte Menschen, die nach hohen Querschnittslähmungen mit Trauerarbeit beschäftigt waren und akut unter Depressionen litten und zudem zuwenig Geld zugestanden bekommen hatten, um damit ausreichend Pflege und Hilfe für ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten, daß diesen Menschen Zyankali "auf eigenen Wunsch" erhielten (6). Dies ist aktive Leidensprojektion die zur Selbst-Euthanasie führt. Statt Hilfe für das Leben, wird als Dienstleistung Sterbehilfe mit Zyankali angeboten. Als Anmerkung dazu muß gesagt werden, daß der Pflegenotstand in Österreich im Vergleich zur BRD noch eklatanter ist, trotz bester Wirtschaftskonjunktur und einem allgemeinen Reichtum, den Österreich in diesem Ausmaß noch nie erlebt hat. Eine Debatte zur "Pflegesicherung" wird dennoch unter dem Primat der Kostenein-

sparung geführt, ein guter Nährboden dafür, daß sich behinderte und pflegebedürftige Menschen als Last der Gesellschaft fühlen (7).

Ist die neue Debatte um die Euthanasie die Spitze des Eisberges des Bewußtseins einer neuen Zeit, oder anders: Wird das Eis gebrochen den alten in einen neuen Vernichtungswillen umzusetzen? Welche Eisbrecher sind denn da mit welcher Mannschaft unterwegs?

Ich möchte noch ein Beispiel erzählen, das weniger von einer auch äußerlich erkennbaren Dramatik lebt und in keinen Zeitungen Schlagzeilen macht. Seit längerer Zeit bemühen sich in Österreich Gruppen von Eltern behinderter Kinder darum, daß ihre behinderten Kinder ein Recht darauf bekommen, gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern in der "Regelschule" unterrichtet zu werden. In diesem Zusammenhang passiert es immer wieder, daß die Eltern der nichtbehinderten Kinder über die Anwesenheit von behinderten Kindern in der entsprechenden Schulklasse abstimmen. Dabei ist zu fragen: Kann über so etwas überhaupt abgestimmt werden (8)? Wer hat das Recht darüber abzustimmen, daß behinderte Kinder ausgeschlossen werden? Die Frage ist insbesondere auch dann noch verschärft zu stellen, wenn die Abstimmung gepaart ist mit einer Weigerung, sich den Erkenntnissen integrativer Pädagogik zu stellen. Wird hier nicht Demokratie zur Unterdrückung von Minderheitenrechten mißbraucht? Behinderte werden unter Beweiszwang gestellt, daß sie die Nichtbehinderten nicht stören und einschränken und es wird nicht gefragt, wie eine demokratische und humane Schule auszuschauen hat, die fähig ist, eine Schule für alle zu sein und Entwicklungen zu autonomen Persönlichkeiten für alle Kinder zu ermöglichen. Ist diese Umkehrung der Beweislast nicht auch Ausdruck des genannten (verdeckten) Vernichtungswillens?

Behinderte Menschen wurden und werden mißbraucht. So wie der Eiffelturm als Symbol der modernen Industriegesellschaft errichtet wurde und wirkt, wirken behinderte Menschen als Symbol des Leidens, behinderte Menschen werden als Leidende gebraucht — um dann in Sonntagsreden zynisch die Vorurteile gegen behinderte Menschen zu beklagen.

Der Faschismus hatte viele Ursachen und hat viele Mittel wirksam benutzt, er hat an existierenden Verkehrs- und Produktionsformen angesetzt. "Nie wieder Faschismus — oder nie wieder Euthanasie" zu proklamieren ist naiv. In welchen verdeckten modernistischen Formen, wie die Tendenz zum Faschismus weiter unter uns wirkt, ist die einzig mögliche immer wieder zu stellende Frage. ●

(1) Vgl.: Romey, Stefan: Asylierung - Sterilisierung - Abtransport. Die Behand-

lung geistig behinderter Menschen im Nationalsozialismus. In: Wunder/Sierk, Sie nennen es Fürsorge. Behinderte zwischen Vernichtung und Widerstand. Frankfurt 1982, Verlag Dr. med. Marbuse.

(2) Die typische Folge von andauern der Asylierung ist der Verlust von Autonomie oder das Vehindern von Entwicklungen zu autonomen Persönlichkeiten. Hospitalismus ist das moderne Symptom von Vernichtung von Identität.

Zur genauen Beschreibung der strukturellen Gewalt totaler Institutionen vgl. Goffmann, Erving: Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt/Main 1972, edition suhrkamp 678.

(3) Direktes und indirektes Sexualverbot, sowie die Sterilisation ohne Einwilligung der betroffenen Person, bedeuten die Vernichtung von Menschen als Geschlechtswesen und damit das Auslöschen einer wichtigen, wenn nicht der wichtigsten Grundlage menschlicher Identität.

In Österreich ist die Sterilisation von Menschen "ohne Einwilligungsfähigkeit" auf Antrag der Erziehungsberechtigten erlaubt und bei geistig behinderten Menschen (bzw fast nur Frauen) üblich - dies ist eine Form von Zwangssterilisation.

In Schweden ist die Sterilisation ohne Einwilligung der betroffenen Person prinzipiell z

agt, ohne daß irgend welche Folgen, die von Befürwortern der Zwangssterilisation befürchtet wurden, eingetreten sind.

(4) Vgl.: Haslinger, Josef: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. Darmstadt 1987, Luchterhand Verlag.

(5) Vgl.: Singer, Peter: Praktische Ethik. Stuttgart 1989, Reclam Verlag. Daraus drei Zitate: "Die Nazis haben fürchterliche Verbrechen begangen; aber das bedeutet nicht, daß *alles* (Hervorhe-

bung durch P.Singer), was die Nazis taten, fürchterlich war. Wir können die Euthanasie nicht nur deshalb verdammten, weil die Nazis sie durchgeführt haben, ebensowenig wie wir den Bau von neuen Straßen aus diesem Grund verdammten können" (Seite 210). "Ein Leben körperlichen Leidens, das nicht durch irgendeine Form von Freude oder durch einen geringen Grad von Selbstbewußtsein gemildert wird, ist nicht lebenswert" (Seite 211). "Die "Totalansicht" erfordert die Frage, ob der Tod eines hämophilen Säuglings zur Schaffung eines anderen Wesens führen wird, das sonst vielleicht nicht existieren würde. Mit anderen Worten: werden die Eltern, wenn das hämophile Kind getötet wird, ein weiteres Kind bekommen, das sie nicht hätten, wenn das hämophile Kind leben würde? Und wenn sie es hätten, würde das zweite Kind dann vermutlich ein besseres Leben haben, als es das getötete gehabt hätte? Oft wird es möglich sein, diese beiden Fragen zu bejahen" (Seite 183).

(6) Vgl. z.B.: Loerzer, Sven: Sterbehilfe statt Lebenshilfe? Vom Umstrittenen Wirken der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben. In: Süddeutsche Zeitung Nr.94, 24.April 1990, Seite 20.

(7) Vgl. die Diskussion über die "Neuen Wege der Sozialpolitik", ein Konzept von sechs österr. Landesregierungen, in: Schönwiese, Volker/Helmut Dietl, "Neue Sozialpolitik". Erfahrungen und Konzepte zum Problem Pflege, in: Kurswechsel, Heft 2/1988, Seite 73 ff

(8) Ein konkretes Abstimmungsbeispiel diskutiert z.B. Jutta Schöler in ihrem Buchbeitrag: Kleine Bunte Wedel. In: Tiroler Arbeitskreis für integrative Erziehung (Hrsg.), Pädagogik und Therapie ohne Aussonderung. Innsbruck 1990 (zu bestellen bei: TAFIE, c/o Karl Sporschill, Riedgasse 19, 6020 Innsbruck), Seite 19

Fremdenpolizeigesetz: Wieder Novellierung

(TATblatt-Wien)

Die — bereits im März wesentlich verschärften — Aufenthaltsgesetze sollen jetzt erneut verschärft werden. SP-Abgeordnete haben einen Novellierungsantrag zum Fremdenpolizeigesetz eingebracht, der die Schaffung des zusätzlichen Ausweisungsgrundes Straffälligkeit vorsieht.

Personen, die ihren Wohnsitz nicht in Österreich haben und innerhalb eines Monats entweder auf frischer Tat ertappt oder von einem Strafgericht — *wenn auch nicht rechtskräftig* — verurteilt werden, könnten in Zukunft ausgewiesen werden. Bedingung dafür ist nur die Vorsätzlichkeit der Tat, es gibt kein Mindeststrafmaß oder ähnliches. Berufung gegen diese Form der Ausweisung käme aufschiebende Wirkung zu, im Gegensatz zur bestehenden Ausweisungsklauseln nach FremdenpolG 10a Abs. 1 und 2 (Illegale Einrei-

se und Zurückgeschobene aus anderen Staaten).

Personen, die nach der neuen Klausel ausgewiesen wurden, können innerhalb der nächsten zwei Monate nach Österreich nur "für Zwecke des gerichtlichen Strafverfahrens" einreisen.

Als Begründung für den Novellierungsvorschlag wird "Kriminaltourismus" angeführt. Der 10a FremdenpolG, der die Ausweisung regelt, war erst im März neu eingeführt worden. Im Gegensatz dazu würden mit dieser Novelle weder die — bereits im März geforderten — Rechtsschutzmöglichkeiten eingeführt noch die beanstandeten prorassistischen Passagen beseitigt.

Der Innenausschuß wird sich in nächster Zeit — vermutlich noch vor der Sommerpause — mit dem Entwurf befassen. ●

Endlich Sommer

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

WAS BRINGT DER TOURISMUS DER "DRITTEN WELT" ?

Immer noch glauben viele, Tourismus sei eine Art Entwicklungshilfe und brächte dem besuchten Land notwendige Devisen. Dabei zeigen Untersuchungen, daß vom Geld das der Fernreisende ausgibt, meist nicht viele im bereisten Land bleibt. Geld für Reiseorganisation, Flug, Versicherung etc. bleiben gleich in Europa oder Amerika. Auch Nahrungsmittel, Hoteleinrichtung, usw. müssen oft importiert werden. So fließen von den Tourismuseinnahmen, die tatsächlich nach Kenia gelangen, 22% sofort wieder ins Ausland, auf den Kanarischen Inseln beträgt dieser Prozentanteil 60% und auf den Seychellen gar 80%. (Hinzu kommt, daß staatliche Deviseneinnahmen ja noch keineswegs automatisch zu größerem Lebensstandard der Bevölkerung führen) Ein weiterer Nachteil für das "Tourismusland" sind Werbeausgaben und ein großes Risiko, denn bleiben die TouristInnen plötzlich aus, steht ein sogenanntes Reiseland mangels Alternativen vor der Katastrophe.

Noch aus einem anderen Grund kommt der Tourismus der "Dritten Welt" teuer: die notwendige Infrastruktur kommt den Touristischen Zentren zugute (Wasser, Kanalisation, Telefon, Straßen und Verkehrsmittel, ...), für die Gebiete an der Peripherie, die dringend solche Maßnahmen nötig hätten, bleibt dadurch schließlich kein Geld.

Hinzu kommen die immer größer werdenden ökologischen Probleme. Was für nachhaltige Einflüsse der Tourismus auf die Umwelt haben kann, wird schon in den Alpen oder am Mittelmeer offensichtlich. Was an noch sensibleren Orten, am Rande der Wüste, am Himalaya, in der Antarktis, am Korallenriff passiert, ist leicht vorstellbar. Oft zeigen gerade sogenannte ökologische Probleme, wie falsch der Glaube ist, Tourismus helfe den "Entwicklungsländern": Pro Gast rechnen Hotels in Tunesien mit einem Verbrauch von 600 Litern Wasser pro Tag. Dem regionalen Krankenhaus steht nicht einmal die Hälfte zur Verfügung.

BETROFFENE WEHREN SICH

1987 wurden erstmals Pläne für den Ausbau eines "fünf Sterne Tourismus" an dem 105 Kilometer langen Küstenstreifen von Goa (an der indischen Westküste) bekannt. Als Reaktion darauf hat sich die Bürgerbewegung Jagrut Goenkaranchi Fouz (JGF-Armee der erwachten Goaner) gebildet. Bereits 1987 wurden TouristInnen am Flughafen mit Kuhmist, faulem Fisch und Flugblättern empfangen. Einige kurze Ausschnitte aus einem dieser Flugblätter können deutlich machen worum es den GoanerInnen geht: "Kommen Sie

nicht nach Goa. Unsere begrenzten Ressourcen können nicht geopfert werden, um Ihre Sucht nach Luxus zu erfüllen. Unsere Leute haben zum Beispiel nicht ausreichend Trinkwasser, da dieses Wasser von den Hotels genutzt wird, damit Sie darin schwimmen können. Alles hat seine Grenzen. Einschließlich unserer Geduld...". Und weiters: "Der Chartertourismus muß abgebrochen und gestoppt werden".

ALTERNATIVEN

Seitdem sich die Probleme nicht mehr verleugnen lassen, machen sich neue Schlagworte breit: Individualtourismus statt Massentourismus, Sanfter Tourismus, Alternativtourismus. Die Schlagworte ändern sich (früher hat's Rucksacktourismus geheißen), die Inhalte bleiben die gleichen: Abseits der Trampelpfade, mit ökologischem Maß, weg vom Massentourismus. Das offensichtliche Problem des "neuen Art zu Reisen", war schon immer, daß der Individualtourismus ein Wegbereiter des Massentourismus ist. In letzter Zeit kommt jedoch hinzu, daß die großen Tourismusunternehmen immer schneller schalten, und oft schon schneller sind auf der Suche nach unberührter Natur und nach "Einheimischen" die noch gastfreundlich sind.

So wurden die RucksacktouristInnen zu einem Teil eines der weltweit größten Industriebranchen: dem Tourismus. Vom Kauf des Flugtickets, zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel vom Flughafen in die Stadt, beim Besuch des Kunstmarktes bis zur Nutzung täglich gereinigter Badestrände, überall schneiden europäische und amerikanische Unternehmen mit. Und da für die AlternativtouristInnen der Flugpreis der größte Brocken im Urlaubsbudget ist, versuchen gerade diese im Land selbst, dann so wenig Geld wie möglich zu lassen. Solche Art von Widersprüchen tauchen im Zusammenhang mit dem "Neuen Reisen" immer wieder auf, und wenn sich RucksacktouristInnen, AlternativtouristInnen, oder sanfte TouristInnen schon von der allgemeinen Tourismuskritik ausnehmen wollen, muß gleichzeitig die Frage aufgeworfen werden, wo sind die richtungsweisenden Konzepte, die Antworten auf die vielen Fragen geben können?

OFFENE FRAGEN

Klar ist, daß wir neue Wege des Reisens finden müssen, klar ist, daß das Reisen Chancen zur Kontaktaufnahme mit dem Fremden und somit zu einer Art von Fortbildung bietet, klar ist, daß auch das Verhältnis des Menschen zur Natur durch den Tourismus positiv beeinflusst werden kann. Ebenso klar ist, daß Massentourismus und die kapital- und profitorientierte Tourismusindustrie für die meisten

der auftretenden Probleme verantwortlich ist.

Unklar ist, was wir tun sollen, angesichts der Slumsiedlungen rund um Jakarta, (statt möglichst rasch einen angenehmeren Ort zum Urlaubmachen zu finden.)?

Wie sollen wir reagieren, wenn in Marakesh einerseits das Trinkwasser rationiert wird (und für die Ärmsten der Armen gar nicht zu haben ist), und andererseits der Swimmingpool am Campingplatz (nicht im Club Mediteranee, am ganz normalen Campingplatz!) täglich frisch gefüllt wird?

Und wie gehen wir mit dem Schauer um, wenn wir in Diyabakyr den Bus wechseln müssen und plötzlich vor dem Hochsicherheitstrakt, oder einfacher gesagt vor dem Folterzentrum der Türkei stehen.

Ein Weg ist sicher, gewisse Länder zu meiden (bei Südafrika und "Israel" ist's klar, wie aber stehts bei der Türkei, Marokko (das einen fast vergessenen Krieg gegen die Saharais führt, und diesen Krieg mit Deviseneinnahmen aus dem Tourismus finanziert), Südkorea, Chile, Brasilien, Indonesien, ... Und wenn man/frau dann glaubt, das ideale Land gefunden zu haben, heißt es plötzlich: Nicaragua hat schon im Dezember 1980 den Aufruf erlassen, die vielen PolittouristInnen möchten Nicaragua doch bitte verschonen. Sie überforderten den Staat und dessen Verwaltung und trugen noch zu dem Nahrungsmittelengpaß der Bevölkerung bei.

Überall in der "Dritten Welt" werden wir schließlich der Armut gegenüberstehen. Und wir werden unsere Früchte am Markt bei einem Kind kaufen, für das die 50 Stunden-Woche ein sozialer Fortschritt wäre, vom Recht auf Kindheit und Schule ganz zu schweigen.

UND WARUM WOLLEN WIR ÜBERHAUPT FORT ?

Wahrscheinlich ist die Beantwortung dieser Frage notwendig, um neue Wege des Tourismus zu bestreiten. ●

PS: Es gibt bestimmte Interessen, denen die allgemeine urlaubsbedingte Abwesenheit ganz genehm ist. Nicht nur in Mailand und Berlin, auch in Wien werden in dieser Zeit ganz gerne Objekte ohne größere Öffentlichkeit geräumt. Wer erinnert sich nicht an die Aegidigasse, jetzt ist konkret das Rotstülzchen und jenes ehemals in Besitz der KPÖ stehende, nunmehrige antifaschistische Zentrum Ernst Kirchweger, bedroht. Seid aufmerksam und kommt massigst hin, wenn die Ordnungshüter räumen wollen und ihr nicht gerade in Rio oder wo auch immer am Strand liegt.

P.P.S.: Wie wärs mit Urlaub auf der Alm (siehe ÖMV-Artikel)

Quelle: Unter anderem : Reihe Nord-Süd Tourismus aus dem Lamuv Verlag

Türkischer Staat plant neue Massaker in Kurdistan

Der Ministerrat verabschiedete unter Vorsitz des Staatspräsidenten Özal und unter dem Druck der Armee und des Nationalen Sicherheitsrates einige neue Erlasse mit Gesetzeskraft, die im Kern auf die Vernichtung des kurdischen Volkes und die Unterdrückung des Kampfes für Demokratie und Freiheit in der gesamten Türkei zielen.

Während die Herrschenden in Türkei-Kurdistan neue Massaker vom Ausmaß in Halabja planen, erfahren linke Zeitschriften in der gesamten Türkei massive Repressalien: Nicht nur, daß sie verboten und beschlagnahmt werden, ihre Veröffentlichung überhaupt wird verhindert, da durch die neuen Erlasse das Innenministerium befugt ist, Druckereien zu schließen, wenn sie diese drucken.

(türkei information)

Am 9. April 1990 hielt das türkische Regierungskabinett eine Sitzung unter Vorsitz des Staatspräsidenten ab, auf der folgende Entscheidungen gefaßt und am nächsten Tag mit Gesetzeskraft verkündet wurden:

1) Die Befugnisse des Sondergouverneurs für Türkei-Kurdistan und des türkischen Innenministers sind dahingehend zu erweitern, daß sie Publikationen verhindern und Druckereien schließen können, in denen diese gedruckt werden, wenn sie dies im Interesse des terroristischen Krieges gegen das kurdische Volk für notwendig halten.

2) Personen und Gruppen, die sich gegen die Politik des türkischen Staates in Kurdistan richten und "so die Sicherheit der Staatsordnung gefährden", sollen verbannt und zwangsumgesiedelt werden.

3) Jegliche gewerkschaftliche Aktivität vom Streik über Willensbildungsprozesse oder Abstimmungen in den Betrieben müssen vom Innenministerium oder dem Sondergouverneur ausdrücklich erlaubt werden, d.h. jederzeit untersagbar sein. Jegliche Form des Protests wird verboten.

4) Wegen der Ausführung dieser Erlasse in dieser oder jener Form darf gegen das Innenministerium und die Gouverneure bei Gerichten nicht prozessiert werden.

5) Gegen diejenigen, die oben erwähnte Straftaten begehen, wird das Strafmaß um das Doppelte erhöht. Wer Fotos oder

Schriften veröffentlicht und Nachrichten verbreitet, die den Sicherheitskräften ihre Operationen zur Sicherung von "Ruhe und Ordnung" erschweren, bekommt zusätzlich zu den hierfür vorgesehenen Strafen eine Geldstrafe zwischen 30 und 100 Millionen Türkische Lira. Die Nachrichten, die das Gebiet des Ausnahmezustands (also die meisten Provinzen in Türkei-Kurdistan) betreffen, müssen mit dem Innenministerium und dem Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates koordiniert werden.

6) Die Staatsbediensteten im Sicherheits- und Zivilsektor im Gebiet des Ausnahmezustands können vom Innenministerium und dem Sondergouverneur zu jeder Zeit hierarchisch reorganisiert werden. Solche, die ihre Pflichten nicht gemäß den Bestimmungen ausführen, werden suspendiert oder verbannt.

7) Der Staatsbedienstetenapparat kann um 25 Prozent erhöht werden. Bis zu 40.000 ArbeiterInnen können vom Innenministerium im Gebiet des Ausnahmezustands beweglich eingesetzt und zu jeder Zeit umgesiedelt werden.

Diese neuen Beschlüsse, die die Gesetze zu den Befugnissen des Innenministeriums und des Ausnahmezustands-gouverneurs verschärfend ergänzen, ging eine außerordentliche Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 23.2.1990 zuvor, auf der "ähnliche Empfehlungen" an die Regierung gerichtet wurden.

Die Erklärung Özals ein Tag vor der

Verkündung dieser Erlasse, wonach "die türkische Armee von nun an modernere Waffen" in Türkei-Kurdistan einsetzen werde, die Massakrierung von 21 Kurden am selben Tag, die Tatsache, daß die türkische Armee eine großangelegte Operation in Türkei-Kurdistan plante, zeigen deutlich, daß die Herrschenden Türkei-Kurdistan zu einem Meer aus Blut machen wollen. In der Tat soll die kurdische Frage auf dem Wege von neuen Halabjas gelöst, die wachsende revolutionäre und demokratische Opposition des Volkes gewalt-sam niedergemacht werden.

Diese Erlasse haben politisch in einer Zeit in der die faschistische Terror- und Unterdrückungspolitik nach dem Putsch vom 12. September zunehmend an Effektivität verloren haben und die gesetzten Ziele zur Unterdrückung jeglicher Opposition nicht mehr erfüllen konnten die Bedeutung der Wiederbelebung dieser faschistischen Politik und eines "neuen halbverdeckten Putsches".

Mit den neuen Erlässen ist die Türkei innen- und außenpolitisch in einen neuen Prozeß eingetreten. Innenpolitisch wird auf die Errichtung der politischen Stabilität auf dem Wege der Unterdrückung und Disziplinierung der nationalen und gesellschaftlichen Opposition gezielt; außenpolitisch soll die Rolle der Türkei bei der Bildung neuer Gleichgewichte im Mittleren Osten im Interesse der USA gestärkt werden.

D

Foto: Türkei-Information



ie Krise des Regimes des 12. September in verschiedenen Bereichen, zwingt die Oligarchie und den Staat in der Türkei zur "Politik der nationalen Allianz". Um die Gesellschaft und die Parteien auf die Linie dieser Politik zu bringen, setzt die Staatsmacht alle Methoden ein - auch Terror, Morde und Provokationen. Auf diese Weise soll eine nationale Kampfbegeisterung speziell gegen den nationalen Befreiungskampf der KurdInnen und im allgemeinen zur Unterdrückung des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Sozialismus in der Türkei erzeugt werden.

Die Krise in den Institutionen und Strukturen des 12. September, die Abnutzung einiger politischer Maßnahmen, die mit dem Putsch praktiziert wurden, und ähnliche Ereignisse beschäftigten seit geraumer Zeit das Monopolkapital und die Staatsmacht. Die Schwächung der Massenbasis der ANAP-Regierung, die zunehmende Krise und der Bedeutungsverlust dieser Partei, die Frage der Illegitimität des Staatspräsidenten Özal sowie die neue Ebene, die der nationale Befreiungskampf

durch den massenhaften Aufstand der KurdInnen erreicht, aber auch der wachsende Widerstand der ArbeiterInnen, Jugendlichen, Tabakanbauer usw. zwangen die Herrschenden zu neuen Lösungen und politischen Maßnahmen.

Worin diese neuen Maßnahmen bestehen würden, war zuerst in der Erklärung des obersten Generals der türkischen Armee, Necip Torumtay, erkennbar. Er sagte vor der Presse, daß die Armee von nun an "den Feind neu definieren und nicht nur die bewaffnet kämpfenden Separatisten, sondern alle als Feinde der türkischen Nation einstufen werde, die in irgendeiner Form diese unterstützen. Die Mittel zur Bekämpfung des Feindes hingegen sind bekannt."

Nach dieser Erklärung, die praktisch eine Kriegsansage an die ganze kurdische Bevölkerung bedeutete, wurden in der Türkei der Professor Muammer Aksoy und der Journalist Cetin Emec Opfer hinterhältiger Mordanschläge (die in der ganzen Gesellschaft die Wirkung eines Schocks hatten und mit großer Wahr-

scheinlichkeit auf Konto der Contra-Guerilla zurückgehen), die von den Herrschenden für ihre Politik zur Schaffung einer "Nationalen Allianz" gegen den "Terror" instrumentalisiert wurden.

Kurz darauf kamen die Vorsitzenden der Oppositionsparteien und der Ministerpräsident unter Vorsitz des Staatspräsidenten Özal zu einem Spitzentreffen zusammen und machten den entscheidenden Schritt in Richtung der Politik der nationalen Allianz. Zu diesem sogenannten Gipfeltreffen hatte das Militär die Oppositionspartei, den Staats- und Ministerpräsidenten gedrängt. Nach diesem Gipfeltreffen erklärten die Oppositionsparteien der Presse, "die Situation sei ernst, der Staat sei gefährdet, daher hätten sie beschlossen, den Krieg der Regierung gegen den Terror" zu unterstützen. Die Spannungspolitik der Oligarchie und Staatsmacht, die von diesen seit Monaten verfolgt wurde, führte maßgeblich zur erneuten Terrorisierung der Gesellschaft und zur Unterstützung der Staatspolitik durch die DYP, SHP.

So konnte der türkische Staat eine breite Unterstützung für seine Vernichtungspolitik gegenüber den KurdInnen finden. Und genau in dieser günstigen Situation beschlossen der Nationale Sicherheitsrat, das Militär und der Staatspräsident die im Eingang des Textes erwähnten Erlasse mit Gesetzeskraft - und zwar über das Parlament hinweg. Diese Entwicklung hatte praktisch die Bedeutung der Verhängung eines halboffenen Kriegsrechts über das gesamte Land.

Diese Erlasse signalisieren, wie schon erwähnt, Pläne des herrschenden faschistischen Regimes zur Massakrierung des kurdischen Volkes und jeglicher gesellschaftlicher Oppositionsbewegung in der gesamten Türkei. So nahmen auch die Repressionsmaßnahmen schon am Tag der Verkündung der gesamten Erlasse zu: Nachrichten über großangelegte Militäroperationen in Türkei Kurdistan, über Verbote von Zeitschriften, über Verhaftungen, über Zwangsumsiedlungen füllen die Zeitungsspalten.

Die Drohung Özals, in Kurdistan "werde die Armee von nun an modernere Waffen einsetzen", kann wohl kaum anders interpretiert werden, als daß die türkische Armee, die aus Kurdistan eine regelrechte militärische Besatzungszone machte, von nun an auch Giftgas und derartige Massenvernichtungswaffen einsetzen wird. Denn bisher waren alle möglichen konventionellen Waffen von den von GSG-9 ausgebildeten Spezialkommandos ohnehin eingesetzt worden.

Die Tatsache, daß das kurdische Volk von massenhafter Massakrierung unmittelbar bedroht ist, verlangt von allen fortschrittlichen, linken und demokratischen Kräften in der BRD und den anderen europäischen Ländern, den politischen Druck auf das Regime in der Türkei zu verstärken und die Vernichtung des kurdischen Volkes zu verhindern. ●

Frauenbrigade nach Nicaragua

(TATblatt Graz)

Nicaragua — das mittelamerikanische Land, das die Hoffnungen vieler Menschen auf der ganzen Welt in sich trug, kann noch heute nach dem Wahlverlust der SandinistInnen viele fortschrittliche bildungspolitische Konzepte vorweisen. Vorallem in der Frauenpolitik scheint sich nach der Revolution sehr viel Fundamentales geändert zu haben.

Frauzentren und Frauenhäuser mit der Betreuung durch GynäkologInnen und JuristInnen wurden geschaffen.

Gesetze wurden geschaffen, die die Gleichstellung von Mann und Frau gewährleisten, das Gesetz der einseitigen Scheidung gab den Frauen endlich die Möglichkeit, sich auch gegen den Willen ihrer Ehemänner aus einer negativen Beziehung zu befreien.

Das Hausangestellten-Gesetz brachte eine Reduzierung des Arbeitstages von 14 auf 10 Stunden, forderte gutes, ausreichendes Essen und den Sonntag als arbeitsfreien Tag. Nach einer unverschuldeten Kündigung muß der Lohn sechs Monate weiter bezahlt werden, außerdem ist die gewerkschaftliche Organisation im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern erlaubt.

Welche Änderungen die neue Regierung für die Frauenpolitik bringen wird, ist nicht klar. Auf jeden Fall scheint nichts Positives auf sie zuzukommen.

Derzeit scheint eine bürgerliche Frauenpolitik Fuß zu fassen. Jedoch wollen viele der Frauen die revolutionären Errungenschaften im Bereich der Gewerkschaften, Kooperativen und Wohnungen verteidigen, obwohl existentielle Dinge (Landreform, Recht auf Abtreibung) ihre ganzen

Kräfte erfordern werden.

Frauenbrigade

Im kommenden Dezember und Jänner wollen österreichische Frauen nach Nicaragua reisen, um sich mit VertreterInnen der verschiedensten Frauenprojekte zu treffen.

Organisiert wird diese Brigade vom Wiener BrigadistInnenverein und der LandarbeiterInnengewerkschaft in Nicaragua, die OrganisatorInnen stehen im direkten Kontakt mit der Frente und deren Vereinen.

Die Brigade soll einerseits eine Informationsreise sein, jedoch soll der touristische Aspekt auch nicht zu kurz kommen. Die verschiedensten Projekte wie z.B. ixchen oder mujeres Matagalpa sollen besucht werden; dort soll es zu regen Diskussionen kommen, die Frauen aus Österreich und Frauen aus Nicaragua bestärken sollen, ihren Kampf weiterzuführen.

Geplant sind 3-4 Wochen, die genaue Route und die einzelnen Projekte sind noch nicht fixiert, da Frau heute nicht weiß, welche Projekte in einem halben Jahr noch bestehen werden.

Im Juni 1991 sollen dann Frauen aus Nicaragua nach Österreich reisen, um hier verschiedene Projekte zu besuchen. Diese Reise soll von Österreich aus finanziert werden, deshalb werden derzeit Verhandlungen mit Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen geführt.

Wer nun Interesse hat, mehr darüber zu wissen, bzw. sich selbst an der Organisation beteiligen will, soll sich bei Martina Schöberl, Ahornngasse 3/12a, 1070 Wien melden, oder sie unter der Telefonnummer 0222/93 60 562 anrufen. ●

20 Jahre Kampf für Umwelt, Frieden und Alternativen in Skandinavien

(Tord)

Gegen Ende der 60er und Beginn der 70er explodierte die Umwelt und Alternativbewegung in den skandinavischen Ländern.

Auf Island sammelte sich 1970 die Bevölkerung eines Landstriches, um gegen einen Staudamm zu kämpfen, der das empfindliche Ökosystem des Sees zerstört hätte. Sämtliche Kinder, Frauen und Männer des Landstrichs gingen hinaus mit Dynamit und sprengten den Damm in die Luft. Bei der Gerichtsverhandlung sollte der einzige, der nicht mit dabei war, der Dorfpolizist, als Zeuge aussagen. Dieser aber meinte, er könne nichts bezeugen, da er ja selbst nicht dabeigewesen sei. Das Verfahren wurde eingestellt und der Kraftwerksbau nie wieder aufgenommen.

In ähnlicher Weise sammelte sich im Jahr darauf die Bevölkerung Stockholms, um gegen den demokratischen Beschluß der Stadtpolitiker, eine Gruppe von Bäumen im Stadtzentrum zu fällen, Sturm zu laufen. Die Proteste waren Teil des Kampfes gegen die Kommerzialisierung und Zerstörung von Stockholms Innenstadt. Mitten in der Nacht sammelte sich eine Hundertschaft an Polizisten, um die Schlägerarbeiten möglich zu machen. Aber über eine Telefonkette wurden Tausende von Menschen alarmiert und als die Motorsägen zu knattern begannen, wurde die Polizeikette gestürmt und die Motorsägen mit Gewalt den Händen der Holzfäller entrissen. Die Bäume wurden besetzt und ein Volksfest begann, wo Menschen aus allen Ecken und Enden der Stadt ihre Unterstützung zur Erhaltung der Ulmen zeigten.

Zur selben Zeit wurde das Militärgelände in der Nähe des Kopenhagener Stadtzentrums von den sogenannten "SlumstürmerInnen" besetzt und eine "Freistätte" für hunderte von Personen errichtet, die es bis heute noch gibt.

In Norwegen ketteten sich BäuerInnen, ProfessorInnen und UmweltaktivistInnen an einen Berg an, um den Bau des zweitgrößten Wasserfalls der Welt zu verhindern. Diese Aktion gelang zwar nicht, wurde aber zum Startschuß für den Umweltschutzkampf in Norwegen.

UN-Umweltkonferenz 1972

Die Umweltbewegung entwickelte sich aus der Vereinigung von 2 Themenkomplexen: dem Naturschutz und dem Schutz der Gesundheit. Besonders zeitig kam die Diskussion in Schweden in Gange. Das führte dazu, daß Schweden bereits 1967 die erste staatliche Naturschutzbehörde, die strengsten Umweltschutzgesetze und Quecksilberverbot hatte. Es führte auch dazu, daß die erste UN-Umweltkonferenz

am 5. Juni 1972 in Stockholm stattfand. Der 5. Juni gilt seither als der Welt-Umwelttag.

Im Hinblick auf die Konferenz bildete sich eine Gruppe, die sich Powwow nannte (Powwow = "Zusammenkunft", indianisch). In einem Manifest schrieb die Gruppe: "In Reaktion auf die öffentlichen Diskussionen über die Lebensbedingungen auf unserem begrenzten Planeten haben PolitikerInnen, Regierungen, Unternehmen und internationale Organisationen begonnen, über die "menschliche Umwelt" zu reden. Aber es sind nicht die PolitikerInnen aus allen Ecken der Welt, die, ein paar Wochen in Stockholm versammelt, die Probleme der Welt lösen werden. Was die PolitikerInnen tun können ist, hinzuweisen auf die Nebelschleier der ExpertInnen und viele von uns glauben zu lassen, daß die Probleme viel zu schwer seien, als daß wir sie fassen könnten. Das Bild, das sie geben werden, ist das Bild der Obrigkeiten, wo PolitikerInnen die Wunden der Umgebung des Menschen pflastern, doch der Mensch selbst keine schaffende Rolle hat. Sie werden das Problem so formulieren, daß es eher gilt, die Folgen der neuen Entwicklung zu lindern, als eine neue Sicht zu leben zu schaffen. Sie werden endlose Resolutionen produzieren, um uns, und vielleicht sogar sich selbst, zu überzeugen, daß unsere Zukunft in guten Händen ist."

Leider behielt die Vorausbeschreibung recht. 10 Jahre später traf sich die internationale Umweltbewegung in Nairobi und konstatierte: "Innerhalb von 10 Jahren seit der Stockholmkonferenz haben sich die Aussichten auf die menschlichen Umwelt schnell verschlechtert. Die Anstrengungen, die gemacht wurden, haben eher den Symptomen, als den Ursachen gegolten und versagt, die imminente Gefahr der globalen Probleme und Bedürfnisse zu erkennen und eine fundamental neue Sicht gegenüber Entwicklung zu erarbeiten, um die Probleme lösen zu können."

Zersplitterte Alternativbewegung

Leider glückte es auch nicht, aus all den alternativen Aktivitäten rund um die UN-Konferenz eine unabhängige internationale Umweltbewegung zu entwickeln. Powwow und andere Gruppen organisierten eine Menge verschiedener Aktivitäten, doch die Gegensätze waren zu groß, um langfristig einen Erfolg zu bringen. Die Linke sah als wichtigste Aufgabe, die Bevölkerung Stockholms zu erreichen und war nicht interessiert an einer unabhängigen Umweltbewegung. Die Naturschutz- und Umweltorganisationen wollten ihre eigenen Organisationen und Schlüsselfragen profilieren und hatten kein Interesse

an einer breiten internationalen Zusammenarbeit, außer in den eigenen Organisationen. Der CIA versuchte alles, um die Umweltbewegung in den Schmutz zu ziehen. Seine Agenten veranstalteten ein Jugendlager, wo sie Rauschgift verbreiteten, während anderen AgentInnen versuchten, mit den großen Umweltfragen Wahlfang auf den Straßen zu betreiben.

Die Ideologie des Kapitals

Hinter den Kulissen hatten die US-amerikanischen Kapitalinteressen rund um Personen wie Rockefeller Kontrolle über viel von dem, was in der Konferenzplanung und in der Meinungsbildung auf scheinbar unabhängigen öffentlichen Treffen passierte. Durch verschiedenen Institute und Organisationen, wie Aspen Institute, Club of Rome, International Planned Parenthood Federation oder Worldnaturefonds, wo Direktoren und reiche Machthaber diskutieren, hatten sie ihre Strategie klar: Es galt, die Umweltfragen als ein gemeinsames Interesse darzustellen, wobei es sich nicht um Gegensätze innerhalb der Gesellschaft und unserer Sicht der Produktionsorganisation handelte. Nein, es sei die Menschheit selbst, die durch ihre große Anzahl die Umweltzerstörung verursache. Es glückte ihnen, einen Wortführenden in der UN-Konferenz zu bekommen, Maurice Strong vom kanadischen Wirtschaftsleben. Es wurde die Philosophie eines Großteils der Umweltbewegung und Öffentlichkeit geprägt. Es galt, zu verhindern, daß die UNO einen Machtapparat einsetzte, der verhindern konnte, daß die Kapitaleingner weiterhin Millionen schöpfen konnten und gleichzeitig darzustellen, daß die Hauptverantwortlichen für die globalen Umweltprobleme die große unterdrückte Volksmehrheit der Welt sei und nicht sie selbst. Und damit hatten sie Erfolg.

Stop für USAs Umweltmord

Aber es glückte nicht mit den UmweltaktivistInnen. In der letzten Minute organisierte ein Theosoph, Jan Fjellander, 60 umweltengagierte Personen aus der "Dritten Welt". Er war von der Zusammenarbeit dem Linken ausgegrenzt worden, weil ihm vorgeworfen wurde, ein CIA-Agent zu sein. Durch Erpressung der Schwedischen Regierung glückte es dem Theosophen, Reisegeld für seine 60 radikalen Umweltinteressierten zu bekommen. Er drohte, auf einer Pressekonferenz vor der Weltpresse, die gerade ihr Interesse gegen Stockholm richtete, den Skandal von einer 99%igen Dominanz von Experten aus den USA und anderen Westländern auf einer staatlich finanzierten Um-

weltforum für die Öffentlichkeit und Massenmedien, parallel zur UN-Konferenz, aufzudecken. Die Menschen des Trikonts stoppten eine kritiklose Verbreitung der Idee, daß die vielen armen die Ursachen der Umweltkrise seine und nicht Überkonsumation, Imperialismus und ökonomische Machthaberer. Auf den Strapen, auf Pressekonferenzen, die CIA-Agenten zu stören versuchten und durch Verhandlungen mit Olof Palme glückte es den Aktivisten auch, den Umweltmord der USA im Vietnam auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Eine Verurteilung der Spritzung von Pflanzengiften über Vietnams Wälder führte später auch zu einem Enden dieser Umweltkriegsführung, bevor der Krieg ganz beendet wurde.

Fragestellung und neue breite Perspektiven

Nach der UN-Konferenz wurden die Umweltdiskussion bald schmaler und auf einzelne Fragen orientiert. Die intentionale Zusammenarbeit wurde dominiert von der lobbyorientierten Arbeit gegen einzelne Politische Beschlüsse und die dominierende internationale Strategie hieß, daß die Umweltbewegung mehr Information verbreiten und Gesetzgebung und Administration ausarbeiten solle.

Gegen Ende der 70er erwuchs dennoch die Kernkraftdebatte sowohl in den nordischen, als auch in anderen Ländern als eine Frage, die die Ausrichtung der gesamten Gesellschaft in Frage stellte. Nach einem Tag bekam auch die Antikernwaffenbewegung einen Aufschwung welcher besonders im Norden mit einer breiten Perspektive geführt wurde. Die Frauen für den Frieden in Schweden leiteten ihr Wirken mit der Organisation von Demonstrationen mit 10.000en TeilnehmerInnen gegen Kernkraft ein. Die nordische Frauen-Friedensbewegung initiierte große Friedensmärsche in Paris, Moskau und Washington. Die Utopien der Frauen-Friedensbewegung wurden in einem dänischen Aufruf mit Forderungen nach Stop für Kernwaffen, nein zu beider Großmächte Dominanz und daß die Waffenmiliarden in die Nahrungsmittelproduktion gehen sollten formuliert.

Neue Niederlage für den Zusammenhang

Aber trotzdem glückte der Versuch, eine breite Perspektive über verschiedene Fragen zu formulieren nicht. Die unabhängige europäische Friedensbewegung schloß die Möglichkeit, einen gemeinsamen Kampf mit der Umwelt und Solidaritätsbewegung zu führen, aus. Stattdessen konzentrierten sie sich auf Kernwaffen und Menschenrechte in Osteuropa. Die Antikernkraftkampagne verebte in vielen Ländern zu einer Art Stellungskrieg, wobei es unklar war, wer siegen würde, außer in Dänemark und Norwegen, wo die Bewegung ganz siegte, ohne neue Strategien

nach ihren Siegen zu finden.

Die Umweltbewegung wurde immer mehr vom Professionalismus und Lobbyarbeit dominiert, wo eine Elite vorgab, die Umwelt retten zu können, wenn nur die passiven Massen sie unterstützen würden.

Für die Solidarität mit der dritten Welt wurde es immer schwerer, ihre Stimme hörbar zu machen, anders als durch gelegentliche Wohltätigkeitsgalas als Unterstützung für die Betroffenen von Katastrophen, die die Massenmedien wahrzunehmen imstande waren.

Die nordische Zusammenarbeit für die Zukunft

Aber im Norden überlebten einige Zusammenarbeitstraditionen, die den Weg weiter öffneten. Die nordische Umwelt und Alternativbewegung und auch Teile der Solidaritäts und Friedensbewegung, wie "Frauen für den Frieden" und "Die Zukunft in unseren Händen", initiierten Anfang der 80er die Nordische Alternativkampagne, die eine Zusammenarbeit rund um die Parolen Solidarität, Selbstbestimmung und Ressourcenerhaltung war. Aus dieser Zusammenarbeit erwuchs vor allem in Norwegen ua "Alternative Zukunft", ein größeres Zukunftsstudienprojekt, das untersuchen soll, wie wir eine umweltfreundliche und gleichberechtigte Gesellschaft in Solidarität mit der "Dritten Welt" entwickeln können. Eine Zeitung "Nordisk Netzwerk" entstand, die die Diskussionen und Kontakte zwischen den nordischen Alternativbewegungen lebendig halten sollte.

Festivaltradition

Parallel dazu initiierten finnische und schwedische Friedenskomitees eine nordische Zusammenarbeit, die sich als immer stärker während der 80er erwies. 400 FinnInnen radelten 1980 durch Schweden nach Norwegen, um gegen die Vorratslagerung von Waffen für US-Truppen in Norwegen für den Kriegsfall zu protestieren. Trotz geringer Aufmerksamkeit in anderen nordischen Ländern wurde dies zum Beginn einer Tradition des "reisenden Aktivismus" und versammelnde Feste. Jedes Jahr wurden Straßen, Gassen und Plätze erobert und friedensstrampelnde RadlerInnen sammelten sich in immer größeren Scharen zum nordischen Arrangement. Als die übrige Friedensbewegung im Norden und Europa begann, die Straßen zu verlassen, und nicht länger wagte, sich in Massentreffen zu sammeln, brach die nordische Friedensfestivaltradition mit dem Trend.

Das gemeinsame Thema für diese Festivalbewegung weitete sich immer mehr aus. Von der Forderung nach einer kernwaffenfreien Zone im Norden, Atomwaffenstopp sofort und Stop des Sternenkrieges bis zu Solidarität mit der "Dritten Welt", bis zum Durchbruch in ein breites nordisches Festival in Stockholm 1987. Es kamen 50.000 Menschen zu einem Gewimmel von Aktivitäten, von Gruppen gegen die Okkupation von Afghanistan bis zu Vereinigungen, die die Invasion zu Revolutionszwecken unterstützten, PsychologInnen gegen Kernwaffen und die meisten EinwandererInnenvereinigungen. ●

Die autonome Palästina Gruppe lädt zu zwei Veranstaltungen ein:

1. Teil am 20.7. 19.00 im Rotstiltzchen; 1050, Margarethenstr.99
2. Teil am 27.7. 19.00 im CI am Yppenplatz

- Geschichte Palästinas und des zionistischen Gebildes "Israel" bis zur Gegenwart
- Zur aktuellen Situation der Intifada

Es gibt auch zwei Filme zu sehen:

"Intifada. Road to Freedom" 1988 in englisch, 25 Minuten
Sabra und Shatila: "Is anybody there?" 1982 mit englischen Untertiteln, eine Übersetzung ins Deutsche ist vorbereitet, ca. 35 Minuten
Der Film "Is anybody there?" rekonstruiert die gewaltsame Besiedelung Palästinas mit den Stationen 1917 Balfour Deklaration, 1947 UNO Teilungsbeschluss, 1948 Errichtung des zionistischen Gebildes, 1956 sog. "Suez Kanal Krieg", 1967 Okkupation von Jerusalem, Gaza und West-Bank, 1982 die israelische Invasion im Libanon.

Eine Schilderung der Ereignisse nach dem Abzug der militärischen Einheiten der PLO-Fraktionen und libanesischen Streitkräfte, dem Einmarsch und dem darauffolgenden Massaker der israelischen Armee und ihrer Verbündeten (libanesischen Faschisten).

Augenzeugen und Überlebende berichten über den Hergang des Massakers. Sabra und Shatila zeigen uns das wahre Gesicht der Zionisten. Wer unterstützt das Palästinänische Volk im Kampf um ihre Rechte? ●

E. Z. Nowak, unser Krimiautor, ist immer noch nicht da. Er ist nämlich fortgefahren — TATblatt berichtete darüber. Seither haben wir nichts mehr von ihm gehört, bloß ein viel zu langes und nur allzu wirres handschriftliches Manuskript haben wir eines Tages im Briefkasten vorgefunden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu rekonstruieren. Und damit gibt es sie wieder: den Mathias, den Konrad, die Isabella, und auch den Jochen.

Was bisher geschehen ist: Schon im vergangenen September beanschlagten Mathias, Isabella und andere einen sogenannten

Schweinekonzern in Wien. Sie haben alles getan, um alle Spuren zu vermeiden. In letzter Zeit ereigneten sich aber eigenartige Dinge. Zum Einen ist zumindest Isabella, ohne es zu wissen, Zielperson einer staatspolizeilichen Observation geworden. Und vor etwa vier Wochen wurde nun auch ein gewisser »Jochen R.« unter dem Verdacht, an dem Anschlag vom September beteiligt gewesen zu sein, verhaftet. Bloß: wer ist Jochen R.? KeineR kennt ihn. KeineR hat je von ihm gehört. Unsere lieben GenosInnen können da freilich nicht so tun, als ob nichts wäre,... Aber lesen Sie selbst...

E. Z. Nowak:

Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des **MATHIAS N.**

Folge 17: Der Krampf geht weiter!

»Ja, ja!«
(Lenin)

»Na, da habts!« säuselt Konrad mit sanfter Stimme seinen Mäusen zu, während er die vom Frühstück übriggebliebenen Brotbröseln so vom Teller hinunterstreift, daß sie in den Käfig der kleinen Nagetierchen fallen. Die Mäuse laufen rings um den Brotregen zusammen, und versuchen, Bröseln zu ergattern, die sie an sich raffen, sofort damit losrennen, und sie schließlich an einem sicheren Ort verstecken, um den Mund frei zu bekommen, für all die weiteren Bröseln, die es noch zu ergattern gilt. Wie wild schurln die Tiere umher. Vor lauter Geräusche kommen sie gar nicht einmal dazu, von den Bröseln auch tatsächlich zu essen. Das tun sie frühestens irgendwann später einmal. Jetzt gilt es nur zu sammeln, wegzutragen, und zu verstecken.

Von den paar Bröseln allein werden die vielen Mäuse freilich ohnehin nicht satt werden. Für das — gewohntermaßen immer volle — Futterschälchen, das Konrad noch bevor er selbst frühstückte, angefüllt hatte, haben sie aber derzeit nicht das geringste Interesse.

»Ajo!« sagt Konrad, mit grantigem Unterton zu den Mäusen, während er ihnen bei ihrem Treiben zuschaut. Ein klein wenig vorwurfsvoll klingt es, das »Ajo!«, obwohl es nicht so klingen sollte. Zumindestens nicht vorwurfsvoll gegenüber den Mäusen, die ja schließlich nichts dafür können. Der Vorwurf richtet sich mehr gegen Konrad selbst, aber nicht nur gegen ihn selbst, vielleicht auch gar nicht, vielleicht ganz im Gegenteil.

Denn eigentlich war es ja ganz fix ausgemacht, schon vor langer Zeit, und er hat ja alles, was er zu tun übernommen hat, auch gemacht. Darum hat er ja jetzt diesen Stall voller Mäuse in seiner Wohnung, und beileibe viel Arbeit mit ihnen, obwohl: er hat sie schon auch liebgewonnen, die Tier-



WOHIN SOLL DAS NOCH FÜHREN?
SETZEN NUN AUCH SCHON DIE MÄUSE
ZUM ANGRIFF AUF DEN SCHWEINESTANT AN?

chen, unterdessen. Vielleicht sogar schon zu lieb.

Konrad hat die Tiere gekauft, aufgezogen, gefüttert und gepflegt, und er hat auch wochenlang den ungewohnten Geruch der Tierchen in seinem Zimmer ausgehalten, bis er sich endlich daran gewöhnt hatte. Und dieser Termin für gestern abend, war doch wirklich ganz fix ausgemacht, vor langer Zeit schon.

Obwohl: daß er auch wirklich eingehalten würde, dieser Termin gestern, damit hat Konrad selbst auch nicht mehr gerechnet, in den letzten Tagen. Obwohl er sich für diesen Fall schon gewappnet hat. Er hat auch alles restliche besorgt, was notwendig gewesen wäre, was gar nicht er selbst zu besorgen gehabt hätte, nur für den Fall der Fälle, falls der Termin doch noch zustande gekommen wäre. An ihm, Konrad, hätte es nicht scheitern sollen, und schon gar nicht an irgendwelchen anderen unnötigen Kleinigkeiten, oder sonstwie, oder was... Wenn schon scheitern, dann,... Ach!

Nichts war. Der Termin ist gefallen. Wie er es sich gedacht hatte, und wie er

daran auch nicht im geringsten gezweifelt hatte. Und wie er auch nicht das geringste getan hatte, daß der Termin wider Erwarten doch noch zustande kommen hätte können. Dabei hätte ein Wort allein genügt, oder vielleicht zehn, zwanzig, dreißig Worte, ein paar Sätze, ein fünfminütiges Gespräch, ein bescheidenes »Erinnern«. Aber er hatte Angst davor. Viel mehr Angst, als vor der Sache selbst, die sie tun wollten. Und während die Angst vor der Aktion, beziehungsweise vor ihren vielleicht repressiven Folgen, so rational begründbar und erklärbar ist; während dieser Angst auf den Grund gegangen werden kann, und ihr durch Überlegen, durch Forschen in Erfahrungen, durch Gespräche und dergleichen begegnet werden kann; währenddessen ist die Angst vor diesen paar Worten und die Angst vor dem Termin, der sicher scheitern mußte, so verwaschen, so unklar, so diffus, so unangreifbar, so unerfaßbar, so unbegegnbar, unlösbar, unbewältigbar.

Und so saß Konrad termingerech, mit allen notwendigen Utensilien vor dem

Mäusestall, und hoffte zitternd, daß der Termin vorübergehen würde, einfach so vorübergehen würde. Er malte sich schon aus, wie er sich nachher darüber ärgern könnte, welche Möglichkeiten er hätte, sich zu ärgern, wenn der Termin schließlich verstrichen sein mag, weil niemand gekommen ist. Wenn nur hoffentlich wirklich keineR kommt. »Bitte, bitte, bitte, es darf neamd kommen! Niemand, keine, keiner, darf kommen, bitte, bitte, bitte!«, flehte er die Mäuse an, die damit aber nur wenig anfangen konnten, und daher unbeeindruckt ihrem Tagewerk nachgingen, als wär gar nichts besonderes los. Obwohl schon ein paar Mäuse sich ganz an das Käfiggitter anschmeichelten, um von Konrad gestreichelt werden zu können, was er auch bereitwillig tat.

Genauso wie jetzt, wo er wieder vor dem Käfig sitzt, und zum mittlerweile siebenten Mal ein, immer böser werdendes, »Ajo!« ausstößt, weil der Termin verstrichen ist, ohne daß eineR gekommen ist. Was soll er, Konrad, jetzt mit den Mäusen machen? Er hat sie schon sehr liebgewonnen inzwischen, vielleicht ist es eh alles besser so... Obwohl,... ach was, ajo!

Er kraut einer Maus das Gnack, das Genick. Sie drückt sich dabei ganz fest gegen das Gitter. Was sie dabei wohl fühlt? Sie muß wissen, daß es auch außerhalb des Gitters Leben gibt. Daß auch für sie außerhalb des Gitters Leben möglich ist. Dieses Gitter....

35 Grad im Schatten, so lautete die Wettervoraussage für heute, die gestern im Fernseh verkündet wurde. Um zu zeigen, wie warm das ist, brachten sie Bilder aus einem verfliesten Freibad, irgendwo in Wien, wo sich die Menschen tummelten, im Wasser vergnügten, und die verfliesten Freuden des Lebens genossen. Ihre Gesichter strahlten. Und auch der Wetterredakteur war guter Sinne, hatte er doch die große Freude, endlich gutes Wetter verheissen zu dürfen, wofür er in der Publikumsgunst sicherlich Punkte zu sammeln vermog.

Die 35 Grad, die sind sicherlich noch untertrieben, denkt sich Mathias, der sich nach einigen Besorgnissen nun müde und verschwitzt in die Wiese des Votivparks setzt. Des Votivparks, jenes Parks, der in staatsmännischer Vergangeheitsbewältigung irgendwann vor ein paar Jahren einmal in Sigmund-Freud-Park umbenannt wurde, um den deutlichen Bruch des neuen Österreichs mit dem Antisemitismus des verbrecherischen, dereinstigen, uns böswillig hinterrücks okkupiert habenden, Deutschen Reichs auszudrücken. Genau an der Stelle, wo die vorbeilaufende Ringstraße dem Park am nächsten ist, ändert auch sie verschämt ihren Namen von »Dr Karl Lueger Ring«, benannt nach dem seligen antisemitischen Bürgermeister von Wien, in ein neutraleres »Schottenring«, und alles, ja wirklich alles, ist wieder in Ordnung. Ganz in Ordnung.

Normalerweise liegen auf dieser Wiese unzählige StudentInnen herum, und vertreiben sich sonnenbadend die Zeit zwischen Vorlesungen, Seminaren, und dergleichen. Heute sind es aber vor allem TouristInnen die hier ihre Ruhe suchen. Denn die StudentInnen haben inzwischen Ferien und 1990 ist das europäische Jahr des Tourismus. Eine freundliche zwei-mann-hohe Polizeistreife quert um sich schauend und gaffend — denn nur wenige Leute tragen allzuviel Gewand, wenn sie hierorts in der Wiese liegen, und nicht wenige davon sind Frauen, die dabei Gefallen im Auge des Gesetzes finden — den Park, um schließlich eine endlich entdeckte dreiköpfige Sandlergruppe unter Androhung der Festnahme zu vertreiben. Ein paar TouristInnen, ein paar noch vereinzelt StudentInnen und Mathias schauen der Amtshandlung zu. Die eine oder der andere strafen die Beamten mit ihren bösesten Blicken, manch eineR zischt gar ein leises »Arschlöcher« aus dem empörten Mund — auch Mathias. Für einige ist damit für heute des kritischen Widerstands genug getan, andere lecken ihre ob der wieder einmal erfahrenen Ohnmacht gegenüber der Staatsgewalt zugezogenen Wunden im kritisch-emanzipatorisch-revolutionäroiden Weltbild.

Und die Sonne scheint und scheint. Ohn' Unterlaß! Ein leichtes, Kühlung spendendes, Windchen streift über den Rasen, durch die Bäume, durch die Blumen, streift nachher auch die breite Straße entlang, ehe es gegen die riesige graue Mauer stößt, die sich an der übernächsten Straßenkreuzung auftut, hinter der sich so viele unzählige Männer und Frauen befinden, die von alledem vorderhand einmal nicht sehr viel mitbekommen. Die Mauer des »Landls«, des Landesgerichtlichen Gefangenenhauses.

Liebe, Kraft und Sonnenschein für alle Gefangenen! Wie oft hat Mathias das schon gewünscht, so als Gruß unter Flugblätter, auf Demos und so. Aber wie quälend muß der Sonnenschein sein, für die, die da drinnen sitzen, und wissen, daß die Sonne scheint, aber keinen Strahl davon abbekommen. Und wenn sie ihn abbekommen, dann nur durch die Gitterstäbe gefiltert, wie das Fernsehbild von einer fremden Freiheit, ganz weit weg und unerreichbar. Sonnenstrahlen, die mit Illusionen kitzeln, so wie gemeine kleine Kinder einen angebundenen Hund mit einem Stück Fleisch hänseln, das der Hund immer wieder zu erreichen versucht, dabei aber jedesmal, wenn er zum Sprung ansetzt, an der Kürze der Kette scheitert.

Mathias sieht das Graue Haus, das »Landl«, ganz deutlich vor seinen verschlossenen Augen. Vor zehn Minuten ist er daran vorbeigegangen. Aber er konnte nicht hinschauen. Er wollte nur rasch vorbei. Nur vorbei. Weg von diesem Haus. Doch damit auch weg von den Menschen darin,... obwohl: sie sind auch nicht weniger allein, wenn Mathias langsamer an den Mauern dort vorbeigeht.

Vier Wochen ist es jetzt bald schon her,

daß dieser Jochen R. verhaftet worden ist, und seitdem hinter diesen Mauern da in Untersuchungshaft sitzt. Vier lange Wochen.

Jochen! Wie mag es dir wohl ergangen sein? Wahrscheinlich hast du noch geschlafen. Und plötzlich das Pochen, das Poltern. Und schon ist die ganze Wohnung voller Polizei. Und während dich die eine Hälfte der Beamten anschreit, dich hochzerrt, durchwühlt die andere Hälfte die Schubladen und Kästen und stößt mit ihren Stiefeln in die am Boden liegenden Berge dreckigen Gewandes und alter Zeitungen. Ein Buch nach dem anderen fliegt aus dem Bücherregal, und während du dich versuchst anzuziehen, jedoch vor lauter Schrecken und Aufregung nicht rasch genug den Ärmel findest, hagelt es die ersten Schläge. Brüllend stoßen sie dich das Stiegenhaus hinunter. Jedesmal wenn die Stufen ihre Richtung wechseln, gibt es einen besonders starken Stoß von hinten, sodaß du auch ja gegen jede Mauer rennst. Und dann wirst du in das Auto hineingestoßen. In eine ganz normale Funkstreife der Alarmabteilung, ein »Sektorwagen«, wie das halt heißt. Gerade wie du dich bücken willst, um einzusteigen, kommt schon wieder so ein Stoß, von hinten. Du fällst mit den Zähnen gegen die Oberkante der Autotür. Du zuckst zurück und schmeckst in Sekundenschnelle das dem Zahnfleisch austretende Blut. Da spürst du auch schon wieder einen Schlag auf den Hinterkopf, und wieder die Zähne, wieder gegen das Auto. »Bucken sollst di! Bist no nie in a Auto eingestiegen?« Die Beamten lachen.

Und dann, später, wirst du mit den Handschellen an einen Stuhl gefesselt sitzen und erst einmal nur warten, nur warten. Im Fernseh legen sie die Handschellen immer so locker an. Heute aber schneiden sie zentimetertief ins Fleisch. Und dann werden sie dich ausfragen...

Vielleicht hast du dich schon einmal früher mit so einer Situation auseinandergesetzt. Vielleicht warst du ja politisch aktiv, weil — warum sind sie ausgerechnet auf dich gekommen? Und vielleicht weißt du, worauf sie hinaus wollen, und wie du dich verhalten solltest. Und du wirst deine Aussage verweigern. Dann werden sie dich schlagen, und du wirst immer noch deine Aussage verweigern. Dann kommst du in die Zelle. Irgendwann holen sie dich wieder raus. Du wirst gegen Wände gestoßen, zum Verhör gebracht, du wirst geschlagen, und du wirst deine Aussage verweigern. Und dir wird so richtig klar sein, was für Schweine das sind.

Und du wirst immer »fertiger« werden, und irgendwann einmal, wenn du so besonders »fertig« bist, bist du dann auf einmal mit diesem netten ruhigen Beamten allein, der dir vielleicht schon ein paar mal aufgefallen ist, weil er immer skeptisch dreingeschaut hat, wenn die anderen Beamten dir mit dem Gummiknüppel auf den Hinterkopf, in den Bauch, die Hoden oder in die

Nieren geschlagen haben. Und der wird dann die Gelegenheit nutzen, endlich mit dir in Ruhe reden zu können, jetzt wo endlich diese bösen Kollegen weg sind, die ja eigentlich schon alle rausgeschmissen hätten werden sollen, aus der Polizei. Aber der Apparat..., aber das brauch ich Ihnen ja nicht zu erzählen, und so.

»Kommens was sagens denn nix? Des ist doch ganz blöd in Ihrem Fall. Ich glaub doch auch nicht, das Sie was zu tun haben, mit diesem Anschlag damals. Des paßt doch gar ned zu Ihnen. Ihre Festnahme, des war nur a Spinnerei von an Kollegen, aber des wär' ja auch ganz schnell erledigt g'wesen, wenn Sie uns nur a bißel was erzählt hätten, was g'macht haben, an dem Tag, und fertig. Aber wenn Sie jetzt gar nix sagen; kann ned amoi i was für Sie tun. Denn Sie geben mir ja keine Möglichkeit, sie rauszulassen. Zwa, drei Worte von Ihnen, und Sie sind frei. Aber irgendwas brauch ma. Irgendwas. Denkens doch mal nach. Aussage verweigern — ich kann das ja verstehn. Sie können mir ja glauben, ich kenne Verhöre. Und ich glaub auch, ja ich bin überzeugt, daß das auch oft gut ist, daß das an hilft, wenn man die Aussage verweigert. Ich mach mein Job ned gern. Ich hab auch schon oft überlegt, auszusteigen. Aber Aussage verweigern, des bringt was, wenn man sich nicht in irgendwas reintheatern möchte. Aber in Ihrem Fall? Was soll denn da schon passieren? Sie können es ja gar nicht gewesen sein. Schauns, überleg ma mal gemeinsam...«

Lieber Jochen! Hoffentlich laßt du dich nicht hineinlegen. Was weiß ich, warum sie dich wirklich verhaftet haben. Wahrscheinlich wissen sie wirklich ganz genau, daß du mit dem Anschlag auf diesen Schweinekonzern nichts zu tun haben kannst. Zumindestens können sie kein belastendes Material haben, auch wenn sie vielleicht so tun, als ob. Aber dann werden sie wollen, daß du dich stichhaltig verteidigst, und dich dabei in irgendwas verrennst, und dich mit was ganz etwas anderem belastest. Vielleicht hast du in der »fragwürdigen Zeit« auch gar nichts verbotenes gemacht, und deswegen tischst du ihnen genau auf, was du getan hast, in der Hoffnung rasch wieder rauszukommen. Und dabei präsentierst du ihnen vielleicht die Namen von Leuten, mit denen du so zu tun hast, die du kennst, mit denen du deine Zeit verbringst. Weil sie das eine oder andere »bezeugen«, dir ein Alibi geben können, oder so. Oder du glaubst, du gibst ihnen ein paar Informationen, die dich entlasten, und sonst »kein Wort mehr«. Aber die Kibara, die verstehen ihr Geschäft. Die verstehen dich zu verhören. Die verstehen dich reinzulegen, zu täuschen, zu überlisten. Dich herauszufordern. Dich in Diskussionen zu verwickeln. Dich fertigzumachen, und sich nachher anzubieten, doch vor ihnen auszuweichen. Jochen! Laß dich nicht unterkriegen! Wenn du einmal anfängst, auch nur ein klein wenig, und sei es auch nur scheinbar ganz unbedeutendes, zu reden, schaffst du es dann später nicht mehr, dich selbst und deine Aussagen unter Kontrolle zu

halten. Aber wenn du — erstmal ganz mechanisch — rein gar nichts, kein Sterbenswörtchen, höchstens deinen Namen und deine Meldeadresse sagst, dann kannst du es schaffen, durchzuhalten. Wenn du redest, finden sie sicher irgendwas, was sie dir anhängen können, und wenn es so überhaupt nichts mit dem Anschlag zu tun hat, und wenn es auch überhaupt nichts mit ihrem Ressort zu tun hat, irgendwas finden sie, schon einmal justament. Ach Jochen!

Eigentlich ist es ja müßig, jetzt vier Wochen nach deiner Verhaftung mir das alles so vorzustellen. Fieberhaft zu hoffen, daß du es packst, daß du keine Fehler machst. Vielleicht hast du schon alle Fehler gemacht, die du nur machen kannst. Vielleicht hast du ihnen schon so viel ausgeplaudert, daß sie dich für Jahre verknacken könnten, wenn sie wollten, vielleicht hast du ihnen schon soviel Namen gesagt, daß sie Material für die nächsten paar Jahre Observation haben. Vielleicht aber bist du auch stumm geblieben.

Vielleicht sitzt du jetzt ganz allein in einer Zelle. Haben sie dich wirklich geschlagen? Ob du Besuch bekommen kannst? Ob du Kontakt nach außen hast? Ob du vielleicht ohnehin schon frei bist? Wer bist du eigentlich? Jochen!

Sanfte Musik streicht durch die unendlichen Regalreihen, ab und zu bloß von einem vierklängigen Gong unterbrochen, der die freudige Nachricht von Eröffnungs-sonderangeboten einläutet. Sonderangebote, die es sonst selten zu finden gibt. Und

diese Fülle von sensationellen Angeboten, und die unüberschaubare Fülle von Dauertiefstpreisen, und trotzdem täglich frisch, und das Personal dauernd um Sie bemüht. Wo gibt's denn das sonst noch? Selbst die Ladenöffnungszeiten werden da viel kundInnenfreundlicher gehandhabt, als anderswo.

Es muß wohl höchste Freude und Erfüllung sein, tagein-tagaus, jahrein-jahraus, ein ganzes Leben lang, der Stopfung unzähliger anonymer hungriger Mäuler zu dienen. Wie sonst könnten die Angestellten dieses neueröffneten Billers (Name von der Redaktion freilich wie immer geändert) so viel lächeln, in ihren lächerlichen Uniformen.

Was muß es für eine Befriedigung sein für einen Chef, sich so freundlich grinsende Heerscharen in so lächerlichen Uniformen zu halten. Was muß es doch für eine Befriedigung für ihn sein, zu wissen, wie die Leute — ganz langsam — daran zugrunde gehen. Wie sie trotzdem damit »leben« müssen. Wie sie sich ihr Weltbild nach dem ihrer Unterdrücker zurechtrichten müssen, um mit alledem fertig werden zu können. Wie sie sich mit denen, von denen sie kaputtgemacht werden, lernen, zu identifizieren, weil sie das müssen, um überleben zu können.

Konrad zieht durch die Regalreihen dieses neuen Billers. Wie immer enteignet er ihn nach Maßgabe des vorhandenen Laderaums seiner Hosen und Taschen, doch irgendwie fühlt er sich dabei heute auch nicht ganz wohl. Zuviel hat er — allen andere Umständen zum Trotz — in den letzten Tagen über diesen Biller nachge-

„mit nichts konnten sie mich wirklich überraschen, überrumpeln. ich war auf alles gefaßt — und doch war alles neu, unangenehm neu. der kleine unterschied zwischen dem kennen vom hörensagen und dem kennen aus eigenem erleben. das vorgängige sich aneignen von fremderfahrung ist aber darum wertvoll, weil es dir sicherheit gibt, du dich gewappnet fühlst gegen allerlei angriffe auf kopf, körper und würde, du weißt, daß und wie vor dir andere widerstanden haben. besonders in dieser zeit war für mich die erinnerung an das verhalten von petra unschätzbar wichtig, an petra, die sich damals unermüdlich auch darum bemüht hat, ihren kampf und ihre erfahrungen zu vermitteln,....“

„Gefangen sein heißt vor allem Widerstehen. Und da gibt es verschiedene Ebenen: Widerstehen heißt verhindern, daß sie dich zerstören, dich verstören, dich demontieren.“

„Aufstehen — auch wenn noch viele sitzenbleiben.“

TEXTE ZUR AUSSAGEVERWEIGERUNG

Die obigen Zitate stammen aus Berichten von Gefangenen, die erzählten, wie es ihnen ergangen ist. Und aus solchen Texten, sowie aus Diskussionspapieren und aus vielem anderen setzt sich die Broschüre TEXTE ZUR AUSSAGEVERWEIGERUNG zusammen. In der 3. erweiterten Auflage. Für S50,— plus Porto (12,50) bei uns erhältlich. TATblatt; Gumpendorferstraße 157/11; 1060 Wien.



dacht, als daß er diese, ach so guten, Lebensmittel anschauen könnte, ohne daß es ihm den Magen zusammenzieht. Er versetzt dem Einkaufswagerl, das er vor sich hinschiebt, einen Tritt.

In Westberlin, hat er einmal gelesen, haben im Jahre 1980 unbekannte Leute 600 Mäuse in die Lebensmittelabteilung eines Supermarktes, »Karstadt«, eingeschmuggelt, indem sie sie in Cornflakes-Schachteln versteckt haben, die sie dann einfach ins Regal stellten. Die Tiere fraßen sich durch die Schachteln durch, und fielen dann über die anderen Lebensmittel her. Eine Kommandoerklärung gab's damals auch, von der »MAF«; der »Mäuse-Armee-Fraktion«. *»Uns Mäusen stinkt die Konsunscheiße schon lange und wir lassen uns von diesen amerikanischen kolonialistischen Mickey-Mäusen nicht länger verarschen. Wir wollen kein Disneyland! Karstadt muß in Mäusehand! Knastmauern sind für uns nur größere Käsebrocken. Wir fressen alles auf, was uns kaputt macht!«*

Konrad hatte es sich so schön ausgemalt, wie der Biller-Chef eines Morgens vor den aufgefressenen Resten seiner Lebensmittelabteilung steht. Und einem anderen Geschäftsführer nur wenige Tage später ein ähnliches Schicksal zuteil wird, und kein Mann und keine Frau mehr zu Biller einkaufen geht, weil ja keine R mehr wissen kann, ob von all den schönen Sachen nicht schon die Mäuse genascht haben.

Aber der Termin gestern mußte ja unbedingt verstreichen, ohne daß,... ach was. Nicht mehr daran denken. Konrad verläßt das Geschäft durch den Notausgang. Diese Biller-Filiale ist so neu eröffnet, daß der Notausgang nicht einmal noch ständig versperrt ist. Es könnte ja noch eine Kontrolle kommen.

»Ah los geht's! Unser täglicher Stadtbummel fangt an! Sie kommt heraus!« Der Beamte am BeifahrerInnensitz gibt seinem Kollegen hinter dem Lenkrad einen kleinen Rempfer. Dann greift er zum Funkgerät. »Zielperson verläßt des Haus. Richtung Stadtbahn. Wie immer.«

Ein Beamter steigt schon routinemäßig aus, um sie zu verfolgen. Allzu genau nehmen sie es aber in letzter Zeit nicht, mit der Observation. An einigen Tagen beobachten sie Isabella schon gar nicht mehr. Je nach Personalstand widmen sie sich ihr mal mehr, mal weniger intensiv.

Sie wissen ohnehin schon, was sie jetzt machen wird. Das gleiche, wie auch an den Tagen zuvor. Sie wird durch die halbe Stadt fahren, um in unterschiedlichen Trafiken und Zeitschriftenständern Tageszeitungen zu kaufen. Alle Zeitungen bei einer einzigen Trafik zu kaufen, das erscheint Isabella nämlich zu auffällig. Und da sie sich nicht verdächtig machen will, kauft sie niemals mehr als eine Zeitung gleichzeitig. Die ObservantInnen machen schon ihre Witzelchen über Isabella. Und sie mutmaßen, und stellen sich so ihre Fragen. Warum kauft Isabella alle Tageszeitungen, die es

gibt? Und warum will sie dabei nicht aufpassen? Irgendetwas will sie wohl verbergen. Eh klar! Eine Terroristin halt, kennen wir ja. Aber das Denken ist nicht die Aufgabe der ObservantInnen. Sie haben nur zu beobachten. Und zu melden. Die Verarbeitung der Information geschieht andersorts, durch andere BeamtInnen. Selbst dann, wenn einmal die berühmte Falle zuschnappen sollte, und Isabella verhaftet wird: die ObservantInnen treten niemals in Erscheinung nicht. Sie schauen nur zu. Un auffällig. Unbeteiligt.

So viele Zeitungen Isabella auch liest, und so tagtäglich sie es auch tut: Seit der Notiz, damals vor fast vier Wochen, als über die Verhaftung Jochens berichtet worden ist, findet sie nicht mehr das geringste über ihn. Ob er überhaupt noch sitzt? Was wird wohl mit ihm geschehen? Wie wird das wohl weitergehen?

Im TATblatt, das in der Zwischenzeit erschienen ist, stand auch nichts drinnen. Wahrscheinlich haben die das gar nicht mitbekommen. Wenn sie nur beim TATblatt anrufen und sie darauf aufmerksam machen könnte, »He ihr, da sitzt einer wegen dem Anschlag auf den Schweinekonzern vom letzten September, kümmert euch darum!«, oder wenn sie die Rechtshilfe anrufen könnte, »So tut doch was!«, oder wenn sie nur selbst was tun könnte.

Das allerschlimmste, was einer und einem passieren kann, wenn sie oder er im Gefängnis sitzt, muß das Gefühl sein, allein gelassen zu werden. Nicht umsonst versuchen die, die Polizei, die Justiz, mit allen Mitteln, einer und einem ein solches Gefühl zu vermitteln. Aber irgendwie dringt dann doch das eine oder andere nach drinnen durch. Mittels Zeitungen, durch Häfendemos, die so angelegt werden, daß sie ganz viel Krach machen, der bis hinter die Gefängnismauern gehört werden muß,... soll,... könnte. Wie schlimm aber muß es sein, wenn nicht nur das Gefühl da ist, allein gelassen zu sein, sondern wenn man oder frau auch tatsächlich allein gelassen ist. Natürlich ist dieser Jochen auch ein Bißerl mitschuld, an der Situation; daß er jetzt offenbar keine Leute »draußen« hat, die was für ihn tun, auf die er sich verlassen hätte können. Aber wie mag wohl sein Leben verlaufen sein, bevor er da in dieses Gefängnis hineingekommen ist? Was hat bewirkt, daß er jetzt, gerade jetzt allein ist. Vielleicht hat er es gewollt. Vielleicht hat es sich so ergeben. Vielleicht war es die Konsequenz aus seinem Verhalten. Vielleicht hat er auch schon draußen darunter gelitten. Jetzt leidet er sicherlich darunter.

Wie immer seine Situation auch gewesen sein mag. Da ins Gefängnis ist er jedenfalls unverdientermaßen reingeschlittert, einfach so. Hopps. Ohne »irgendwas dafür zu können«. Das hat nichts damit zu tun, daß er damit, was ihm vorgeworfen wird, getan zu haben, nichts zu tun hat. Das liegt daran, daß es »denen«, den »Schweinen« einfach nicht zusteht, da irgendeinen oder irgendeine einzukassieren, zu meiern, oder zu zerstören. Da ist es ganz egal, ob er oder sie jetzt was verbotenes gemacht hat, oder

nicht. So viel Verbrechen, wie die, die »Schweine«, zu verantworten haben, kann ein einziger Mensch gar nicht begangen haben, als daß es »denen« nur irgendwie zustehen könnte, moralische Instanz zu spielen, und Leute zu kassieren. Das Gefängnis ist für »sie« nichts anderes als ein Instruent ihrer Unterdrückungsmaschinerie, ihrer Ausbeutungsmaschinerie, ihrer....

Die ganze Sache wäre um nichts weniger verwickelt, wenn dieser Jochen nicht »unschuldig« gewesen wäre, sondern tatsächlich was mit dem Anschlag zu tun gehabt hätte.

Im bürgerlichen Sinn des Gesetzes wäre es freilich auch gerechter, wenn nun Isabella, und Mathias, und Anna, und all die anderen im Gefängnis sitzen würden, und nicht dieser Jochen R. Aber sollen sie denn deswegen nun ein schlechtes Gewissen haben? Sollen sie sich deshalb selbst gefährden? Sollen sie die Isolation zu Jochen aufbrechen, indem sie Handlungen setzen, die auf Jochens Situation aufmerksam machen, und dabei Gefahr laufen, ihre eigene Verwicklung in den Fall offenzulegen?

Ihre Hände sind gebunden. Schlechtes Gewissen ist aber unangebracht. Das weiß Isabella. Obwohl sie das beschissene Gefühl nicht los wird, daß dieser Typ da, »wegen ihnen« sitzt. Daß das nicht stimmt, kann sie sich nur rational erklären. Sich selbst zu überzeugen, schafft sie nicht so ganz.

Aber was nützt es Jochen, dort drinnen, was nützt es ihnen, da herausen, oder sonst irgendwelchen, wenn sie nur verduzt, verdattert und gelähmt herumsitzen, und die ganze Situation nicht packen. Gerade jetzt sollte der »Kampf« doch weitergehen, damit »sie« merken, daß ihnen, den »Schweinen«, auch diese Geisel nichts nützt. Es ist doch sicher auch im Sinne Jochens, daß der »Kampf« herausen weitergeht. Weil wofür sitzt er denn dann im Gefängnis. Blödsinn! So eine blöde Frage. »Wofür im Gefängnis sitzen«. Wie kann einer nur so eine Frage in den Sinn kommen.

Diese Scheiß-Strukturen in dieser Scheiß-Szene! Solidaritäts-Arbeit für Gefangene, die gibt's nur für Bekannte. Und die passiert nur durch eine Handvoll Leute, die halt dafür »zuständig« sind. Aber es ist nicht die Sache aller, was zu tun, für die Leute, die sitzen. Als ob all die Leute damit überhaupt nichts zu tun hätten. Und die Folge ist nun, daß jetzt jede und jeder, die und der was für Jochen tut, sich verdächtig machen würde, mit dem Anschlag auf den Schweinekonzern was zu tun zu haben. Vielleicht sind »sie«, die »Schweine«, ja ohnehin bloß darauf aus, daß sich Isabella und GenossInnen nun verraten.

Die Fehler der Vergangenheit rächen sich. »Vergangenheit.« Klingt ja irrsinnig lang zurückliegend. Die Fehler von bis vor vier Wochen halt.

Man und frau kann sich noch so sehr vor Repression absichern, durch Spurenvermeidung, vorsichtiges Verhalten und vieles mehr, wenn nicht Strukturen da sind,

sich gegenseitig zu helfen, Katastrophen aufzufangen, und die auch funktionieren, nicht nur philosophisch im Raum und auf Diskussionspapieren stehen...

»Ja sie ist wieder im Haus. Wir haben wieder Position bezogen. Und wir warten ab.« Die »Gegner« funktionieren.

»Na hallo Konrad! Dich sieht ma ja in letzter Zeit überhaupt nimmer mehr. Jetz hab i ma schon dacht, i mach ma Sorgen, oder so.« —»Servas, Mathias! I sag das!« —»Du schaut ned so gut aus, Konrad!« —»Na, eh ned.« —»I kanns eh verstehn.« —»Wanns nur, also 'nur' unter Anführungszeichen, wenn's 'nur' des wär'. Aber es is ja ned nur des, es is ja auch was anderes. Und es is ja auch überhaupt.« —»Ja des überhaupt, des kenn i, des kommt immer dann, wenn's auch *dies* und *jenes* ist. Vor allem wenn ma sich diesem *dies* und diesem *jenes* nicht stellen will.« —»Oder nicht kann.« —»Oder nicht kann, von mir aus.«

Mathias und Konrad schauen sich an. Dann schaut Konrad weg. Mathias schaut immer noch. Plötzlich schaut ihn auch Konrad wieder an, sodaß Mathias schnell mit seinem Blick wegzuckt. Nur wenig später wendet er seinen Blick aber wieder zu Konrad hin. Dieser schaut unterdessen ohnehin wieder auf den Boden. Wahrscheinlich hat er seinen Blick auch ganz schnell von Mathias weggerissen, wie sich die Blicke getroffen haben. »Was is denn?«, fragt Mathias. Doch Konrad antwortet nicht. Mathias versucht ihn vorsichtig zu drängen. Doch Konrad sagt nichts. Obwohl er es gern täte, das sieht ihm Mathias an.

Er kann ihn ohnehin verstehen, den Konrad. Wenn es umgekehrt wäre, würde er sich genauso verhalten. Gerade die Sachen, die man sagen *muß*, sind die Sachen, die man am wenigsten sagen *kann*. »Die *man*,...« die Formulierung paßt Mathias schon. Denn wie das bei *frau* ist, weiß er nicht. Er weiß ja nicht einmal, wie das überhaupt bei anderen Menschen ist, er fühlt nur, daß es bei Konrad ähnlich ist. Aber worum geht es Konrad denn eigentlich? Was will er denn sagen? Sag Schon! Ach ja! Er kann es nicht.

Er nimmt ihn in den Arm »Oida! Na geh! Komm! Was ist'n los?« Konrad beginnt zu heulen. Wenigstens das geht. Irgendetwas muß ja doch raus. Wenn man schon nicht miteinander reden kann, kann man wenigstens gemeinsam heulen. Auch schon was, und gar nicht wenig.

Ein vertrautes leises Scheppern durchbricht das Dunkel der Nacht. Wie wenn ein Kügelchen durch eine mit flüssiger Farbe gefüllte Dose geschleudert wird und dabei immer und immer wieder am Dosenrand auf- und abprallt. So wie es nunmal zu geschehen hat, ehe eine Lack-Spray-Dose — ohne FCKW und ohne Lösungsmittel, frei-

lich — benutzt werden kann.

»Es hat zwar irgendwie vielleicht nicht unbedingt was direkt mit deinen Sorgen zu tun; ich mein ich kenne sie ja nicht so konkret, aber irgendwie, mein ich halt, bin ich mir sicher, also irgendwie, ist es doch sicherlich irgendwie gesellschaftlich bedingt. Muß es ja sein. Die ganze Sozialisation, die du durchgemacht hast, und die die anderen durchgemacht haben, wo es nicht reicht, guter Dinge zu sein, und schon sind alle — hopp — gute Menschen, oder so, und so, und so,... Und wenn du mit dir selbst nicht zufrieden bist, wenn du mit dir selbst nicht zurecht kommst, kannst du deswegen auch nicht nur dir die Schuld geben, sondern mußt da anschauen, woher des kommt. Und all das, mit dem du konfrontiert bist, die ganze Scheiße, die Ausweglosigkeit, all das kommt ja von irgendwo daher. Und wenn du mit alledem unzufrieden bist, bringt es allein allzugarnichts, wenn du nur frustriert bist. Global ändert es nunmal einfach gar nix, wenn es dir scheisse geht. Also mußt du mit dem, was dich anfeult, was dich fertigmacht, irgendwie umgehen, wenn du es schon nicht mit einem Schlag beseitigen kannst. Auch, wenn alles so verloren, so aussichtslos, so illusorisch, so was-weiß-ich-wie aussieht. Irgendwas mußt du dagegen machen! Nutzts nix, schadts nix. Aber gschehn muß was, irgendwie, so gut's halt geht. Also irgendwie deine Sorgen, Wüte und Verzweiflungen zielgerichtet gegen die Umstände umsetzen, die das alles bedingen, oder so, verstehst?« Das Geschwafel Mathias' hat Konrad überzeugt. Auch wenn er es irgendwie ganz anders sieht, und es eigentlich überhaupt nicht auf das zutrifft, was Konrad derzeit so alles quält...

Spraydosen hatte Mathias in großer Zahl zu Hause. Er hatte sie schon vor Monaten mal für etwaige Fälle der Fälle besorgt. Denn solche Dosen erst kurz vor deren Anwendung zu kaufen, hält Mathias ganz grundsätzlich nicht für so gut. Schon beim Kauf hatte er die Dosen nur an den Deckeln angegriffen, und gleich nachher verstaute er sie in einem zugeknöteten Nytonsackerl, um sie vor ungewollten Berührungen, die Fingerabdrücke hinterlassen könnten, zu schützen. Nun, vor dem Sprayen-Gehen entfernte er die Deckel, wusch sie ab und schmiß sie schließlich irgendwo unterwegs in einen Mistkübel. Die Dosen selbst berühren Mathias und Konrad stets nur mit Handschuhen (Als Handschuhe verwenden sie Abwaschhandschuhe — doch bloß nicht so hauchdünne durchsichtige »Haushaltshandschuhe«, aber das stand nun schon wirklich in Folge 5 im TATblatt minus 80). Während des Transports befinden sich die Dosen wieder in einem Nytonsackerl, und das Nytonsackerl befindet sich in einem Rucksackl unter einer unverfänglichen Tageszeitung, einem Sackerl Semmeln und einem Leiberl versteckt, sodaß bei einer etwaigen

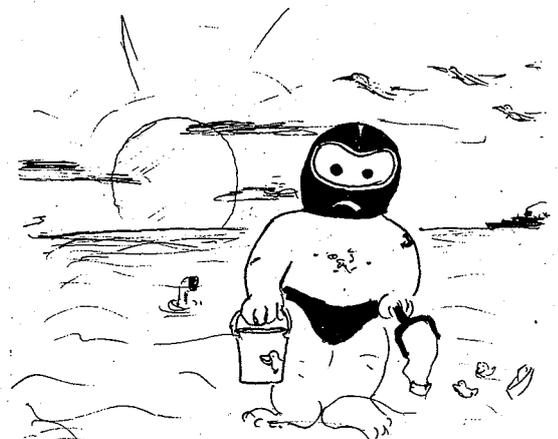
»Routinekontrolle« durch die Polizei die Sprays den Beamten nicht gleich entgegen-springen. Nach Gebrauch werden die Dosen, so rasch wie möglich weggeschmissen, in ganz normalen Straßenmistkübeln, obwohl sie ja eigentlich zum Sondermüll gehörten.

Mathias schaut die Straße hinauf und hinab, ob auch wirklich keineR zu sehen ist, was ihnen zuschauen könnte. »Pff-Pfffff!« Ach wie wohlig klingt doch das befreiende Zischen einer Lack-Spraydose in der Hand eines Gerechten. »Pffff-Pffff.... Pffff-Pffff-Pft.« Es verstummt. »Fertig!« sagt Konrad. »Super!« antwortet Mathias und wendet sich, während Konrad die Dose verstaute, dem Gesprühten zu. Schöne geradlienige Blockbuchstaben, die jeglicher etwaiger polizeilicher Schriftanalyse standzuhalten vermögen (wir verweisen hier nochmal auf Folge 5 vorliegender Krimiserie), zieren die Mauer. »Bäh! Schluchz!«, steht da nun geschrieben. Mathias wendet sich Konrad zu und schaut ihn fragend an. Diesen fragenden Blick hat Konrad aber auch schon erwartet. Die perfekte Klassenanalyse und der entscheidende antiimperialistische Zündstoff fehlt dieser Parole, die ja eigentlich gar keine ist. Und trotzdem: »Des hat sein müssen. Damit des auch amoi g'sagt ist!« sagt Konrad, entschuldigend. Mathias klopf ihm auf die Schulter. Weiter geht's. Bis die letzte Dose geleert ist.

Und so verschwinden unsere Genossen im Dunkel der Nacht, im Dickicht der Großstadt, in dem Meer von Straßen, das sich ruhig in der Unendlichkeit verliert. Und über allem steht der Mond. Riesig, voll und rot.

»Morgen — schaut alles schon ganz anders aus«, sagt Mathias. »Bloß wie?« fragt Konrad.

Fortsetzung folgt (vielleicht) ●



EINEN - NACH ABGABE DER
TANZIERENDEN UMSTÄNDE -
MÖGLICHT SCHÖNEN SOMMER
WÜNSCHEN
NOWAK
& NOVAK

(FÜR MATHIAS N.-TEAM, E.Z. R. DER, DER WÄR
IMMER DIE ZEICHNER MÄCHT)

Diskussion: Zionismus

Wie wir schon in TATblatt minus 68 erklärten, wollen wir die Diskussion um das Karam-Khella-Interview in der Form, wie sie gelaufen ist, nicht fortsetzen. Wir wollen hier unsere Gründe dafür nicht noch einmal wiederholen. Sowohl MLPÖ als auch Autonome Palästina-Gruppe sehen jedoch noch den dringenden Bedarf zur Richtigstellung falscher Behauptungen. Wir drucken die beiden Stellungnahmen nun wie ausgemacht kommentarlos ab und betrachten dies nun als vorerst endgültigen Abschluß dieser über das TATblatt geführten Auseinandersetzung.

Stellungnahme der MLPÖ zur Debatte über Palästina, Zionismus und Antisemitismus im TATblatt

Wir haben die bisherige Diskussion im TATblatt mit Interesse verfolgt und finden es gut, daß eine solche kontroverse Debatte im TATblatt geführt werden kann. Allerdings hat sich auch immer deutlicher gezeigt, daß das im TATblatt-Kollektiv schon zu Beginn der Debatte vorhandene Bauchweh angesichts der von K.Khella und der autonomen Palästina-Gruppe Wien vertretenen Standpunkte nur zu berechtigt war.

Deren erschreckende Instinktosigkeit im Vokabular und in der Auswahl der Beispiele, welche die Abgrenzungslinie zu gewissen "Argumentationen" der Faschisten verschwimmen läßt, wurde in Beiträgen des TATblatts und anderer treffend aufgezeigt und im Grunde noch sehr zurückhaltend kommentiert.

Inzwischen hat die Autonome Palästina-Gruppe Wien ja direkt erklärt, daß für sie die Herrschaft des Imperialismus in den Ländern des arabischen Raums sowieso nicht wirklich relevant sei, daß vielmehr "der Hauptfeind in der Region der *Zionismus* ist", der damit gar dem Imperialismus übergeordnet wird. Die Klassenfrage wird praktisch ausgeblendet: Einerseits wird bei den nationalen Befreiungsbewegungen "in der Peripherie" die Möglichkeit einer reaktionär-nationalistischen Entwicklung faktisch gelehrt, andererseits werden Besonderheiten des Staates Israel verabsolutiert, und es wird tatsächlich behauptet, daß es "keine Klassengesellschaft" sei! Die politischen Konsequenzen aus diesen Thesen können nur reaktionär und bürgerlich sein.

Die Richtigkeit und Berechtigung einer ganzen Reihe von Kritiken am Interview mit K.Khella mußte auch von den eifrigen und übereifrigen Verteidigern seiner Standpunkte allerdings stillschweigend zugegeben werden:

- Khellas These, daß die Interessen der imperialistischen Mächte im arabischen Raum bloß "durch Israel" aufrechterhalten würden, wurde selbst vom Autonomen Palästina-Komitee fallengelassen;

- Khellas These, daß der Antisemitismus außerhalb Europas "völlig unbekannt" sei, konnte von niemandem verteidigt werden. Stattdessen wurde unter der Hand das Thema gewechselt und nur noch die Frage des Ursprungs der Judenfeindlichkeit diskutiert;

- Den Argumenten gegen Khellas These, daß jüdisch stets nur "Ausdruck für eine Religion" sei und keinesfalls auch Elemente der Nationalität enthalten könne (wie in Rußland), konnte praktisch nichts entgegengesetzt werden;

- Schließlich mußte faktisch auch zugegeben werden, daß die pauschale These von der "organischen Interessensidentität von Nazis und Zionisten" nicht zu vereinen ist mit

den historischen Tatsachen vom Auftreten wichtiger Interessengegensätze "Unumstritten waren auch Zionisten an den Ghettoaufständen beteiligt" (Autonome Palästina-Gruppe Wien).

**TATblatt
minus 66/65
Seite 36**

pe Wien).

Doch statt wirklich selbstkritisch über die eigenen Positionen nachzudenken und in eine sachliche Debatte einzutreten, hat die Autonome Palästina-Gruppe leider geglaubt, sie müsse ihren Rückzug decken, indem sie u.a. nun einen Schwall von weiteren Verleumdungen und Klatschgeschichten gegen die MLPÖ in die Welt setzt. Da diese als angebliche "MLPÖ-Standpunkte" nun einmal im TATblatt stehen, müssen wir doch einiges klarstellen. Um es deutlich zu sagen: Es ist kein Zufall, daß *keinerlei* Kritik an Dokumenten der MLPÖ vorgetragen wird.

Offensichtlich ohne jede Kenntnis unserer Standpunkte unterstellt die Autonome Palästina-Gruppe der MLPÖ zum Beispiel, diese sehe "im Industrieproletariat DER METROPOLE" die Haupttriebkraft der revolutionären Entwicklung in der Welt.

Gerade gegen diese europäisch-chauvinistische, den Befreiungskampf in den abhängigen Ländern herabmindernde Position führen die RF und die MLPÖ aber seit ihrer Entstehung Anfang der Sechzigerjahre einen entschiedenen Kampf. 1

Direkter Etikettenschwindel ist es, wenn die Autonome Palästina-Gruppe ausgerechnet das von Karl Liebknecht im 1. Weltkrieg so glänzend verteidigte revolutionäre Prinzip: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" als "eurochauvinistisch" denunziert und als "altes Schema" abtut. Der Kampf *vorrangig* gegen die hier herrschende Bourgeoisie ist gerade auch ein Erfordernis des Kampfes gegen den nationalen und europäischen Chauvinismus. Denn daraus folgt, vor allem die Verbrechen, die neokolonialistische Politik der "eigenen", der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie anzuprangern und zu bekämpfen, sich *vorrangig* mit den Völkern zusammenzuschließen, die vom "eigenen" Hauptfeind ausgebeutet und unterdrückt werden.

*

Der Standpunkt der MLPÖ war und ist immer ein Standpunkt der unbedingten Solidarität mit dem gerechten Kampf des palä-

stinensischen Volkes. Das ist in vielen "Roten Fahnen" nachweisbar.

Im Interesse dieser Solidarität und Unterstützung haben wir allerdings auch einige falsche Standpunkte selbstkritisch korrigiert bzw. ist ein Diskussionsprozeß über einige Fragen noch im Gang. Dazu heißt es in der Vorbemerkung zu zwei Artikeln über Palästina in dem 1989 veröffentlichten RF-Sammelband:

"Die auszugsweise abgedruckte Dokumentation 'Israel - Vorposten des internationalen Monopolkapitals' enthält Elemente der 'Drei-Welten-Theorie', indem zwar einerseits Israel als Bollwerk des Imperialismus charakterisiert wird, andererseits aber zwischen 'arabischen Staaten', 'arabische Länder' und 'arabisches Volk' nicht klar unterschieden wird. Die arabischen 'Länder' und 'Staaten' sind jedoch vom Imperialismus abhängig, dort herrschen Kompradorenbourgeoisien und Großgrundbesitzer, die im unversöhnlichen Gegensatz zu ihrem 'eigenen' Volk stehen und keineswegs Träger nationaler Befreiungsbewegungen sind.

Mehr als problematisch ist auch die Charakterisierung der Araber als ein Hundert-Millionen-Volk", weil damit bestritten wird, daß es sich dabei sehr wohl auch um verschiedene Völker bzw. Nationalitäten dort handelt bzw. handeln kann. So spricht der Artikel in den von Israel okkupierten Gebieten von 'unterdrückten Arabern' statt von Palästinensern, wie es korrekt wäre und in dem zweiten Artikel 'Immer solidarisch mit dem bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes' auch gemacht wird.

Umstritten ist die in der Dokumentation enthaltene These, Israel sei 'von Anfang an ein Geschöpf reaktionärster imperialistischer Spekulationen und Manipulationen'. Dazu stehen noch wichtige Untersuchungen und Diskussionen aus, ebenso wie zur Einschätzung der israelisch-arabischen Kriege seit 1948.²

Im Zuge dieser Analyse werden auch Originaldokumente zu Palästina aus der Geschichte der internationalen revolutionären Bewegung zugänglich gemacht werden.

Sekretariat der MLPÖ, 25. Juni 1990 ●

1 Vgl. z.B. den Artikel "Marekismus contra Marxismus", RF 2(4), 1963, abgedruckt in: "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971", S.106-110). Ausführlich ist dieser Themenkomplex behandelt in der RF 183 "Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution".

2 Siehe "Dokumente des Kampfes um die Bewußtmachung und Revolutionierung der Arbeiterklasse", Wichtige Artikel aus der "Roten Fahne" (1963-1975), S.44.

Stellungnahme der Autonomen Palästina-Gruppe

die reaktion 'einiger aus dem tatblattkollektiv' 1), nichts mehr von uns abzdrukken, unsere diskussionen über zionismus als privatwikel abzuspiesen und unsere arbeit als 'blöde' zu bezeichnen, zwingt uns zu folgender stellungnahme:

der tatblattartikel geht eindeutig in die richtung, unsere arbeit als faschistoid zu diffamieren, auch wenn sie gegenteiliges behaupten (ist ja auch nicht so leicht bei leuten, die sich auch in der antifa engagieren) — bei einem streit hat auch einer von ihnen rausgekotzt, sie würden uns deshalb zensieren, weil vom 'sieg' würde ja auch nichts abgedruckt.

auch bisher waren wir gewohnt, daß das tb unsere artikel zurück hielt, oft mit kommentaren segneten — und manchmal unsere artikel erst abgedruckt wurden, wenn auch die statements des tb fertig waren ... um sich noch rechtzeitig zu distanzieren. außerdem ist das auch eine gute methode, die leserInnen bei ihrer meinungsbildung zu manipulieren, indem das tb sie darauf hinweist: das, was die schreiben, brauchst du nicht so genau zu nehmen — das ist oberflächliche analyse bis faschistoide diktion.

aber wir sind es, denen sie arroganz vorwerfen — einerseits, weil wir behaupten, daß es keinen mittelweg zwischen zionismus und befreiungskampf gibt, andererseits wegen des titels unseres letzten artikels 'die wahrheit ist revolutionär'.

warum dieser titel?

sicher nicht, weil wir annehmen, die weisheit mit dem löffel gefressen zu haben. der titel bezieht sich darauf, daß sich viele linke, tb miteingeschlossen, immer drehen und winden, wenn es um kritik an zionismus geht — aus taktischen gründen nichts zum apartheidstaat 'israel' sagen oder schreiben, um nur ja kein wasser auf die mühlen der rechten zu gießen. wir sagen — die wahrheit ist nicht rechts, sie ist revolutionär.

den einen rassismus aufgrund eines anderen rassismus zu verschweigen, ist eine gefährliche logik — beide arten von rassismus — der zionismus und die hetze gegen menschen jüdischen glaubens haben die selbe wurzel — wie übrigens auch der rassismus gegen araber, der in vielen leserInnenbriefen zum thema zum vorschein getreten ist und den ihr immer kommentarlos abge-tippt habt. 2)

wortwahl, diktionen, argumente

hart kritisiert vom tb wurden zwei wörter, die wir im letzten artikel verwendet haben, und die nach meinung eines redakteurs aus dem faschistischen sprachgebrauch kommen. 'bonze', das wir darauf in großkapitalist änderten und 'schmierenschreiber'.

das wort 'bonze' kennen wir nicht nur aus bolschewistischen und anarchistischen pamphleten und zeitschriften um 1900, auch in autonomen flugis gibts das zu lesen — etwa im legendären flugi 'die lüge von den 7 fetten und den 7 mageren jahren'. 3)

'schmierenschreiber' kennen wir auch aus anderen zusammenhängen, etwa der volksstimme (was zugegebenermaßen nichts heißen muß) — wir lesen nicht soviel von faschistischen autoren — haben aber auch hier nichts dagegen, das wort durch klatschkolumnist zu ersetzen, wenn es euch zu antiquiert erscheint. 4)

dann wurde uns noch unterstellt, wir

würden dieselbe diktion wie irving (laut tatblatt nennen sich die 'reversionisten', wer hat wohl dieses wort zuerst verwendet) und co, also von faschisten benutzen, wenn wir vom 'mythos kollektivschuld' sprechen.

leute wie adenauer entwarfen diesen begriff 'kollektivschuld', er spukt aber auch in den köpfen der europäischen linken, ganz sicher auch in der tb-redaktion herum — er besagt, daß der holocaust mit zustimmung der bevölkerung passierte und daß deshalb niemand aus den ländern des deutschen faschismus von 34-45 'israel' kritisieren darf, auch nicht deren nachkommen als 'kinder der täter' — wiedergutmachungszahlungen (für die aufstandsbekämpfung gegen die palästinenserInnen) sind nur eine facette davon. zionismus wird mit judentum gleichgesetzt, und materiell, ideologisch unterstützt — aus schlechtem gewissen, daß der holocaust auf unserem gebiet stattgefunden hat, wird der holocaust in palästina toleriert — das ist die 'pointe' des begriffs 'kollektivschuld', und deshalb müssen wir ihn als mythos entlarven. die lehre aus dem deutschen faschismus muß sein, nie wieder rassismus zu akzeptieren, nirgends auf der welt. wir glauben nicht, daß irving das auch meint, wenn er diesen begriff kritisiert.

angeblich schreiben die faschos im sieg auch vom 'kampf gegen den us-imperialismus' und gegen die multis — deswegen unterstell ich der raf auch nicht, sie verwenden faschistische diktion.

das tb hat das gemacht, was faschisten aller couleurs antizionistInnen schon lange vorwerfen — daß sie antisemiten sind, wie strauß und springer das ganz vehement vertreten haben.

inhaltlich

verworfen wurde unsere trennung in haupt- und nebenwidersprüche 5). auch wir hätten ganz gern, der alte traum, daß es diese trennung nicht gibt ... wenn wir da an die bündnisfrage denken (da wir euch aber kennen, wissen wir, daß ihr das nicht so gemeint haben könnt).

ihr schreibt, die theorie des hauptwiderspruchs teilt kämpfe in wichtige und nebensächliche ... und verleugnet so den inneren zusammenhang von kapitalismus und männergesellschaft (am beispiel patriarchat).

nebenwidersprüche sind folgerscheinungen des grundwiderspruchs. es ist beispielsweise total wichtig, gegen ein kraftwerk zu demonstrieren, aber erst wenn ich an die wurzel (=radikal) des problems gehe, komme ich auf den grundwiderspruch von arbeit und kapital. über jahrzehnte hinweg haben sich marxistInnen aller länder mit dieser theorie beschäftigt, über das verhältnis von strategie und taktik, über antagonistische (nur im klassenkampf lösbar) und nicht antagonistische widersprüche (lösbar im prozeß von kritik und selbstkritik) etc. ... aber wenn ihr im tb echt schon soweit seit, daß es keine trennung zwischen haupt- und nebenwiderspruch mehr gibt, solltet ihr das veröffentlichen, um die internationale revolution zu beflügeln. 5)

dann hat das tb behauptet, unsere definition von nationalen befreiungsbewegungen in der peripherie würde auch den 'heiligen islamischen krieg' oder die ajatollas im iran einschließen. befreiungsbewegung hat

aber was mit befreiung zu tun — vom imperialismus und kolonialismus und in der folge auch von den diversen requisiten desselben wie fundamentalistische religionen.

seit irangate müßte es klar sein, daß diese fundamentalisten nicht aus den klassenkämpfen hervorgehen, wie ihr das schreibt, sondern vom imperialismus gepusht, teils installiert werden (film tip: die schattenmacher, ein film über die iranische revolution und die machtergreifung der ajatollas). einerseits ist es dem imperialismus lieber, theokratien statt sozialistischer länder zum feind zu haben (oder als freund, je nachdem), andererseits kann er so in den metropolen das bild von den fanatischen, funda-

TATblatt
minus 66/65
Seite 37

mentalistischen arabern herstellen.

am beispiel palästina: die fundamentalistische 'hamas', die mit allen symphatisanten nur 4 % der palästinenser hat, boykottiert aufrufe der nationalen führung und behindert die intifada.

auch mit unserer kritik an arafat haben wir gezeigt, daß es uns nicht egal ist, was für eine kraft die führung einer nationalen befreiungsbewegung ist — deswegen werden wir aber den hauptfeind in der region, imperialismus und zionismus, nicht aus den augen verlieren.

wieso rothschild?

das tb wirft uns vor, wir hätten von allen großkapitalisten, die ein interesse an der eroberung palästinas hatten, rothschild als jüdischen kapitalisten ausgesucht. offensichtlich weiß das tb nichts von der funktion rothschilds für palästina.

er ist so ziemlich der wichtigste hauptinitiator der zionistischen bewegung gewesen, finanzierte die erste siedlung in palästina und was schon jahre vor herzi stellvertretend für diese bewegung gast auf dem berliner kongreß, auf dem sonst nur vertreter regulärer staaten aufanzten, um sein projekt vorzustellen. 6)

die rothschild-bank war hauptaktionär beim bau des suezkanals, was die eroberung des arabischen raums für sie noch erstrebenswerter machte.

rothschild und rockefeller gründeten ein ölmonopol durch fusion von shell (damals rothschild) und aso standard (rockefeller). das hauptinteresse bestand am arabischen öl, nachdem 1908 die ersten ölquellen im irak und ägypten gefunden wurden.

1917 erhielt rothschild vom englischen außenminister balfour (der übrigens massive hetze gegen jüdische menschen betrieb) die unterstützungserklärung englands für die zionisten — die balfour-deklaration.

beim 1. zionistischen kongress in basel war er neben rockefeller der größte geldgeber. er war mitbegründer der jewish agency 7) und eine zeitlang ihr vorsitzender.

Diskussion: Zionismus

nun zu widersprüchen in der 'israelischen' gesellschaft, von denen ihr sagt, es müsse sie geben, wie es auch im 'dritten reich' gesellschaftliche widersprüche gegeben hat: natürlich gibt es in 'israel' widersprüche — opposition als solche gibt es nicht. peace now wurde von offizieren gegründet, die nur deshalb gegen die besetzung von ghaza und westbank eintreten, damit die existenz der zionisten in den 48 besetzten gebiet nicht gefährdet wird, etwa durch die intifada. ähnlich ist es mit rakah, die alles durch die kneset ('israelisches' parlament) erreichen will. es hat mal eine bewegung gegeben, mazpen, die sagten, wir kämpfen bewaffnet gegen den zionismus, für ein demokratisches palästina in ganz palästina. das war ende der 60er anfang der 70er. die bewegung wurde zerschlagen. diese bewegung hat gesagt, wir können nur außerhalb 'israels' die zionisten angreifen, denn bleiben wir hier, sind wir ein baustein der siedlergesellschaft, ein baustein für vertreibung und völkermord.

'israel' ist eine siedlergesellschaft, vergleichbar höchstens mit den vom '3. reich' besetzten gebieten. und deshalb sagen wir, es gibt keine opposition, nicht weil 'israel' faschistisch ist.

wer würde auf die idee kommen, sich im besetzten polen hauptsächlich auf die faschistische besatzungsarmee zu beziehen, in dieser armee krampfhaft eine opposition zu suchen. noch dazu ist die zionistische siedlergesellschaft keine klassengesellschaft im herkömmlichen sinn — kein 'israeli' besitzt einen quadratmeter land, der nicht vorher einem palästinenser geraubt wurde.

noch ein kommentar zu clara zetkin

wir glauben, daß ihr clara zetkin mißverstanden habt, wenn ihr ihr zitat vom 'faschismus als strafe für die nicht gemachte revolution' der kpd deswegen unterjubelt, weil sie sowenig mit den sozialdemokraten zusammengearbeitet hat und deswegen die kpd mitverantwortlich für die machtergreifung der nazis macht. die sozialdemokraten haben den faschisten den weg geebnet, unter anderem durch schießbefehl auf streikende arbeiterInnen, nicht die kpd. außerdem seit ihr doch gegen die trennung von haupt- und nebenwidersprüchen, da müßte euch doch die konsequente haltung der kpd imponieren.

worum gehts?

noch kein so arger artikel wurde mit derartigem entusiasmus und verleumdungen vom tb angegriffen, wie die beiträge der palästina-gruppe. und da das tb beteuert, es hätte nichts damit zu tun, daß wir ihnen unsympathisch sind, glauben wir, das tb möchte die zionismusdebatte stoppen, weil ihm das eisen zu heiß ist.

so bleibt das tb auch weiterhin kuschelweich für alle, die glauben, es gibt eine verbindung zwischen links und zionismus.

faschismus wird auf den sogenannten antisemitismus reduziert und die legitimierung des zionismus durch den antisemitismus gerechtfertigt — aus dieser schiefen logik wird jedEr, die/der soliarbeit für palästina macht, auf herz und nieren kontrolliert, ob sie/er nicht doch ein verkappter faschist ist. der größte trumpf der zionisten, die antisemitismuskarte, sticht wieder einmal voll.

tragt die intifada in die metropolen! ●

Fußnoten:

1) tb -68

2) etwa der von n.r. oder vom mlpö-sympathisanten, wo in beiden vom anti-semitismus der araber die rede ist (gibt es semiten? und wenn ja, gibt es antisemitische semiten?) 'man braucht nur mal nach ägypten oder tunies zu fahren, um das zu merken' (zitit) — touri aus europa geht die reaktionären araber durchchecken.

3) flugblatt für die sozialabbaudemo 1988

4) als wir gegen die begriffe 'antisemitismus' und 'nationalsozialismus' protestierten, habt ihr gegen uns polemisiert und uns lächerliche wortklauberei vorgeworfen. ähnlich wars, als wir 'israel' unter anführungszeichen schrieben — wir sollen doch die realität 'israel' anerkennen, sagte derselbe typ, der unsere wortwahl jetzt am schärfsten kontrolliert.

5) unterstellt wurde auch, wir würden patriarchat unter nebenwidersprüche einreihen. das tun wir nicht. wir geben aber zu, daß wir dazu bis jetzt nichts geschrieben haben (nicht als palästina-gruppe) und auch nicht unter uns geklärt haben

5) literaturhinweis: mao zedong: über die widersprüche

6) ein imperialistischer kongreß, um die zukunft und neuaufteilung des brüchigen osmanischen reiches. mitglieder, des kongresses wollten dem sultan palästina abkaufen, was dieser jedoch verweigerte.

7) jewish agency heißt heute jewish agency for israel — vom ersten gründungstag 1908 in jaffa eine zionistische institution, die menschen jüdischen glaubens zur emigration nach 'israel' überreden und sie ideologisch und materiell zum siedler umerziehen will.

TATblatt Seite 38

Das letzte Mal wars eindeutig zu klein. Daher diesmal noch einmal:

Brief aus der Schwarzau

Wir haben einen Leserinnenbrief einer Gefangenen aus der Schwarzau bekommen, dessen Urheberschaft aber nicht ganz klar ist (zB wie kommt eine Gefangene zu einer TATblatt.Kopie, Sprachstil und Argumentationslinien sind äußerst seltsam...). Da die entscheidenden Passagen nur Lesben und andere Frauen angehen, wird dieser Brief samt Kommentar in den nächsten Lesbennachrichten abgedruckt. Diese liegen im Frauenzentrum (Wien 9, Währingerstraße 59) auf. ●

Betrifft: TATblatt

So, das wärs dann: Das TATblatt geht nun in die
Sommerpause!

Das nächste TATblatt erscheint irgendwann im September; einen genauen Termin können wir noch nicht angeben.

Mit der heißersehnten Ruhe, zum reproduzieren, ausrasten, entspannen, Büro renovieren, oder gar fortfahren, wird es aber nicht ganz so was werden. Denn der anbrechende Sommer dürfte auch politisch heiß werden. In Wien beispielsweise tut sich was, wie schon lange nicht mehr. Die Besetzung des Ernst-Kirchwegger-Hauses zum Beispiel. Oder die Verkehrsberuhigungen, die Superkleberein,... Das hat's schon längere Zeit nicht mehr gegeben.

Was schlimmes steht noch bevor: Die Räumung des Rotstilchens...

Alles in allem: ein ruhiger Sommer wird es kaum werden. In Anbetracht der vorhersehbaren Ereignisse planen wir, bei entsprechenden Anlässen kleine, vielleicht einblättrige, „TATblatt-aktuell-Infos“ zu produzieren, und an alle AbonnentInnen zu verschicken. (Wenn das kein Grund ist, jetzt ein Abo zu bezahlen...)

Für diese, dir nun vorliegende Nummer waren auch mehr Sachen geplant, als letztendlich drinnen sind. Wir können noch sovielen Seiten machen, für die Hälfte ist einfach kein Platz.. Rauhauen mußten wir aber auch aus Zeitmangel. Die Hausbesetzung und die Radldemo hat unseren Zeitplan etwas durcheinandergelassen, sodaß wir nicht fertig geworden sind. Ein Artikel über die Geschichte des Rotstilchens wird in einem TATblatt-aktuell-Info nachgereicht, falls es tatsächlich und unabwendbar zu einer Räumung kommen sollte.

Zu unserer Spenden-Schnorr-Karnoaagne vom letzten Mal: Von den 70 000 Schilling, die wir zusammenbekommen möchten, ist im Moment noch nicht allzuviel da. Dafür haben wir eine erste Kostenschätzung, was uns das Wasser und das Klo kosten würden. Etwa 20 bis 30 000 Schilling würde es ausmachen. Spenden sind immer noch herzlichst auf unserem Konto willkommen. Es ist nie zu spät: P.S.K. 7547 212 lautend auf Unabhängige initiative Informationsvielfalt. Dank'schön nochmal.

In diesem Sinne: ganz viel Liebe, ganz viel Kraft, und besonders viel Sonnenschein, einer vom TATblatt.Kollektiv. ●

Termine:

Temelin-Aktion:

Am Samstag, 7. Juli, findet in Visybrod/Hohenfurt eine **Kuriositätenregatta** statt. Es wäre toll, wenn dort auch viele Boote mit Temelin-Transparenten oder lustigen Aufbauten mitfahren würden! (Ein Interview mit einem Schlauchbootdemo-Organisator des ÜPKZUDAZEDSÖIDB ergab jedoch, daß es *unmöglich* ist, Transparente *zwischen* den Booten zu spannen. Originalzitat: "Des landet ois im Wossa, des wird nur naß." Also wäre es vielleicht klug, sich auf ein-Boot-Aktionen zu konzentrieren). Auf jeden Fall klingt's ganz lustig.

Außerdem wollen die AktivistInnen aus Oberösterreich auf der ganzen Strecke (7km) zwischen Visybrod/Hohenfurt und Rosenberg Infostände machen, Flugis verteilen und die Häuser schmücken. Auch dazu werden noch Leute gesucht!

Also: offizielle Nennung: Visybrod/Hohenfurt, 9-12 Uhr, sport-tourist Kontakte für AktivistInnen: Josef Pühringer 07282/8405 oder bei den Infoständen und Bus (vor Ort)

Wien:

"Autonomie in Bewegung" – 6. österreichische Frauentag

8.-15. Juli, VHS Ottakring 1160, Ludo-Hartmannplatz 7
Von, für, mit Frauen eine Woche lang
Eröffnung mit Musik & Buffet, 8. Juli 16h
Anmeldung für Schlafplätze & Kinderbetreuung entweder telefonisch unter 58801-5892 oder am 8. Juli ab 15 Uhr in der VHS.

"Das fröhliche Wohnzimmer"

im B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)
4. Juli 1990 um 20 Uhr: Vernissage: Galerie in der Schachtel edition; das kleinere übel; sieben mal sieben (also ich tipp das so ab, wie es da steht, ob wohl mir der text mal nicht in sich schlüssig vorkommt, aber was soll ich tun, vielleicht stimmts eh; Anm dT) Arbeiten in Wort und Bild, visuelle Tete, Textgrafiken; Lesungen:

Werner Herbst, Gerald Nigl, Krista Kempinger (Text) & Silvia Bruckner (Klavier). In Zusammenarbeit mit der Grazer Autorenversammlung

Super (8) experimentelle Kurzfilme von Ilse Kilic und Fritz Widhalm.

6. Juli um 20 Uhr:

Zur Einschätzung des "Kemalismus"; Referat und Diskussion; (von der IGARA veranstaltet)

11. Juli 19 Uhr um 19 Uhr im Amerlinghaus; 7, Stifftgasse 8;

Waldviertel

8. Europäisches Rainbow-Peace-Gathering (was immer das auch ist, dem Weltfrieden dient es auf jeden Fall) vom 4.-14. August. Nähere Informationen: Koordinationsbüro der Friedenskulturwochen; 3914; Loscheberg bei Waldhausen 19; telfon 02877/276 oder 452.

Bregenz

- Weg mit dem Heer!
- Weg mit der politischen Polizei!
- Weg mit der Scheuklappenpolitik!
- Gegen die neuen Prügelgesetze!

ANTIFA-DEMO

am
• Samstag 7. Juli um 17 Uhr
Treffpunkt Fahnenrondell am See. Zwischenkundgebung Stapozentrale, Abschlussskundgebung: Landhaus
Veranstalterin: KJÖ
(Achtung! Gerüchtehalber wollen auch Faschos hinkommen!)

Schwertberg:

im KANAL (Josefstal 21) gibts wie immer viele Konzerte, zB am 21. Juli mit den Extended Versions und mit Falaqu.

Salzburg:

1. bis 5. August:
im besetzten Haus (Innsbrucker Bundesstraße 36):

Konzerttage; die Festspielsubkultur!

mit (zB): die heilige Olga, Senslesurm (beide Burgenland). Center Za Dehumanicazijo (Maribor) und die allseits bekannten Goa Nix. ALLE (!) HINKOMMEN!
(Genauere Zeitpunkte liegen uns nicht vor: Also schon rechtzeitig hingehen, im Haus erfahrt ihr sicherlich näheres!)

Beachten Sie bitte auch die Demo- und Veranstaltungsankündigungen an anderen Stellen dieser zeitung! (Temelin-Bootsdemo, Rotstilchen-Anti-Räumungs-Stadtteil lauf, etc) des weiteren ist mit Demos, Kundgebungen und anderen revolutionären Handlungen auf diversen Baustellen, Stadtteil- und Antifazentren sowie auf hochgelegenen Almen zu rechnen!

Eine Aufnahme alldieser Termine in diese Zusammenstellung muß aus organisatorisch-betrieblich-zeitlich-energiemäßigen Veranlassungen leider unterbleiben! Schönen Sommer noch!; die Abteilerung für Termin- und Freizeitgestaltung im Tb-W. Viel Spaß noch!

TATblatt minus 66/65 Seite 39

Sommer / Herbst Programm ... Sommer / Herbst Programm

July: 10. "Dead Mountains Party" in der Arena, mit BAD RELIGION, NO FISH ON FRIDAY, 7 SIOUX, STAND TO FALL, STGB. ... 20. "DDR Festival" mit SIX PACK, EINSATZ.

August: 6. SONS OF ISHMAEL (Can.), NESSUN DORMA (GB), ... 17. UPSIDE (Italy).

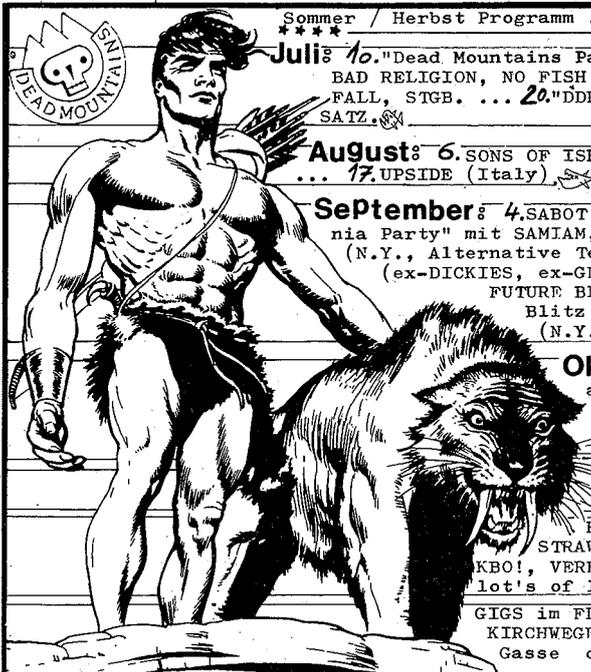
September: 4. SABOT (S.F.) im WUK. ... 5. "California Party" mit SAMIAM, ULTRAMAN. ... 10. FALSE PROPHETS (N.Y., Alternative Tentacles). ... 15. CELEBRITY SKIN (ex-DICKIES, ex-GERMS), RICK AGNEW (ADOLESCENTS) FUTURE BLUES. ... 23. SO MUCH HATE (Oslo, Blitz Moving). ... 28. ALICE DONUT (N.Y., Alternative Tentacles).

Oktober: 7. MDC (Back again !!!), APATIA (Poland). ... 18. ACTIVE MINDS (GB). ... 20. FUGAZI (!), TARGET OF DEMAND.

Also coming soon ... also coming soon ... also coming soon

HELLSKITCHEN, MILITANT MOTHERS, STRAW DOGS (ex-F.U.'s), STRELNIKOV, KBO!, VERBAL ABUSE, PSZYCHISZ TERROR, and lot's of local bands

GIGS im FLEX, Arndtstr. 51 oder ERNST KIRCHWEGERHAUS, Ecke Gudrunstr./Wieland Gasse oder ARENA oder WUK. Watch out for Flyers, posters...



Das TATblatt erscheint alle 14 Tage. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklung befindliches Projekt erachten, sind die Ausgaben von minus 101 ausgehend in Richtung Nullnummer nummeriert. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den offenen TATblatt-Plena getroffen. Nicht alle Artikel müssen vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen, Kritik und Mitarbeit ist jederzeit willkommen.

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543

Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz:

8010, Kastellfeldg 34/16

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum; 4020, Schubertstr 35 / Keller.

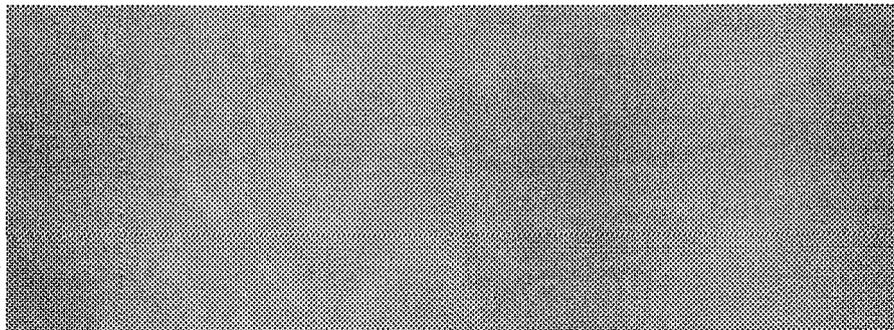
TATblatt-Innsbruck:

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

SOMMERPAUSE !!!

DAS NÄCHSTE TATBLATT ERSCHEINT IM SEPTEMBER.

ETWAIGE AKTUELLE EXTRAUSGABEN ERSCHEINEN NACH BEDARF !!!



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das TATblatt im Abo

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96.-; Abo für 20 Ausgaben: S 190.- (Innerhalb Österreichs)

Bei Förderabos kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.- bzw S 190.-)

Ein »Auslandsabo« kostet S 150.- für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

ROTSTILZCHEN
BLEIBT
SONST
VRACHTS

DAS ROTSTILZCHEN BEI ZENTRUM-TREFFPUNKT MIT DEN RÄUMUNGSPROZESS VERLOREN, BILD VERKÄTEN SIE UNS DEN GEPLANTEN DELOGERUNGSTERMIN FREIWILLIG GEHEN WIR NICHT RAUS.



STADTTEILRUNDLAUF

GEGEN DIE RÄUMUNG DES ROTSTILZCHENS, KEINE EXPO NICHT-NIRGENDS, FÜR TATKRÄFTIGEN ANTI-FASCHISMUS, PLATZ +WOHNUNGEN FÜR ALLE!

12.7.90. ÄGIDIG.13,1060 19⁰⁰

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543

Bankverbindung/Konto:

P.S.K 7547 212;

DVR Nr: 0558371

Druck: Eigendruck

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Herrmann (1, Grünangergasse 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstr 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R.A. Keream (1, Kärntner-torpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Reisebuchladen (9, Koling. 8)
- Schiebl (10, Laxenburgerstr 48)

Einzelverkaufsstellen

- Antiquariat W. Simön (15, Iheringgasse 13; Do15-20, Fr15-18)
- diverse Läden:
- WhyNot (6, O.-Bauer-Gasse 16)
- Natumkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Str 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzig 38)
- Naturkostladen Kuttschkermarkt (18, Kuttschker-gasse 29)
- Beisl:
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)
- Club International (16, Payergasse 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)
- außerdem:
- ARGE für Wehrdienstverweigerung (1, Schotteng 3a/1/4/5/9)
- Infoladen (5, Margaretenürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen - Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)
- Graz:
- Friedenswerkstatt (Paulustorg 3)
- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)

Linz:

- Alternativadien (Zollamsstr 20)
- Buchhandl Alex (Hauptplatz)

Innsbruck:

- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandl Parnaß (Speckbacherstr 21)

anderswo:

- Schwertberg: Kulturverein Kanal (Josefstal 21)
 - Schwaz in Tirol: Dritte Welt Laden
- Änderungen vorbehalten!